In die Entwicklung investieren:
Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Überblick

VN-Millenniums-Projekt
Leitung: Jeffrey D. Sachs

Koordinatoren der Arbeitsgruppen

Agnes Binagwaho
Nancy Birdsall
Jaap Broekmans
Mushtaque Chowdhury
Pietro Garau
Geeta Rao Gupta
Amina J. Ibrahim
Calestous Juma
Yolanda Kakabadse Navarro
Lee Yee-Cheong
Roberto Lenton
Jeff McNeely
Don J. Melnick
Patrick Messerlin
Paula Munderi
Mari Pangestu
Allan Rosenfield
Josh Ruxin
Pedro A. Sanchez
Elliott D. Sclar
Burton Singer
M.S. Swaminathan
Awash Teklehaimanot
Albert Wright
Ernesto Zedillo

Sekretariat

John W. McArthur, Projektleiter
Chandrika Bahadur
Stan Bernstein
Yassine Fall
Eric Kashambuzi
Margaret Kruk
Guido Schmidt-Traub

Millenniums-Projekt

2005 New York

Millenniums-Entwicklungsziele.indd i 23/03/2005 11:26:16 AM

Copyright © 2005
United Nations Development Programme

Empfohlene Zitierweise: VN-Millenniums-Projekt 2005. *In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Überblick.*

Fotos: Vordere Umschlagseite, von oben nach unten und von links nach rechts: Christopher Dowswell, Pedro Cote/UNDP, Giacomo Pirozzi/Panos Pictures, Liba Taylor/Panos Pictures, Jørgen Schytte/UNDP, VN-Fotothek, Giacomo Pirozzi/UNICEF, Curt Carnemark/Weltbank, Pedro Cote/UNDP, Franck Charton/UNICEF, Paul Chesley/Getty Images, Ray Witlin/Weltbank, Pete Turner/Getty Images, B. Marquez/UNDP.

Das VN-Millenniums-Projekt wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in Auftrag gegeben und vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen im Namen der VN-Gruppe für Entwicklungsfragen finanziert. Dieser Bericht ist eine unabhängige Veröffentlichung und gibt nicht notwendigerweise die Ansichten der Vereinten Nationen, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen oder ihrer Mitgliedstaaten wieder.

Deutsche Fassung: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York.

Redaktion, Entwurf und Herstellung: Communications Development Inc., Washington, D.C. und als Designpartner Grundy & Northedge, U.K.

Inhalt

Vorwort vi
Beitragende viii
Berichte der Arbeitsgruppen xii
Task force reports xiii
Millenniums-Entwicklungsziele xiv
Die zehn Hauptempfehlungen xvi

1 Warum die Ziele wichtig sind und warum wir sie bisher nicht erreicht haben 4
Dreh- und Angelpunkt der internationalen Entwicklungspolitik 4
Mittel für ein produktives Leben 6
Voraussetzung für globale Sicherheit 7
Wo stehen wir heute – zehn Jahre vor 2015? 10
Warum die Fortschritte so uneinheitlich sind 15
Vier Gründe für den Rückstand bei der Erreichung der Millenniumsziele 19

2 Einzelstaatliche Prozesse zur Erreichung der Millenniumsziele 28
Ausarbeitung einer nationalen Strategie zur Erreichung der Millenniumsziele 29
Die Zielvorgaben und Zeitpläne für 2015 zum Ausgangspunkt nehmen 30
Prioritäre öffentliche Investitionen zur Aktivierung des Selbsthilfepotenzials der Armen 31
Schlüsselelemente für die rasche großflächige Umsetzung 39
Gute Regierungsführung zur Erreichung der Millenniumsziele 44

3 Empfehlungen zur Unterstützung der einzelstaatlichen Prozesse durch das internationale System 46
Reform des Entwicklungshilfesystems 46
Wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Hilfeleistung 53
Ein Durchbruch im Welthandel 58
Regionale und globale öffentliche Güter 60
Im Jahr 2005 beginnen und eine Dekade hoher Ambitionen einleiten 63

4 Kosten und Nutzen der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele 69
Erweiterung des Finanzrahmens zur Erreichung der Millenniumsziele 70
Die Vorteile: Argumente für eine Dekade hoher Ambitionen 75

Anmerkungen 81
Literaturverzeichnis 81
Danksagung 85

Kästen

1 Der Konsens von Monterrey als Rahmen für eine globale Partnerschaft 5
2 Armutsminderung und globale Sicherheit 8
3 Die Mittel für ein produktives Leben 16
4 Partner bei der Erreichung der Millenniumsziele 22
5 Millenniumsziel-Prioriäten in jeder Region 40
6 Beispiele der erfolgreichen großflächigen Umsetzung 44
7 Was können fortgeschrittene Volkswirtschaften tun, um die Ziele zu erreichen? 50
8 Hilfe in großem Maßstab funktioniert – wenn sie richtig angegangen wird 51
9 Die Entwicklungshilfe nach den einzelstaatlichen Bedürfnissen differenzieren 55
10 MZ-Schnellspurländer ermitteln 64
11 Das 0,7-Prozent-Ziel für die öffentliche Entwicklungshilfe und die Millenniums-Entwicklungsziele 75

Abbildung

1 Wachsende Nationaleinkommen verringern die Gefahr von Bürgerkriegen 10

Karten

1 Kindersterblichkeitsrate (2002) 12
2 Müttersterblichkeitsrate (2000) 13

3 Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung 14
4 Index der menschlichen Gefährdung (1980) 27
5 Düngemittelverbrauch (2001) 34
6 Ärzte pro 1.000 Menschen 36
7 Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten 37
8 Finanzierungslücke bei den Millenniums-Entwicklungszielen (2015) 73

Tabellen

1 Millenniumsziel-Haupttendenzen, nach Region 3
2 Unterhalb der Armutsgrenze lebende Bevölkerung 11
3 Landwirtschaftliches Risiko, Transportrisiko und Malariarisiko, nach Region 26
4 Empfehlungen zur Reform der Entwicklungspartnerschaft 47
5 Geschätzte öffentliche Entwicklungshilfe zur direkten Unterstützung der Millenniumsziele und für den MZ-Kapazitätsaufbau (2002) 53
6 Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele in Ghana 71
7 Geschätzte Kosten der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in allen Ländern 72
8 Plausibler Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele 74
9 Die Vorteile der Erreichung der Millenniums-Enwicklungsziele, nach Region 77
10 Geschätzte Ströme und Lücken bei der öffentlichen Entwicklungshilfe der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe auf der Grundlage der bestehenden Zusagen 79

Vorwort

Das VN-Millenniums-Projekt war ein historisch einzigartiges Unterfangen. Zehn Arbeitsgruppen, ein Sekretariat und ein breit gefächerter Teilnehmerkreis aus Hochschulen, Regierungen, VN-Organisationen, internationalen Finanzinstitutionen, nichtstaatlichen Organisationen, Geberorganisationen und dem Privatsektor vereinten sich zu einem weltweiten Netzwerk von Entwicklungspraktikern und -experten aus einer Vielzahl von Ländern, Fachgebieten und Organisationen. Möglich wurde dieses Projekt durch das außergewöhnliche Engagement, die hervorragenden Fähigkeiten und die feste Überzeugung sowohl der Koordinatoren, unter deren Führung sich die Arbeitsgruppen mit einigen der schwierigsten Entwicklungsfragen unserer Generation auseinandersetzten, als auch der Mitglieder der Arbeitsgruppen, die wertvolle Zeit für diese Aufgabe geopfert haben. Es war ein globales Unterfangen im Dienste einer großen globalen Sache – der Millenniums-Entwicklungsziele. Unser Projekt war gleichsam ein Mikrokosmos, der eine allgemeinere Erkenntnis bestätigt: die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele wird eine globale Partnerschaft erfordern, die den Anforderungen einer eng miteinander verflochtenen Welt gerecht wird. Die Welt teilt fürwahr ein gemeinsames Schicksal.

Die vielen Teilnehmer der Arbeitsgruppen und Mitarbeiter des Sekretariats sind mit großem Idealismus an ihre Arbeit herangegangen. Sie haben enormen Einsatz gezeigt und umfangreichen Sachverstand für das Projekt zur Verfügung gestellt. Ihre Beiträge gingen weit über alle realistischen Erwartungen hinaus und haben auf unschätzbare Weise geholfen, die Botschaften zu fokussieren und zu verstärken, die die zahlreichen Produkte des Projekts vermitteln – namentlich dieser Bericht, aber auch die Abschlussberichte der Arbeitsgruppen, die neu entwickelten Instrumente für die Bedarfsermittlung und die beratende Unterstützung für die MZ-basierte Planung in mehreren Ländern.

Millenniums-Entwicklungsziele.indd vi 23/03/2005 11:28:14 AM

Meiner Auffassung nach ist das hohe Engagement aller Mitwirkenden darauf zurückzuführen, dass ihnen der besondere Charakter dieses Vorhabens bewusst ist. Zum einen ist es eine Ehre und ein Privileg, für den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, zu arbeiten, der das VN-Millenniums-Projekt ins Leben gerufen hat und der bei der Förderung des weltweiten Kampfes gegen die extreme Armut eine unvergleichliche Rolle spielt. Zum anderen ist es ein Vergnügen, mit und für UNDP-Administrator Mark Malloch Brown zu arbeiten, der seit mehreren Jahren mit großer Zielstrebigkeit, Weitsicht und Führungsstärke die VN-Gruppe für Entwicklungsfragen leitet. Wir haben außerdem mit Freude, Bewunderung und großem Gewinn mit den Leitern anderer VN-Organisationen zusammengearbeitet, deren Mitarbeiter täglich auf der ganzen Welt Leben retten und helfen, die Last von Armut und Verzweiflung zu erleichtern.

Ein weiterer, besonderer Aspekt des Projekts ist die seltene und großartige Chance, eine Stimme für die Hoffnungen, Bestrebungen und lebenswichtigen Bedürfnisse der Ärmsten der Welt zu sein, die am wenigsten gehört werden. In den drei Jahren unserer Tätigkeit haben wir zahllose Helden und Heldinnen der Entwicklung getroffen – in den Dörfern und Slums Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und anderer Teile der Entwicklungswelt. Wir haben Menschen gesehen, die sich ihren Lebenswillen, ihre Integrität, ihre Einsatzfreude und ihre Hoffnung auf die Zukunft bewahrt haben, auch wenn ihnen kaum etwas anderes geblieben ist, nachdem sie durch tragische Umstände Gesundheit, Bildungschancen, Besitz oder ihren Lebensunterhalt verloren haben. Der menschliche Geist, das haben wir bei zahllosen Gelegenheiten gesehen, ist wahrhaft unbezähmbar.

Aus diesem Triumph der menschlichen Lebenskraft schöpfen wir die Hoffnung und die Zuversicht, dass die extreme Armut bis zum Jahr 2015 halbiert und in den folgenden Jahren sogar ganz beseitigt werden kann. Die erforderlichen Voraussetzungen dafür sind in der Weltgemeinschaft vorhanden: bewährte Technologien, politische Strategien, Finanzmittel und – was am wichtigsten ist – der menschliche Mut und das menschliche Mitgefühl.

Jeffrey D. Sachs
Januar 2005

Beitragende

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die Erkenntnisse und Empfehlungen des VN-Millenniums-Projekts, eines unabhängigen Beratungsgremiums des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan. Wir sind dem Generalsekretär dankbar für seine Initiative zur Gründung und Unterstützung des VN-Millenniums-Projekts, für sein unerschütterliches Bekenntnis zum Ziel der weltweiten Armutsbekämpfung und für seine bemerkenswerte und unermüdliche Führungstätigkeit an der Spitze des Systems der Vereinten Nationen. Wir danken außerdem dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und Vorsitzenden der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen, Mark Malloch Brown, für seine kluge Anleitung und Unterstützung jedes einzelnen Schritts des Projekts. Unser tief empfundener Dank gilt ferner den Mitgliedern des Exekutivausschusses der VN-Gruppe für Entwicklungsfragen für ihre fortlaufende Unterstützung: Carol Bellamy vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, Jim Morris vom Welternährungsprogramm und Thoraya Obaid vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen. Schließlich danken wir der Stellvertretenden Generalsekretärin Louise Fréchette, José Antonio Ocampo von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, seinem Vorgänger Nitin Desai sowie Shashi Tharoor von der Hauptabteilung Presse und Information für ihre großzügige Anleitung und Beratung.

Zu den Mitautoren dieses Berichts gehörten die Koordinatoren der 10 Arbeitsgruppen und des Sekretariats des VN-Millenniums-Projekts, die sich auf Beiträge von Hunderten von Akademikern, Entwicklungspraktikern, Wissenschaftlern, führenden Politikern und anderen Politikverantwortlichen stützten, die seit Beginn des Projekts im Juli 2002 in die Arbeiten eingebunden waren. Zahlreiche Assistenten und Mitglieder der Arbeitsgruppen leisteten enorme Beiträge zu vielen Teilen des Berichts,

namentlich Gabriella Carolini, Glenn Denning, Helen de Pinho, Philip Dobie, Lisa Dreier, Rafael Flor, Lynn Freedman, Caren Grown, Ruth Levine, Kristen Lewis, Joan Paluzzi, Robin Sears, Smita Srinivas, Yesim Tozan, Ron Waldman, Haynie Wheeler, Paul Wilson und Nalan Yuksel. Im Sekretariat des VN-Millenniums-Projekts arbeiteten Albert Hyunbae Cho, Michael Faye, Michael Krouse, Fatou Lo, Gordon McCord, Luis Javier Montero, Rohit Wanchoo, Emily White und Alice Wiemers viele Monate lang rund um die Uhr, um unschätzbare Hilfe bei den Forschungsarbeiten zu leisten. Erin Trowbridge steuerte außerordentlich wichtige Kommentare und Beiträge bei. Auch Prarthna Dayal, Maria Beatriz Orlando, Nora Simpson, Kelly Tobin und Brian Torpy unterstützten mit großem Einsatz die Beiträge der Arbeitsgruppen.

Eine Vielzahl der von der Projekt-Arbeitsgruppe Armut und wirtschaftliche Entwicklung ausgearbeiteten Ideen wurde unmittelbar in diesen Bericht übernommen; viele davon waren in großen Zügen bereits in ihrem Zwischenbericht vom Februar 2004 enthalten. Zu den Mitgliedern und Assistenten der Arbeitsgruppe Armut und wirtschaftliche Entwicklung, die Beiträge lieferten, gehörten Kwesi Botchwey, Haidari Amani, Ernest Aryeetey, George Cahuzac, Andrew Cassels, Jamie Drummond, Richard Freeman, Rebecca Grynspan, Pekka Haavisto, Aynul Hasan, Peter Heller, Macartan Humphreys, John Langmore, Ruth Jacoby, Carlos Jarque, Allan Jury, Eddy Lee, Zhu Ling, Thomas Merrick, Vijay Modi, John Okidi, Hafiz Pasha, Michael Platzer, Steven Radelet, Atiqur Rahman, Frederic Richard, Ana-Teresa Romero, Rabbi Royan, Ratna Sahay, Francisco Sercovich, Sudhir Shetty, David Simon, Suresh Tendulkar, Michael Usnick, Ashutosh Varshney und Xianbin Yao. Einige unter ihnen verfassten maßgebliche Hintergrundpapiere, die als Grundlage für wichtige Textabschnitte dienten. Dazu gehören Philip Alston (Menschenrechte), Macartan Humphreys und Ashutosh Varshney (Konflikte), Vijay Modi (ländliche Infrastruktur), David Simon (Hilfsströme) und Steven Radelet (Regierungsführung und öffentliche Entwicklungshilfe). Die Wirtschaftskommission für Afrika (zusammen mit UNDP Äthiopien) und die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (in Zusammenarbeit mit UNDP Thailand) richteten die Tagungen der Arbeitsgruppe aus, auf denen eine Vielzahl der in diesem Bericht enthaltenen Ideen entwickelt wurden.

Das UNDP hat das VN-Millenniums-Projekt großzügig aufgenommen und darüber hinaus wertvolle Finanz- und Sachunterstützung sowie intellektuelle Beiträge im Namen der VN-Gruppe für Entwicklungsfragen geliefert. Hierfür bedanken wir uns bei allen Mitgliedern des Leitungsteams, namentlich bei Abdoulie Janneh, Rima Khala Hunaidi, Elena Martinez, Jan Mattson, Kalman Mizsei, Shoji Nishimoto, Hafiz Pasha und Julia Taft, sowie bei den Mitarbeitern ihres jeweiligen Büros. Unter der Führung von Bruce Jenks leistete das Büro für Ressourcen und strategische Partnerschaften unermüdliche

Unterstützung für das Projekt, insbesondere Turhan Saleh, Amina Tirana und der Rest der Millenniumsziel-Gruppe. Mark Suzman aus dem Büro des Administrators lieferte die tägliche Dosis geduldiger und kluger Ratschläge.

Der von mehreren Regierungen und Stiftungen unterstützte Millenniums-Treuhandfonds des UNDP stellte den größten Teil der finanziellen Unterstützung für das Projekt seit seiner Gründung im Jahr 2002 zur Verfügung. Das Projekt ist auch zutiefst dankbar für die Beiträge der Ford Foundation, der Bill and Melinda Gates Foundation, der William and Flora Hewlett Foundation, der John D. and Catherine T. MacArthur Foundation, der David and Lucile Packard Foundation, des Open Society Institute und der Rockefeller Foundation.

Der besondere Dank des VN-Millenniums-Projekts gilt dem Earth Institute der Columbia University für seine intellektuelle, administrative, finanzielle und materielle Unterstützung des Projekt-Sekretariats und vieler seiner Arbeitsgruppen. Das Projekt dankt außerdem dem Center for Global Development, der John F. Kennedy School of Government der Harvard University, Partners in Health, dem International Centre for Research on Women, der Mailman School of Public Health an der Columbia University und dem Yale Center for the Study of Globalization, die die Tätigkeiten der Arbeitsgruppen des Projekts in entscheidender Weise unterstützt haben.

Das VN-Millenniums-Projekt ist den Mitarbeitern des Systems der Vereinten Nationen und den Vertretern der Regierungen, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors, die direkt oder indirekt zu diesem Bericht beigetragen haben und so zahlreich sind, dass sie hier nicht namentlich aufgeführt werden können, zu großem Dank verpflichtet. Für alle Irrtümer und Auslassungen übernehmen die Autoren die Verantwortung.

Millenniums-Entwicklungsziele.indd xi 23/03/2005 11:28:14 AM

Berichte der Arbeitsgruppen*

Arbeitsgruppe Hunger
Die Halbierung des Hungers ist möglich

Arbeitsgruppe Bildung und Gleichstellung der Geschlechter
Auf dem Weg zur allgemeinen Grundschulbildung: Investitionen, Anreize und Institutionen

Arbeitsgruppe Bildung und Gleichstellung der Geschlechter
Jetzt handeln: die Gleichstellung der Geschlechter verwirklichen und die Frauen ermächtigen

Arbeitsgruppe Gesundheit von Kindern und Müttern
Wer hat die Macht? Gesundheitssysteme zu Gunsten von Frauen und Kindern umbauen

Arbeitsgruppe HIV/Aids, Malaria, TB und Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten, Untergruppe HIV/Aids
Aids-Bekämpfung in den Entwicklungsländern

Arbeitsgruppe HIV/Aids, Malaria, TB und Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten, Untergruppe Malaria
Im neuen Millennium die Malaria in den Griff bekommen

Arbeitsgruppe HIV/Aids, Malaria, TB und Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten, Untergruppe TB
In Strategien für einen weltweiten Rückgang der TB investieren

Arbeitsgruppe HIV/Aids, Malaria, TB und Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten, Untergruppe Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten
Rezept für eine gesunde Entwicklung: den Zugang zu Medikamenten ausweiten

Arbeitsgruppe Ökologische Nachhaltigkeit
Umwelt und menschliches Wohlbefinden: eine praktische Strategie

Arbeitsgruppe Wasser und Abwasserentsorgung
Gesundheit, Würde und Entwicklung: was ist zu tun?

Arbeitsgruppe Bessere Lebensbedingungen für Slumbewohner
Ein Zuhause in der Stadt

Arbeitsgruppe Handel
Handel im Dienste der Entwicklung

Arbeitsgruppe Wissenschaft, Technologie und Innovation
Innovation: Wissen zu Gunsten der Entwicklung einsetzen

* Die Berichte der Arbeitsgruppen liegen nicht auf Deutsch vor. Nachstehend werden die englischen Titel aufgeführt.

Task force reports

Task Force on Hunger
Halving hunger: it can be done

Task Force on Education and Gender Equality
Toward universal primary education: investments, incentives, and institutions

Task Force on Education and Gender Equality
Taking action: achieving gender equality and empowering women

Task Force on Child Health and Maternal Health
Who's got the power? Transforming health systems for women and children

Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on HIV/AIDS
Combating AIDS in the developing world

Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on Malaria
Coming to grips with malaria in the new millennium

Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on TB
Investing in strategies to reverse the global incidence of TB

Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on Access to Essential Medicines
Prescription for healthy development: increasing access to medicines

Task Force on Environmental Sustainability
Environment and human well-being: a practical strategy

Task Force on Water and Sanitation
Health, dignity, and development: what will it take?

Task Force on Improving the Lives of Slum Dwellers
A home in the city

Task Force on Trade
Trade for development

Task Force on Science, Technology, and Innovation
Innovation: applying knowledge in development

Ziele

Millenniums-Entwicklungsziele

Ziel 1
Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1.
Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Zielvorgabe 2.
Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Ziel 2
Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Zielvorgabe 3.
Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Ziel 3
Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau

Zielvorgabe 4.
Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Ziel 4
Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 5.
Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Ziel 5
Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 6.
Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Ziel 6
Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 7.
Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Zielvorgabe 8.
Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Zielvorgabe 9.

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Zielvorgabe 10.

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Zielvorgabe 11.

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12.

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln (umfasst die Verpflichtung auf eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung, die Entwicklung und die Armutsreduzierung auf nationaler und internationaler Ebene)

Zielvorgabe 13.

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen (umfasst einen zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügigerer öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind)

Zielvorgabe 14.

Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung)

Zielvorgabe 15.

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

(Einige der nachstehend aufgeführten Indikatoren werden für die am wenigsten entwickelten Länder, Afrika, die Binnenentwicklungsländer und die kleinen Inselentwicklungsländer getrennt überwacht.)

Zielvorgabe 16.

In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen

Zielvorgabe 17.

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Zielvorgabe 18.

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Die zehn Hauptempfehlungen

Empfehlung 1

Die Regierungen der Entwicklungsländer sollen mutige Entwicklungsstrategien beschließen, die es möglich machen, die Millenniums-Entwicklungsziele (kurz "Millenniumsziele" oder "MZ") bis 2015 zu erreichen. Wir nennen sie MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategien. Damit der Termin 2015 eingehalten werden kann, empfehlen wir, dass alle Länder spätestens 2006 solche Strategien bereit haben. Wo bereits Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung vorhanden sind, sollen diese mit den Millenniumszielen in Einklang gebracht werden.

Empfehlung 2

Die MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien sollen der Angelpunkt sein, von dem ausgehend eine großflächige Ausweitung der öffentlichen Investitionen, des Kapazitätsaufbaus, der Mobilisierung einheimischer Ressourcen und der öffentlichen Entwicklungshilfe erfolgt. Sie sollen außerdem den Rahmen für die Verbesserung der Regierungsführung, die Förderung der Menschenrechte, die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Förderung des Privatsektors bilden. Die MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien sollen

- auf einer Bewertung der für die Erreichung der Ziele bis zum Jahr 2015 benötigten Investitionen und der dafür erforderlichen Politik beruhen
- die auf nationaler Ebene erforderlichen Investitionen, Politiken und Haushaltsmittel für die kommenden drei bis fünf Jahre detailliert darlegen
- besonderes Schwergewicht auf ländliche und städtische Produktivität, Gesundheit, Bildung, Gleichstellung der Geschlechter, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, ökologische Nachhaltigkeit, Wissenschaft, Technologie und Innovation legen
- besonderes Schwergewicht auf die Gesundheit von Frauen und Mädchen (einschließlich reproduktiver Gesundheit), auf ihre Bildungsergebnisse, ihren Zugang zu wirtschaftlichen und politischen Chancen, ihr Recht zur Verfügung über Vermögenswerte und ihre Freiheit von Gewalt legen
- Mechanismen für eine transparente und dezentralisierte Regierungs- und Verwaltungsführung fördern
- operative Strategien für die großflächige Umsetzung enthalten, wie die Ausbildung und Bindung qualifizierter Arbeitskräfte
- die zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Entscheidungsprozesse und die Dienstleistungserbringung einbinden und Mittel für Überwachung und Evaluierung bereitstellen
- die Grundzüge einer Strategie zur Förderung des Privatsektors und einer Einkommensschaffungsstrategie für Arme festlegen
- nach Bedarf den besonderen Bedürfnissen von Binnenstaaten, kleinen Inselentwicklungsländern, am wenigsten entwickelten Ländern und fragilen Staaten angepasst werden
- mehr einheimische Ressourcen mobilisieren, durch eine Erhöhung um bis zu vier Prozentpunkte des BSP bis 2015
- den Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe berechnen
- eine der Situation des Landes angepasste Strategie für den schließlichen Ausstieg aus der Hilfeabhängigkeit skizzieren.

Anmerkung: Empfehlungen für sektorspezifische Politiken und Investitionen sind in diesem Bericht zusammengefasst und werden ausführlich in den Einzelberichten der Arbeitsgruppen des VN-Millenniums-Projekts beschrieben.

Empfehlung 3

Die Regierungen der Entwicklungsländer sollen die MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien im Rahmen transparenter und integrativer Prozesse ausarbeiten und umsetzen und dabei eng mit den Organisationen der Zivilgesellschaft, dem inländischen Privatsektor und internationalen Partnern zusammenarbeiten.

- Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sollen bei der Konzeption der Politiken, der Erbringung von Dienstleistungen und der Überwachung der Fortschritte einen aktiven Beitrag leisten.
- Unternehmen und Organisationen des Privatsektors sollen einen aktiven Beitrag zur Politikkonzeption, zu Transparenzinitiativen und gegebenenfalls zu öffentlich-privaten Partnerschaften leisten.

Empfehlung 4

Die internationalen Geber sollen mindesten ein Dutzend Millenniumsziel-"Schnellspur"-Länder ermitteln, die für eine rasche Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe im Jahr 2005 in Frage kommen, in der Erkenntnis, dass viele Länder auf Grund ihrer guten Regierungsführung und ihrer Absorptionskapazität bereits die Voraussetzungen für eine großflächige Umsetzung erfüllen.

Empfehlung 5

Die entwickelten Länder und die Entwicklungsländer sollen 2005 gemeinsam eine Gruppe von Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen einleiten, um Millionen von Menschenleben zu retten und zu verbessern und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Sie sollen außerdem massive Ausbildungsanstrengungen unternehmen, um dafür zu sorgen, dass auf Gemeinwesenebene die benötigten spezialisierten Kenntnisse vorhanden sind.

Derartige Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen sind unter anderem:

- die breit angelegte, kostenlose Verteilung von Moskitonetzen und wirksamen Antimalaria-Medikamenten an alle Kinder in Regionen, in denen die Malaria endemisch ist, bis Ende 2007
- die Abschaffung von Gebühren für den Besuch von Grundschulen und die Inanspruchnahme grundlegender Gesundheitsdienste spätestens bis Ende 2006, die gegebenenfalls durch höhere Entwicklungshilfeleistungen der Geber kompensiert werden könnte
- der erfolgreiche Abschluss der "3 bis 5"-Kampagne mit dem Ziel, bis Ende 2005 3 Millionen Aids-Patienten in den Entwicklungsländern mit antiretroviralen Medikamenten zu behandeln
- die Ausweitung von Schulspeisungsprogrammen auf alle Kinder in besonders hungergefährdeten Gebieten unter Verwendung lokal produzierter Nahrungsmittel bis spätestens Ende 2006
- eine massive Zufuhr von Bodennährstoffen für ausgelaugte Böden, die von Kleinbauern bewirtschaftet werden, durch die kostenlose oder subventionierte Verteilung von Kunstdünger sowie durch Agroforstwirtschaft, bis spätestens Ende 2006.

Das breit angelegte Ausbildungsprogramm für lokale Fachkräfte soll darauf abzielen, dass bis 2015 in jedem Gemeinwesen Folgendes vorhanden ist:

- Fachkenntnisse in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Ernährung, Infrastruktur, Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen sowie Umweltmanagement
- Fachkenntnisse im Bereich der Verwaltung des öffentlichen Sektors
- Angemessene Schulung zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Partizipation.

Empfehlung 6

Die Regierungen der Entwicklungsländer sollen ihre nationalen Strategien mit regionalen Initiativen in Einklang bringen, wie der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas und der Karibischen Gemeinschaft (und ihrem Gemeinsamen Markt), und die regionalen Gruppen sollen eine höhere Direktunterstützung der Geber für regionale Projekte erhalten. Die regionalen Entwicklungsgruppen sollen

- bei der Ermittlung, Planung und Umsetzung hochprioritärer grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte (Straßen, Eisenbahnen, Wassereinzugsgebietsmanagement) unterstützt werden
- direkte Geberunterstützung für die Durchführung grenzüberschreitender Projekte erhalten
- dazu ermutigt werden, Mechanismen zur gegenseitigen Beurteilung einzuführen und anzuwenden, um bewährte Praktiken und gute Regierungsführung zu fördern.

Empfehlung 7

Die Länder mit hohem Einkommen sollen den Anteil der von ihnen geleisteten öffentlichen Entwicklungshilfe von 0,25 Prozent ihres BSP im Jahr 2003 auf etwa 0,44 Prozent im Jahr 2006 und 0,54 Prozent im Jahr 2015 erhöhen, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu unterstützen, insbesondere in den Ländern mit niedrigem Einkommen, bei gleichzeitigen qualitativen Verbesserungen (unter anderem sollte die Hilfe harmonisiert werden, berechenbar sein und weitgehend in Form von Budgethilfen auf Zuschussbasis gewährt werden). Jeder Geber soll das 0,7-Prozent-Ziel spätestens 2015 erreichen, um die Millenniumsziele und andere vorrangige Bereiche der Entwicklungshilfe zu unterstützen. Darüber hinaus soll ein umfassenderer und großzügigerer Schuldenerlass gewährt werden.

- Die öffentliche Entwicklungshilfe soll sich nach dem tatsächlichen Bedarf zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und der Bereitschaft der Länder zur wirksamen Nutzung der Hilfe richten.
- Die Kriterien zur Beurteilung der Tragfähigkeit der Schulden eines Landes müssen mit der Erreichung der Ziele vereinbar sein.
- Die Hilfe soll auf die Unterstützung der MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategie ausgerichtet sein und nicht auf die Unterstützung von Projekten, die vorwiegend den Interessen der Geber dienen.
- Die Geber sollen den Anteil ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe messen, der tatsächlich der Ausweitung von Investitionen zur Erreichung der Millenniumsziele dient, und darüber Bericht erstatten.
- Auch die Länder mit mittlerem Einkommen sollen Chancen wahrnehmen, um selbst Geber öffentlicher Entwicklungshilfe zu werden und Ländern mit niedrigem Einkommen technische Unterstützung zu gewähren.

Empfehlung 8

Die Länder mit hohem Einkommen sollen im Wege der Doha-Handelsrunde ihre Märkte für die Exporte der Entwicklungsländer öffnen und den am wenigsten entwickelten Ländern dabei behilflich sein, durch Investitionen in die handelswichtige Infrastruktur (Stromversorgung, Straßen und Häfen) ihre Exportwettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Spätestens 2006 soll die Doha-Entwicklungsagenda umgesetzt und die Doha-Runde abgeschlossen sein.

Empfehlung 9

Die internationalen Geber sollen Unterstützung für die weltweite wissenschaftliche Forschung und Entwicklung mobilisieren, um den besonderen Bedürfnissen der Armen in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Umweltmanagement, Energie und Klima Rechnung zu tragen. Wir schätzen, dass die Gesamthöhe der dafür erforderlichen Mittel bis 2015 auf etwa 7 Milliarden Dollar pro Jahr steigen wird.

Empfehlung 10

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen und die VN-Gruppe für Entwicklungsfragen sollen die Koordinierung der Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen zur Erreichung der Millenniumsziele auf Amtssitz- und Landesebene verbessern. Die VN-Landesteams sollen verstärkt werden und bei der Unterstützung der Ziele eng mit den internationalen Finanzinstitutionen zusammenarbeiten.

- Die VN-Landesteams sollen über die Ausbildung, das Personal und die Mittel verfügen, die erforderlich sind, um die Programmländer bei der Erreichung der Ziele zu unterstützen.
- Das jeweilige VN-Landesteam und die internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, regionale Entwicklungsbanken) sollen auf Landesebene eng zusammenarbeiten, um die Qualität der technischen Beratung zu verbessern.

In die Entwicklung investieren

Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Überblick

Millenniums-Entwicklungsziele.indd xx 23/03/2005 11:28:22 AM

Überblick

Wir haben die Chance, die weltweite Armut in den kommenden zehn Jahren zu halbieren. Milliarden mehr Menschen könnten die Früchte der globalen Wirtschaft genießen. Dutzende Millionen Menschenleben können gerettet werden. Die praktischen Lösungen sind vorhanden. Die politischen Rahmenbedingungen sind geschaffen. Und erstmals sind auch die Kosten absolut erschwinglich. Ganz gleich, welche Gründe uns beim Kampf gegen die Krise der extremen Armut leiten mögen – Menschenrechte, religiöse Werte, Sicherheit, Finanzpolitik, Ideologie – die Lösungen sind die gleichen. Wichtig ist jetzt, dass gehandelt wird.

Dieser Bericht empfiehlt, welcher Weg dabei einzuschlagen ist. Er zeigt Möglichkeiten zur Verwirklichung dieses ambitionierten Ziels auf. Er beschreibt, wie die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden können.

Die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) sind termingebundene und quantifizierte internationale Vorgaben für den Kampf gegen die extreme Armut in ihren vielfältigen Dimensionen – Einkommensarmut, Hunger, Krankheit, Mangel an angemessenem Wohnraum, Ausgrenzung – und die gleichzeitige Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, der Bildung und der ökologischen Nachhaltigkeit. Sie stellen auch grundlegende Menschenrechte dar – die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen verankerten Rechte eines jeden Menschen dieser Erde auf Gesundheit, Bildung, Wohnraum und Sicherheit.

Wie wird die Welt im Jahr 2015 aussehen, wenn es gelingt, die Ziele zu verwirklichen? Mehr als 500 Millionen Menschen werden von extremer Armut befreit sein. Mehr als 300 Millionen werden nicht mehr Hunger leiden. Auch bei der Gesundheit von Kindern wird es spektakuläre Fortschritte geben. 30 Millionen Kinder, die vor Erreichen des fünften Lebensjahrs gestorben

Millenniums-Entwicklungsziele.indd 1 23/03/2005 11:28:22 AM

Die Millenniums-Entwicklungsziele sind die am breitesten unterstützten, umfassendsten und konkretesten Vorgaben zur Verringerung der Armut, die die Welt je aufgestellt hat

wären, werden überleben. Auch mehr als zwei Millionen Müttern wird das Leben gerettet werden.

Das ist aber noch nicht alles. Wenn die Ziele erreicht werden, wird sich die Anzahl der Menschen, die nicht über einwandfreies Trinkwasser verfügen, um 350 Millionen verringern, und die Anzahl derjenigen, die ohne grundlegende sanitäre Einrichtungen leben, um 650 Millionen; sie alle werden ein gesünderes Leben in größerer Würde führen können. Hunderte Millionen mehr Frauen und Mädchen werden eine Schulbildung erhalten, Zugang zu wirtschaftlichen und politischen Chancen haben und mehr Sicherheit genießen. Hinter diesen enormen Zahlen stehen das Leben und die Hoffnung von Menschen, die eine neue Chance suchen, um der erdrückenden Last der Armut zu entkommen und zu Wirtschaftswachstum und Erneuerung beizutragen.

Viele Länder sind auf gutem Weg, um zumindest einige der Ziele bis zu dem anvisierten Jahr 2015 zu erreichen. Zahlreiche Regionen sind jedoch weit im Rückstand (Tabelle 1). Besonders dramatisch ist die Lage in Afrika südlich der Sahara, das sich in einer Abwärtsspirale von Aids, wieder verstärktem Auftreten von Malaria, rückläufiger Nahrungsmittelproduktion pro Kopf, immer schlechteren Wohnbedingungen und zunehmender Umweltzerstörung befindet, sodass die meisten Länder in Afrika bei der Erreichung der meisten oder aller Ziele weit vom Kurs abgekommen sind. Klimaänderungen könnten die Situation verschlimmern, indem sie die Ernährungsunsicherheit erhöhen, vektorübertragene Krankheiten verbreiten und die Wahrscheinlichkeit von Naturkatastrophen erhöhen; in Teilen Afrikas hat ein andauernder Rückgang der Regenfälle bereits verheerende Schäden angerichtet. Gleichzeitig ist bei einigen Zielen, wie etwa der Senkung der Müttersterblichkeit und der Umkehrung des Verlusts von Umweltressourcen, fast die ganze Welt weit von der Zielerreichung entfernt. Das für 2005 fixierte frühe Ziel für die Verwirklichung der Geschlechterparität in der Grund- und Sekundarschulbildung wird von vielen Ländern nicht eingehalten werden können.

Die Millenniums-Entwicklungsziele sind zu wichtig, um ein Scheitern zuzulassen. Es ist an der Zeit, sie beschleunigt umzusetzen, so wie es notwendig und angebracht ist. Das Jahr 2005 sollte eine Dekade hoher Ambitionen einleiten. Gestützt auf die Arbeit, die in den letzten beiden Jahren von mehr als 250 führenden internationalen Entwicklungspraktikern im Rahmen des VN-Millenniums-Projekts geleistet wurde, präsentiert dieser Bericht einen praktischen Plan zur Erreichung der Ziele. Darin wird immer wieder betont, dass die konkreten Technologien zur Erreichung der Ziele bereits bekannt sind. Was notwendig ist, ist ihre großflächige Anwendung und Umsetzung. Zu diesem Zweck legen wir am Anfang des Berichts 10 Hauptempfehlungen vor. Ausführlichere Analysen und Empfehlungen finden sich in den Berichten der 13 themenorientierten Arbeitsgruppen, die diesem Bericht zugrunde liegen.

Dieser Überblick besteht aus vier Teilen. Im ersten Teil wird beschrieben, warum die Millenniums-Entwicklungsziele wichtig sind und welche unter-

Millenniums-Entwicklungsziele.indd 2 23/03/2005 11:28:22 AM

Tabelle 1
Millenniumsziel-Haupttendenzen, nach Region

	Afrika		Asien				Ozeanien	Lateinamerika & Karibik	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	
	Nordafrika	südlich der Sahara	Ostasien	Südostasien	Südasien	Westasien			Europa	Asien
Ziel 1 Beseitigung der extremen Armut und des Hungers										
Extreme Armut halbieren	auf gutem Weg	unverändert hoch	erreicht	auf gutem Weg	auf gutem Weg	steigend	keine Daten	gering, minimale Verbesserung	steigend	steigend
Hunger halbieren	unverändert hoch	sehr hoch, kaum verändert	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	steigend	mäßig, unverändert	auf gutem Weg	gering, unverändert	steigend
Ziel 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung										
Allgemeine Grundschulbildung[a]	auf gutem Weg	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	schleppend	Fortschritte, aber schleppend	hoch, aber unverändert	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	rückläufig	auf gutem Weg
Ziel 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau										
Gleiche Einschulungsquote in Grundschulen	auf gutem Weg	Fortschritte, aber schleppend	erreicht	auf gutem Weg	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	auf gutem Weg	erreicht	auf gutem Weg
Gleiche Einschulungsquote in Sekundarschulen	erreicht	Fortschritte, aber schleppend	keine Daten	erreicht	Fortschritte, aber schleppend	kaum Veränderungen	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	erreicht	erreicht
Parität bei der Alphabetisierung junger Frauen und Männer	schleppend	schleppend	erreicht	erreicht	schleppend	schleppend	schleppend	erreicht	erreicht	erreicht
Gleich hohe Vertretung von Frauen in nationalen Parlamenten	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	rückläufig	Fortschritte, aber schleppend	sehr gering, einige Fortschritte	sehr gering, unverändert	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte in jüngster Zeit	rückläufig
Ziel 4 Senkung der Kindersterblichkeit										
Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken	auf gutem Weg	sehr hoch, unverändert	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	Fortschritte, aber schleppend	mäßig, unverändert	mäßig, unverändert	auf gutem Weg	gering, unverändert	steigend
Immunisierung gegen Masern	erreicht	gering, unverändert	keine Daten	auf gutem Weg	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	rückläufig	erreicht	erreicht	erreicht
Ziel 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern										
Müttersterblichkeit um drei Viertel senken	mäßig	sehr hoch	gering	hoch	sehr hoch	mäßig	hoch	mäßig	gering	gering
Ziel 6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten										
Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und umkehren	keine Daten	stabil	steigend	stabil	steigend	keine Daten	steigend	stabil	steigend	steigend
Ausbreitung von Malaria zum Stillstand bringen und umkehren	gering	hoch	mäßig	mäßig	mäßig	gering	gering	mäßig	gering	gering
Ausbreitung von TB zum Stillstand und umkehren	gering, rückläufig	hoch, steigend	mäßig, rückläufig	hoch, rückläufig	hoch, rückläufig	gering, rückläufig	hoch, steigend	gering, rückläufig	mäßig, steigend	mäßig, steigend
Ziel 7 Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit										
Waldverlust umkehren	weniger als 1% Wälder	zurückgehend	erreicht	zurückgehend	geringer Rückgang	weniger als 1% Wälder	zurückgehend	zurückgehend, außer Karibik	erreicht	erreicht
Anteil der Stadtbevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser halbieren	erreicht	unverändert	Zugang rückläufig	hoher Zugang, unverändert	erreicht	erreicht	hoher Zugang, unverändert	erreicht	erreicht	erreicht
Anteil der Landbevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser halbieren	hoher Zugang, kaum verändert	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	Fortschritte, aber schleppend	geringer Zugang, unverändert	Fortschritte, aber schleppend	hoher Zugang, begrenzte Veränderung	hoher Zugang, begrenzte Veränderung
Anteil der Stadtbevölkerung ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen halbieren	auf gutem Weg	geringer Zugang, unverändert	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	auf gutem Weg	erreicht	hoher Zugang, unverändert	hoher Zugang, unverändert	hoher Zugang, unverändert	hoher Zugang, unverändert
Anteil der Landbevölkerung ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen halbieren	Fortschritte, aber schleppend	unverändert	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	Fortschritte, aber schleppend	unverändert	unverändert	Fortschritte, aber schleppend	wenig verändert	wenig verändert
Lebensbedingungen von Slumbewohnern verbessern	auf gutem Weg	steigende Zahlen	Fortschritte, aber schleppend	auf gutem Weg	einige Fortschritte	steigende Zahlen	keine Daten	Fortschritte, aber schleppend	niedrig, aber unverändert	niedrig, aber unverändert
Ziel 8 Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft										
Jugendarbeitslosigkeit	hoch, unverändert	hoch, unverändert	gering, steigend	rasch steigend	gering, steigend	hoch, steigend	gering, steigend	steigend	gering, rasch steigend	gering, rasch steigend

erzielt oder auf gutem Weg | **Fortschritte, aber zu langsam** | **keine oder negative Veränderungen** | **keine Daten**

a. Die Ergebnisse basieren auf Messungen der Einschulungsquote. Wenn Messungen der Grundschul-Abschlussquote zugrunde gelegt werden, können sich die Ergebnisse verändern. So zeigen Schätzungen der Abschlussquoten in Lateinamerika, dass 8-10 Prozent der Kinder im Schulalter die Grundschule nicht abschließen werden, was bedeutet, dass die Region bei der Erreichung des Ziels der allgemeinen Grundschulbildung nicht auf Kurs ist.

Quelle: VN-Statistikabteilung, UNDESA 2004.

schiedlichen Fortschritte bisher bei ihrer Verwirklichung erzielt wurden. Daran schließt sich eine Diagnose an, warum die Fortschritte in den verschiedenen Regionen und bei den einzelnen Zielen so uneinheitlich waren. Der zweite Teil enthält Empfehlungen zur Umsetzung in den einzelnen Ländern, mit dem Schwerpunkt auf den Prozessen, Investitionen, Politiken und Strategien zur großflächigen Umsetzung, die zur Erreichung der Ziele erforderlich sind. Im dritten Teil finden sich Empfehlungen für die Unterstützung der einzelstaatlichen Prozesse durch das internationale System. Im vierten Teil, der Kosten-Nutzen-Schätzungen für die Erreichung der Ziele enthält, wird gezeigt, wie mit einer substanziellen, aber durchaus erschwinglichen Aufstockung der weltweiten Investitionen Millionen Menschenleben gerettet und die Lebensbedingungen von Milliarden von Menschen verbessert werden könnten.

1 Warum die Ziele wichtig sind und warum wir sie bisher nicht erreicht haben

Die Millenniums-Entwicklungsziele sind die am breitesten unterstützten, umfassendsten und konkretesten Vorgaben zur Verringerung der Armut, die die Welt je aufgestellt hat; ihnen kommt daher mannigfaltige Bedeutung zu. Für das internationale politische System bilden sie den Dreh- und Angelpunkt der Entwicklungspolitik. Für die mehr als eine Milliarde Menschen, die in extremer Armut leben, bedeuten sie Mittel für ein produktives Leben. Für jeden Menschen auf der Erde sind sie die Voraussetzung des Strebens nach einer sichereren und friedlicheren Welt.

Dreh- und Angelpunkt der internationalen Entwicklungspolitik

Auf dem Millenniums-Gipfel im September 2000, der größten Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der Welt, die es je gab, wurde die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen verabschiedet. Darin verpflichteten sich die Staaten zu einer globalen Partnerschaft zur Verringerung der Armut und zur Verbesserung der Gesundheit sowie zur Förderung des Friedens, der Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter und der ökologischen Nachhaltigkeit. Schon bald danach kamen die führenden Politiker der Welt im März 2002 erneut zusammen und legten auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey (Mexiko) einen richtungsweisenden Rahmen für eine globale Entwicklungspartnerschaft fest, in dem entwickelte Länder und Entwicklungsländer vereinbarten, gemeinsame Maßnahmen zur Verringerung der Armut zu ergreifen (Kasten 1). Später im selben Jahr versammelten sich die VN-Mitgliedstaaten zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (Südafrika), bei dem sie die Ziele als weltweite termingebundene Entwicklungsvorgaben bestätigten.

Kasten 1

Der Konsens von Monterrey als Rahmen für eine globale Partnerschaft

Der Konsens von Monterrey bietet einen nützlichen Aktionsrahmen, wenn auch viele der wichtigsten dort eingegangenen Verpflichtungen noch nicht erfüllt sind. Sechs Punkten kommt dabei besondere Bedeutung zu:

Erstens verpflichtete sich die Welt auf eine breit angelegte Entwicklungsagenda:

"Unser Ziel ist es, im Zuge von Fortschritten auf dem Weg zu einem alle Seiten voll einschließenden und gerechten Weltwirtschaftssystem die Armut zu bekämpfen, dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die nachhaltige Entwicklung zu fördern."

Zweitens erkannte die Welt die Notwendigkeit einer neuen Partnerschaft zwischen reichen und armen Ländern an, die auf guter Regierungs- und Verwaltungsführung, erweitertem Handel, Entwicklungshilfe sowie Schuldenerleichterung aufbaut:

"Zur Verwirklichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, namentlich der in der Millenniums-Erklärung enthaltenen Ziele, bedarf es einer neuen Partnerschaft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern. Wir verpflichten uns zu einer soliden Politik, einer guten Verwaltungsführung auf allen Ebenen und zur Herrschaft des Rechts. Wir verpflichten uns außerdem zur Mobilisierung inländischer Ressourcen, zur Schaffung von Anreizen für den Zufluss internationaler Finanzmittel, zur Förderung des internationalen Handels als Motor der Entwicklung, zur Verstärkung der internationalen finanziellen und technischen Entwicklungszusammenarbeit, zu einer nachhaltigen Schuldenfinanzierung und Erleichterung der Auslandsschuldenlast sowie zur Förderung der Kohärenz und Stimmigkeit des internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssystems."

Drittens wurde im Konsens von Monterrey unterschieden zwischen Entwicklungsländern, die über eine ausreichende Infrastruktur und entsprechendes Humankapital verfügen, um Privatinvestitionen anzuziehen (hauptsächlich Länder mit mittlerem Einkommen), und denjenigen, die auf öffentliche Entwicklungshilfe angewiesen sind, um Infrastruktur und Humankapital aufzubauen (hauptsächlich Länder mit niedrigem Einkommen und insbesondere am wenigsten entwickelte Länder):

"Die öffentliche Entwicklungshilfe spielt eine wesentliche Rolle als Ergänzung anderer Quellen der Entwicklungsfinanzierung, insbesondere in den Ländern, die am wenigsten in der Lage sind, private Direktinvestitionen anzuziehen. Die öffentliche Entwicklungshilfe kann einem Land dabei helfen, in einem angemessenen zeitlichen Rahmen inländische Ressourcen in ausreichender Höhe zu mobilisieren, bei gleichzeitiger Fortentwicklung des Humankapitals sowie der Produktions- und Exportkapazitäten. Die öffentliche Entwicklungshilfe kann für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Aktivitäten entscheidend sein und so die Weichen für ein robustes Wachstum stellen. Sie ist außerdem ein wesentliches Instrument zur Förderung von Bildung, Gesundheit, Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur, Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung sowie zur Verbesserung der Ernährungssicherung."

Viertens wurden im Konsens von Monterrey mehrere Regionen ermittelt, die besonders auf öffentliche Entwicklungshilfe angewiesen sind, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen:

"Für viele Länder in Afrika, die am wenigsten entwickelten Länder, die kleinen Inselentwicklungsländer und die Binnenentwicklungsländer stellt die öffentliche Entwicklungshilfe nach wie vor die größte Quelle ausländischer Finanzmittel dar und ist von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung der Entwicklungszielsetzungen und Zielwerte der Millenniums-Erklärung und der anderen international vereinbarten Zielwerte für die Entwicklung."

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 1

Der Konsens von Monterrey als Rahmen für eine globale Partnerschaft

(Fortsetzung)

Fünftens wurde im Konsens von Monterrey anerkannt, dass die öffentliche Entwicklungshilfe daher erheblich aufgestockt werden muss, und die Geberländer verpflichteten sich, diese zusätzlichen Mittel bereitzustellen, einschließlich der Erreichung des seit langem bestehenden 0,7-Prozent-Ziels:

"Wir erkennen an, dass eine beträchtliche Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe und anderer Mittel erforderlich sein wird, wenn die Entwicklungsländer die international vereinbarten Entwicklungsziele, namentlich die in der Millenniums-Erklärung enthaltenen Ziele, erreichen sollen. Zum Aufbau von Unterstützung für die öffentliche Entwicklungshilfe werden wir zusammenarbeiten, um die Politiken und Entwicklungsstrategien national wie international weiter zu verbessern und so die Wirksamkeit der Hilfe zu steigern.

In diesem Zusammenhang fordern wir die entwickelten Länder, soweit sie es noch nicht getan haben, nachdrücklich auf, konkrete Anstrengungen zur Erreichung des Zielwerts von 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts (BSP) als öffentliche Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer zu unternehmen."

Sechsten wurde im Konsens von Monterrey festgehalten, dass der Handel ein unverzichtbarer Wachstumsmotor ist und dass die Länder mit niedrigem Einkommen bei der Ausweitung des Handels in zweifacher Weise unterstützt werden müssen: durch die Verbesserung ihres Zugangs zu den Märkten der Hocheinkommensländer und durch finanzielle Ressourcen zur Beseitigung angebotsseitiger Schwierigkeiten mittels Investitionen auf dem Gebiet der Handelsinfrastruktur, der Technologie und der Institutionen:

"In Zusammenarbeit mit den interessierten Regierungen und ihren Finanzinstitutionen und zur weiteren Unterstützung der einzelstaatlichen Anstrengungen zur Nutzung von Handelschancen und zur wirksamen Integration in das multilaterale Handelssystem bitten wir die multilateralen und bilateralen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen, mit erhöhten Mitteln ihre Bemühungen um die sukzessive Beseitigung angebotsbedingter Schwierigkeiten zu verstärken und zu koordinieren; die Handelsinfrastruktur zu verbessern; die Exportkapazität zu diversifizieren und eine Erhöhung des Technologieanteils der Exporte zu unterstützen; die institutionelle Entwicklung zu stärken und die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit insgesamt zu erhöhen."

Mit diesen sechs Grundsätzen bietet der Konsens von Monterrey ein ausgewogenes Konzept für Wirtschaftswachstum und für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (UN 2000: Ziffern 1, 4, 39, 41, 42 und 36). Das VN-Millenniums-Projekt unterstützt diese ausgewogenen Grundsätze. Darauf aufbauend empfehlen wir in diesem Dokument praktische Schritte, die zur Verwirklichung der Ziele führen können.

Mittel für ein produktives Leben

Für die mehr als eine Milliarde Menschen, die immer noch in extremer Armut leben, sind die Millenniumsziele eine Frage des Überlebens. Extreme Armut kann definiert werden als "Armut, die tötet", da sie die Betroffenen, die unter Hunger, Krankheit und Umweltgefahren leiden, der Mittel beraubt, am Leben zu bleiben. Wenn Menschen unter extremer Armut leiden und nicht einmal über das spärliche Einkommen verfügen, um ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu decken, kann eine einzige Erkrankung, eine Dürre oder ein die Ernte zerstörender Schädlingsbefall den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmachen. In Haushalten, die unter extremer Armut leiden, ist die Lebenserwartung häufig rund halb so hoch wie in den Ländern mit hohem Einkommen,

Für die mehr als eine Milliarde Menschen, die immer noch in extremer Armut leben, sind die Millenniums-ziele eine Frage des Überlebens

nämlich 40 anstatt 80 Jahre. Von jeweils 1.000 geborenen Kindern sterben in der Regel mehr als 100 vor ihrem fünften Geburtstag, während es in den Ländern mit hohem Einkommen weniger als 10 sind. Für einen Säugling, der heute in Afrika südlich der Sahara geboren wird, stehen die Chancen, das Alter von 65 Jahren zu erreichen, eins zu drei.

Die Entwicklungsziele sind ein Zweck an sich, aber für die armen Haushalte stellen sie auch Kapitalinvestitionen dar: sie sind Mittel für ein produktives Leben, für Wirtschaftswachstum und mehr Entwicklung. Ein gesünderer Arbeiter ist ein produktiverer Arbeiter. Ein besser gebildeter Arbeiter ist ein produktiverer Arbeiter. Eine verbesserte Infrastruktur für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erhöht die Pro-Kopf-Produktion auf verschiedene Weise, etwa durch weniger Krankheitsausfälle. Viele der Millenniums-Entwicklungsziele sind somit nicht nur ein wünschenswertes Endergebnis in sich, sondern auch Teil einer Kapitalakkumulation im weitesten Sinn.

Die Ziele, die sich auf die Bekämpfung von Hunger und Krankheit beziehen, betreffen das Humankapital. Die Ziele in Bezug auf Wasser- und Sanitärversorgung und Abwasserentsorgung sowie Slumbewohner betreffen die Infrastruktur. Das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit betrifft das Naturkapital. Das erste Ziel, die Verringerung der Einkommensarmut, gehört zum Wirtschaftswachstum. Weil die Erreichung der Ziele auf den Gebieten Hunger, Bildung, Gleichstellung der Geschlechter, Umwelt und Gesundheit für das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung insgesamt von entscheidender Bedeutung ist, wäre es falsch, nur die zur Erreichung der Ziele in einem bestimmten Land erforderliche wirtschaftliche Wachstumsrate im Auge zu haben. Insbesondere für die ärmsten Länder, die in wirtschaftlicher Stagnation gefangen sind, ist es hilfreicher, die gesamte Bandbreite und die Höhe der Investitionen zu untersuchen, die erforderlich sind, um die Ziele zu erreichen und damit das Wirtschaftswachstum insgesamt zu unterstützen.

Voraussetzung für globale Sicherheit

Die Ziele verkörpern nicht nur das Streben nach globaler Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte – sie sind auch von entscheidender Bedeutung für die internationale und nationale Sicherheit und Stabilität, wie von der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel betont wurde. In Gesellschaften, in denen Armut und Hunger herrschen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Konflikten über knappe lebenswichtige Ressourcen wie Wasserstellen und anbaufähiges Land und über knappe natürliche Ressourcen wie Öl, Diamanten und Holz kommt, sehr viel höher als in Gesellschaften mit hohem Einkommen. Viele führende Politiker der Welt haben in den letzten Jahren zu Recht die enge Verknüpfung zwischen Armutsbekämpfung und globaler Sicherheit hervorgehoben (Kasten 2). Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele sollte daher in den Mittelpunkt der internationalen Anstrengungen zur Beendigung gewaltsamer Konflikte sowie

Kasten 2

Armutsminderung und globale Sicherheit

Viele führende internationale Politiker haben immer wieder betont, dass der Kampf für die globale Sicherheit – Beendigung von Kriegen, interner Gewalt, Terror und anderer Übel, die höchste Instabilität verursachen – auch Erfolge bei der Bekämpfung der Armut erfordert. Aus ihren nachstehend wiedergegebenen Erklärungen geht hervor, welch breite Übereinstimmung in diesem entscheidenden Punkt herrscht.

König Abdullah (Jordanien), 23. Januar 2004
"Die Eröffnung von Chancen ist ein machtvolles Instrument, um den Menschen ein Interesse an einer friedlichen Zukunft zu geben. Es liegt in unserer Hand, weltweites Wirtschaftswachstum, Zugang zu Bildung und Technologie und – was am wichtigsten ist – Gerechtigkeit zu schaffen, um den jungen Menschen zu zeigen, dass unsere Welt eine Welt der Fairness, der Offenheit und der Hoffnung ist. Die Millenniums-Entwicklungsziele müssen durch die Festlegung neuer Kriterien für die Beurteilung der Fortschritte, die Gewährleistung eines besseren und faireren Handels und die Knüpfung neuer globaler Verbindungen gestärkt werden."

Premierminister Tony Blair (Vereinigtes Königreich), 7. Oktober 2004
"Der Rest der Welt kann nicht einfach zusehen – weil wir uns das nicht leisten können, weil das, was in Afrika geschieht, sich heute und in Zukunft auf die übrige Welt auswirkt. Armut und Instabilität führen zu schwachen Staaten, die zum Zufluchtsort für Terroristen und andere Kriminelle werden können."

Präsident George W. Bush (Vereinigte Staaten), 14. März 2002
"Armut verursacht keinen Terrorismus. Wenn jemand arm ist, macht ihn das noch nicht zum Mörder. Diejenigen, die die Anschläge vom 11. September planten, wuchsen zum größten Teil unter komfortablen Bedingungen auf. Lang anhaltende Armut und Unterdrükkung können aber zu Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung führen. Und wenn Regierungen nicht die grundlegendsten Bedürfnisse ihrer Bevölkerung decken, können diese gescheiterten Staaten zu Zufluchtsorten des Terrors werden.

Armut hindert Regierungen daran, ihre Grenzen zu überwachen, in ihrem Hoheitsgebiet für Recht und Ordnung zu sorgen und ihre Rechtsvorschriften durchzusetzen. Entwicklung stellt die Ressourcen bereit, um Hoffnung zu wecken und Wohlstand und Sicherheit zu schaffen. … Eine erfolgreiche Entwicklung erfordert außerdem Bürger, die lesen und schreiben können, die gesund sind und die bereit und fähig sind, zu arbeiten. Entwicklungshilfe kann die armen Staaten dabei unterstützen, diese Bedürfnisse auf dem Gebiet der Bildung und der Gesundheitsversorgung zu decken."

Präsident Jacques Chirac (Frankreich), 26. Mai 2004
"Die Weltwirtschaft insgesamt bleibt zurück, wenn unzureichende Entwicklung ganze Regionen zu Armut verurteilt und ihnen offenbar die Zukunftschancen raubt. Entwicklung ist auch eine politische Notwendigkeit, weil die Sicherheit und Stabilität der Welt durch Reaktionen von Bevölkerungsgruppen gefährdet werden können, denen ihre grundlegenden Rechte vorenthalten werden."

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien), 21. September 2004
"Der Weg zu einem dauerhaften Frieden muss über eine neue politische und wirtschaftliche internationale Ordnung führen, die allen Ländern reale Chancen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung einräumt."

Premierminister Junichiro Koizumi (Japan), 21. September 2004
"Der Schutz von Einzelpersonen und Gemeinwesen und die Stärkung ihrer Selbstbestimmung bilden die Grundlage des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. … Es wird auf der Welt keine Stabilität und keinen Wohlstand geben, solange die Probleme Afrikas nicht gelöst sind. … Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Fragen sind zunehmend miteinander verflochten."

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 2
Armutsminderung und globale Sicherheit
(Fortsetzung)

Präsident Benjamin Mkapa (Tansania), 10. Januar 2003
"Wir sollten uns mit den Situationen und Faktoren auseinandersetzen, die zum Nährboden des Terrorismus werden können, nämlich Armut, Entrechtung, Entbehrung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit."

Präsident Olusegun Obasanjo (Nigeria), 23. September 2004
"Unser Streben nach globalem Frieden und globaler Sicherheit wird erfolglos bleiben, wenn wir nicht die internationale Entwicklungszusammenarbeit intensivieren und die Bekämpfung der Armut mit größerem Nachdruck betreiben."

Bundeskanzler Gerhard Schröder (Deutschland), 2001, Aktionsprogramm 2015
"Extreme Armut und die zunehmende Ungleichheit zwischen den Ländern und innerhalb einzelner Länder sind große Herausforderungen unserer Zeit. Denn sie sind Nährboden für Instabilität und Konflikte. Die Minderung der weltweiten Armut ist daher auch eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrung von Frieden und Sicherheit."

von Instabilität und Terrorismus gestellt werden. Entsprechend den Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe kommt den Ländern, die mit der ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine weltweite Führungsrolle anstreben, eine besondere Verantwortung für die Förderung der Ziele und für die Einhaltung der internationalen Zusagen für öffentliche Entwicklungshilfe und andere zur Erreichung der Ziele unverzichtbare Formen der Unterstützung zu. Wir machen uns das von der Hochrangigen Gruppe empfohlene Kriterium zu eigen, wonach entwickelte Länder, die die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat anstreben, 0,7 Prozent ihres BSP als öffentliche Entwicklungshilfe bereitstellen sollen.

Armut verstärkt das Risiko von Konflikten in vielfacher Weise. In armen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass die Regierung schwach ist, sodass potenzielle Rebellen es leichter haben, Land und lebenswichtige Ressourcen an sich zu reißen. Ressourcenknappheit kann Bevölkerungsmigration und Vertreibungen verursachen, die zu Konflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen führen, wie in Darfur (Sudan) nach dem Ausbleiben von Regenfällen. Ohne produktive Alternativen können junge Menschen aus materiellen Gründen oder einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung oder Wut zu Gewalt greifen. Arme Bauern, die ohne Infrastruktur auskommen müssen und die keinen Zugang zu den Agrarmärkten haben, können sich aus Verzweiflung der Herstellung von Suchtstoffen und dem Handel damit zuwenden, wie etwa beim Anbau von Mohn in Afghanistan oder Koka in den Anden. Viele Elendsviertel werden von Banden von Drogenhändlern kontrolliert, die einen Teufelskreis von Unsicherheit und Armut bewirken. Das Fehlen wirtschaftlich tragfähiger Alternativen zu kriminellen Tätigkeiten schafft Brutstätten der Instabilität – und erhöht das Gewaltpotenzial.

Forschungen lassen darauf schließen, dass von Armut und negativen Einkommensschocks eine starke Kausalwirkung auf das Ausbrechen von Konflikten ausgeht. Im Durchschnitt erhöht ein negativer Wirtschaftswachstums-

Die Welt hat bei vielen der Ziele bedeutende Fortschritte erzielt

schock von 5 Prozentpunkten das Bürgerkriegsrisiko um etwa 50 Prozent. Mit steigendem Nationaleinkommen wiederum geht das Risiko gewaltsamer bürgerkriegsähnlicher Konflikte stetig zurück (Abbildung 1). Gewiss sind gewaltsame Konflikte das Ergebnis einer Kombination von Faktoren, doch Armut schafft die Voraussetzungen, die Konflikte ausbrechen lassen und ihnen Nahrung geben. Daraus ergeben sich zweierlei Konsequenzen: Investitionen in die Entwicklung sind besonders wichtig, um die Wahrscheinlichkeit von Konflikten zu reduzieren, und bei Entwicklungsstrategien sollten die möglichen Auswirkungen auf das Konfliktrisiko berücksichtigt werden – ob sie dieses voraussichtlich verringern oder womöglich ungewollt erhöhen werden.

Wo stehen wir heute – zehn Jahre vor 2015?

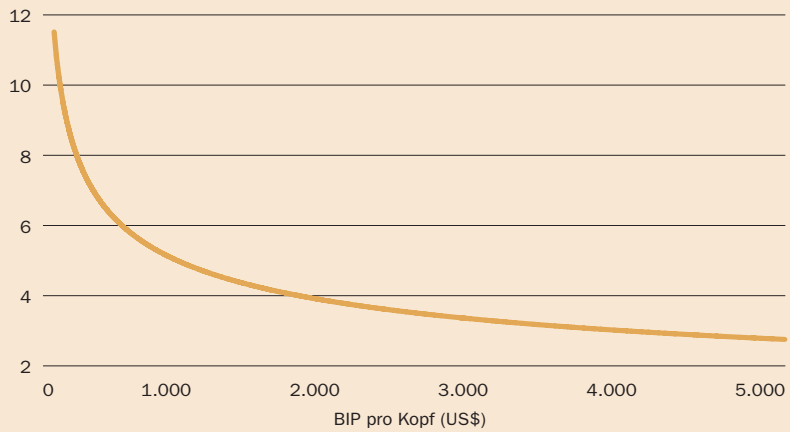
Die Welt hat bei vielen der Ziele bedeutende Fortschritte erzielt. Zwischen 1990 und 2002 stiegen die Durchschnittseinkommen insgesamt um rund 21 Prozent. Die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen ging um schätzungsweise 130 Millionen zurück.[1] Die Kindersterblichkeitsraten sanken von 103 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten im Jahr auf 88. Die Lebenserwartung stieg von 63 auf fast 65 Jahre. Zusätzliche 8 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern erhielten Zugang zu Wasser, zusätzliche 15 Prozent Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen.

Die Fortschritte waren jedoch bei weitem nicht einheitlich – weder in allen Weltregionen noch bei allen Zielen. Es bestehen enorme Disparitäten innerhalb einzelner Länder und zwischen ihnen. Innerhalb der Länder ist die Armut in den ländlichen Gebieten am größten, obwohl auch die städtische Armut

Abbildung 1

Wachsende Nationaleinkommen verringern die Gefahr von Bürgerkriegen

Prognostizierte Wahrscheinlichkeit des Auftretens eines neuen Konflikts innerhalb von fünf Jahren (%)



Anmerkung: Die Wahrscheinlichkeitsschätzungen sind von dem Verhältnis zwischen dem BIP pro Kopf (in konstanten US$ von 1985) und dem Ausbruch von Bürgerkriegen abgeleitet. Die Abbildung stellt nur Durchschnittsverhältnisse dar, die länderübergreifend und im zeitlichen Verlauf ermittelt wurden, und besagt nicht, dass bei einem bestimmten Einkommensniveau die Gefahr eines Konflikts an allen Orten gleich hoch ist.

Quelle: Forschungsarbeiten von Macartan Humphreys (Columbia University) unter Verwendung von BIP-Daten aus World Bank 2004d und Daten über den Ausbruch von Bürgerkriegen von PRIO/Universität Uppsala 2004.

Tabelle 2

Unterhalb der Armutsgrenze lebende Bevölkerung

Armutsgrenze 1,08 $ pro Tag[a]

Region	Millionen Menschen 1990	Millionen Menschen 2001	Anteil der Gesamtbevölkerung (%) 1990	Anteil der Gesamtbevölkerung (%) 2001	Anteil der Armen in ländlichen Gebieten[b] (%) 2001[c]	Ländliche Bevölkerung als Anteil an der Gesamtbevölkerung (%) 2001
Afrika südlich der Sahara	227	313	45	46	73	67
Lateinamerika und Karibik	49	50	11	10	42	24
Naher Osten und Nordafrika	6	7	2	2	63	42
Ostasien	472	271	30	15	80	63
Osteuropa und Zentralasien	2	17	1	4	53	37
Südasien	462	431	41	31	77	72

Armutsgrenze 2,15 $ pro Tag[a]

Region	Millionen Menschen 1990	Millionen Menschen 2001	Anteil an der Gesamtbevölkerung (%) 1990	Anteil an der Gesamtbevölkerung (%) 2001
Afrika südlich der Sahara	382	516	75	77
Lateinamerika und Karibik	125	128	28	25
Naher Osten und Nordafrika	51	70	21	23
Ostasien	1.116	865	70	47
Osteuropa und Zentralasien	23	93	5	20
Südasien	958	1.064	86	77

a. Armutsgrenzen festgelegt in US$ von 1993, nach Kaufkraftparität bereinigt.

b. Berechnet als ländliche Armutsrate x (100 – Urbanisierungsrate) / nationale Armutsrate. Zu beachten ist, dass die veröffentlichten Armutsraten die städtische Armut oft nicht hinreichend erfassen.

c. Wo keine Daten für 2001 verfügbar sind, werden die Daten des letzten verfügbaren Jahres verwendet.

Quelle: Spalten 1-4 und 7-10: Chen and Ravallion 2004. Spalten 5-6: Berechnet nach Daten aus World Bank 2004d.

hoch ist, weiter ansteigt und von den herkömmlichen Indikatoren nicht ausreichend erfasst wird (Tabelle 2).

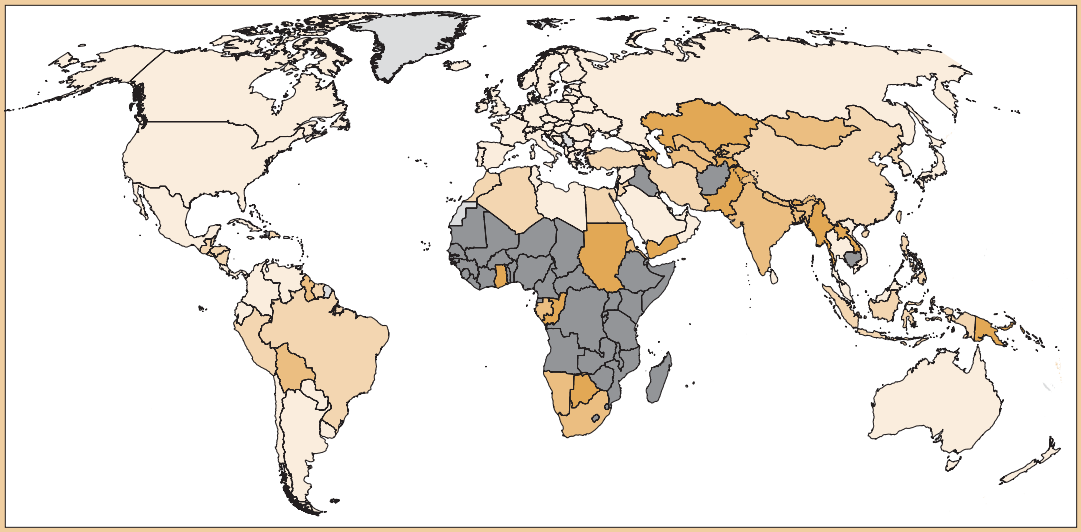
Afrika südlich der Sahara ist das Epizentrum der Krise, mit anhaltender Ernährungsunsicherheit, einem Anstieg der extremen Armut, erschreckend hoher Kinder- und Müttersterblichkeit, einer hohen Zahl von Slumbewohnern (Karten 1, 2 und 3) und einem allgemeinen Rückstand bei den meisten Millenniumszielen. Asien ist die Region mit den schnellsten Fortschritten, aber sogar dort leben Hunderte Millionen Menschen weiterhin in extremer Armut, und selbst Länder mit raschem Wachstum haben einige der nicht einkommensbezogenen Ziele nicht erreicht. Andere Regionen weisen uneinheitliche Ergebnisse auf, vor allem Lateinamerika, die Transformationsländer sowie der Nahe Osten und Nordafrika, wo häufig bei einigen Zielen langsame oder gar keine Fortschritte erzielt wurden, während Fortschritte bei anderen Zielen durch hartnäckig fortbestehende Ungleichheiten untergraben werden.

Bei den Fortschritten zur Erreichung der einzelnen Ziele gibt es erhebliche Abweichungen:

- Der Anteil unternährter Menschen geht in den meisten Weltregionen langsam zurück. Westasien, Ozeanien und die asiatischen GUS-Staaten sind die Ausnahmen; dort hat ihr Anteil in den letzten zehn Jahren sogar zugenommen. In Afrika südlich der Sahara haben einige Länder

Karte 1
Kindersterblichkeitsrate (2002)
Sterblichkeitsrate unter fünf Jahren (pro 1.000 Lebendgeburten)

Quelle: World Bank 2004d.



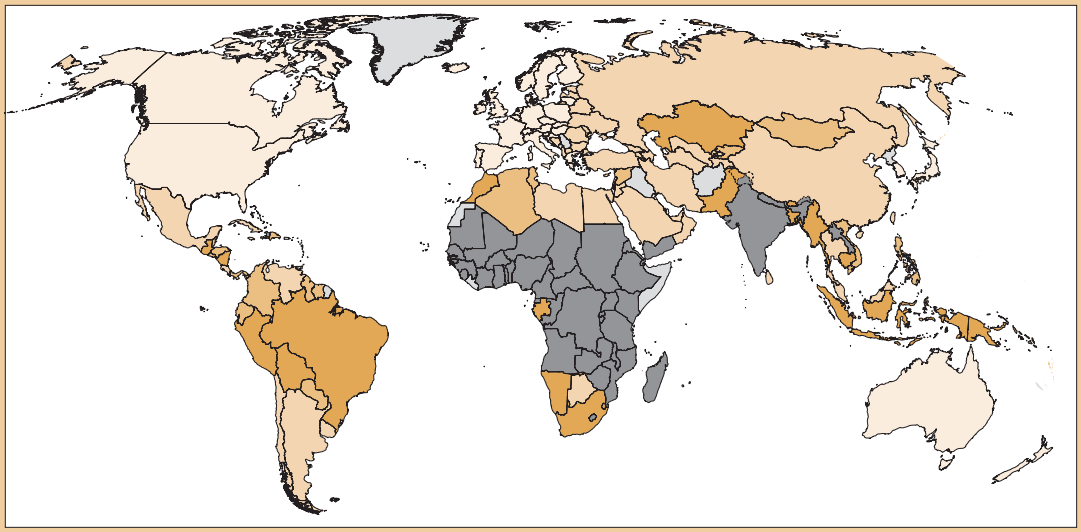
unter 30 | 30–60 | 60–90 | 90–120 | über 120 | keine Daten

Fortschritte erzielt, aber insgesamt ist das Ausmaß der Unterernährung unverändert hoch.

- Bei der Grundschulbildung gibt es in den meisten Regionen Fortschritte, aber Afrika südlich der Sahara sowie Südasien sind noch beträchtlich im Rückstand. Die meisten armen Kinder, die in den Entwicklungsländern eine Grundschule besuchen, lernen dort erschreckend wenig.
- Die Geschlechtergleichheit bleibt ein unerfülltes Ziel, und die Vorgabe, bis 2005 Bildungsparität zu erreichen, wird in vielen Ländern, insbesondere in Afrika südlich der Sahara und in Südasien, verfehlt werden.
- Die Kindersterblichkeitsraten sind generell zurückgegangen, aber in vielen Regionen haben sich die Fortschritte verlangsamt, und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wurden Rückschläge verzeichnet. Auch in Westasien und Ozeanien wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt, während in Afrika südlich der Sahara die Kindersterblichkeit nach wie vor extrem hoch ist (siehe Karte 1).
- Die Müttersterblichkeit ist in jeder Region nach wie vor unannehmbar hoch, ein Ausdruck der geringen öffentlichen Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse von Frauen und des unzureichenden Zugangs zu Informationen und Dienstleistungen auf dem Gebiet der sexuellen und repro-

Karte 2
Müttersterblichkeitsrate (2000)
pro 100.000 Lebendgeburten
(bereinigt)

Quelle: UNDP 2004b.

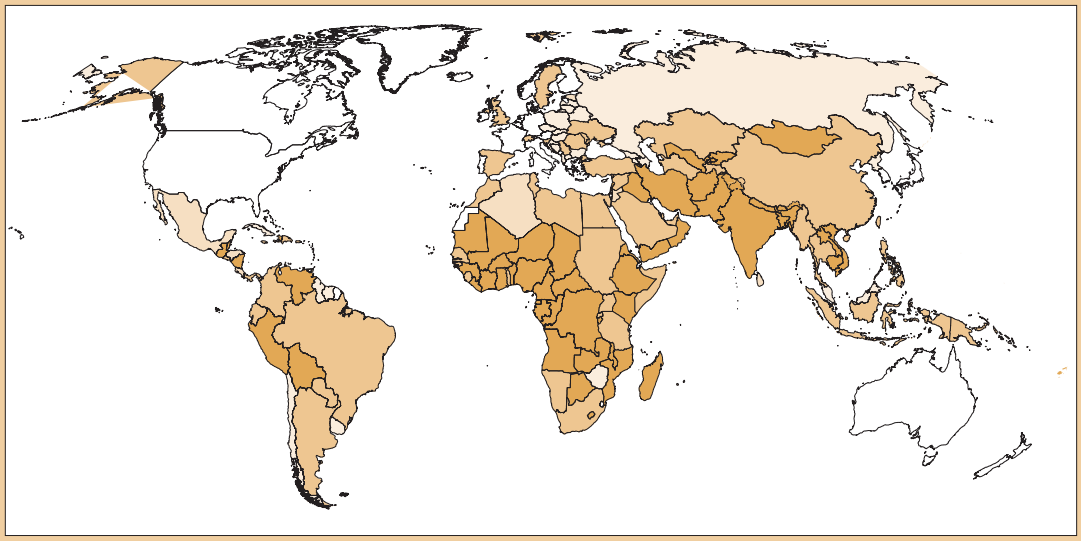


duktiven Gesundheit, einschließlich der geburtshilflichen Notfallversorgung (siehe Karte 2).

- Rund 40 Millionen Menschen sind heute mit HIV/Aids infiziert. Im südlichen Afrika herrscht eine Pandemie, in allen anderen Entwicklungsregionen stellt HIV/Aids eine ernsthafte Bedrohung dar, insbesondere für Frauen und Jugendliche. Das nach wie vor extrem hohe Vorkommen der Tuberkulose steigt weiter an, da sie auch als opportunistische Infektion in Verbindung mit HIV/Aids auftritt. Die Malaria, die durch einen auf entsprechende Umweltbedingungen angewiesenen Parasiten verursacht wird, bleibt eine erhebliche Gesundheitsbedrohung in vielen tropischen Regionen und ist in Afrika südlich der Sahara pandemisch.
- Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu einer besseren Trinkwasserversorgung ist erheblich gestiegen. Die meisten Regionen befinden sich hier auf gutem Weg, mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara, Ozeaniens und der ländlichen Gebiete in den meisten Regionen.
- Bei der Versorgung mit grundlegenden sanitären Einrichtungen ist die Welt im Rückstand. In Südasien, Afrika südlich der Sahara und

Karte 3
Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung
Prozent

Quelle: UN-HABITAT 2003.



in einem großen Teil des übrigen Asien waren die Fortschritte zu langsam.

- Schätzungen zufolge leben etwa 900 Millionen Menschen unter slumähnlichen Bedingungen, das heißt mit unsicheren Besitzrechten, unzureichendem Wohnraum und fehlendem Zugang zu Wasserversorgung oder sanitären Einrichtungen. Den höchsten Anteil an Slumbewohnern verzeichnen Afrika südlich der Sahara und Südasien, wo in vielen Städten über 70 Prozent der Bevölkerung in Elendsvierteln wohnen (siehe Karte 3). Sowohl West- als auch Ostasien (ohne China) verzeichneten seit 1990 einen Anstieg der absoluten Zahl der Slumbewohner, jedoch einen leichten Rückgang ihres prozentualen Anteils. Das gleiche Phänomen ist in Binnenentwicklungsländern, kleinen Inselentwicklungsländern und in den am wenigsten entwickelten Ländern zu beobachten. In den meisten anderen Subregionen finden entweder überhaupt keine oder nur schleppende Fortschritte statt.
- Alle Entwicklungsregionen haben im letzten Jahrzehnt eine erhebliche Schädigung der Umwelt erlebt, die sich als Ergebnis einer langfristigen, vom Menschen verursachten globalen Klimaänderung durchaus noch verschlimmern könnte. Viele Länder haben mit großen Problemen zu

kämpfen, weil ihre natürliche Ressourcenbasis – insbesondere Wälder, Fischbestände, Boden und Wasser, von denen das Überleben und die Sicherung des Lebensunterhalts ihrer Bevölkerung abhängt – immer stärker geschädigt und immer höherer Verschmutzung ausgesetzt wird. Jedes Jahr werden rund 15 Millionen Hektar Wald gefällt, hauptsächlich in Entwicklungsländern, was zu einer Zunahme vektorübertragener Krankheiten, einem Rückgang der verfügbaren Wassermenge und der Wasserqualität und zu mehr Überschwemmungen, Erdrutschen und lokalen Klimaänderungen führt. Da es an aussagekräftigen Daten und Indikatoren über die Umwelt fehlt, lässt sich nicht klar erkennen, in welchem Ausmaß die meisten Entwicklungsregionen in den letzten zehn Jahren unter weitreichenden Umweltzerstörungen gelitten haben und wie weit sie von der Verwirklichung der ökologischen Nachhaltigkeit noch entfernt sind.

Warum die Fortschritte so uneinheitlich sind

Der Schlüssel zur Erreichung der Millenniumsziele in Ländern mit niedrigem Einkommen besteht darin, zu gewährleisten, dass jeder Mensch über die grundlegenden Mittel für ein produktives Leben verfügt. In unserer heutigen globalen Wirtschaft gehören zu diesen Mitteln unter anderem ausreichendes Humankapital, Zugang zu wesentlicher Infrastruktur sowie grundlegende politische, soziale und wirtschaftliche Rechte (Kasten 3).

Im Wirtschaftswachstumsprozess spielen die Millenniums-Entwicklungsziele eine zweifache Rolle. Zum einen sind sie ein Zweck an sich, da der Abbau des Hungers, die Verbesserung von Gesundheit und Bildung und der Zugang zu einwandfreiem Wasser und sanitären Einrichtungen unmittelbare gesellschaftliche Ziele sind. Zum anderen stellen die Millenniumsziele auch einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zum Entwicklungsfortschritt dar. Unter der Voraussetzung einer ausreichenden Ausstattung mit Humankapital, des Vorhandenseins einer Infrastruktur und der Gewährleistung grundlegender Menschenrechte in einer marktgestützten Wirtschaft können Frauen wie Männer sich durch Eigeninitiative eine produktive und menschenwürdige Beschäftigung sichern. Wenn Infrastruktur, Gesundheit und Bildung allgemein zugänglich sind, können sich auch arme Länder an der globalen Arbeitsteilung beteiligen, auf eine Weise, die das Wirtschaftswachstum fördert, den Lebensstandard hebt und das Technologieverständnis steigert.

Wenn jedoch Menschen und ganze Volkswirtschaften nicht einmal über grundlegende Infrastruktur, Gesundheitsdienste und Bildung verfügen, können die Marktkräfte allein nur wenig ausrichten. Haushalte und ganze Volkswirtschaften bleiben in der Armut gefangen und können keinen Nutzen aus der Globalisierung ziehen. Ohne grundlegende Infrastruktur und Humankapital sind solche Länder dazu verurteilt, auf der Basis ihrer Naturschätze einige wenige Grundstoffe mit niedriger Gewinnspanne zu exportieren, anstatt auf

Kasten 3

Die Mittel für ein produktives Leben

Zu den Grundelementen ausreichenden Humankapitals gehören

- die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln;
- ein Gesundheitssystem, das den Menschen ein langes und gesundes Leben ermöglicht;
- die sexuelle und reproduktive Gesundheit;
- Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten und Qualifikationen, die im 21. Jahrhundert im Arbeitsleben gefragt sind;
- die technischen und unternehmerischen Fähigkeiten, um vorhandene, jedoch nicht ausreichend genutzte Technologien anzuwenden, sowie der wissenschaftliche Sachverstand zur Schaffung neuen Wissens.

Zu den wesentlichen Infrastrukturdiensten gehören

- einwandfreies Trinkwasser und grundlegende sanitäre Einrichtungen;
- die nachhaltige Bewirtschaftung und die Erhaltung der natürlichen Umwelt;
- landwirtschaftliche Produktionsmittel, einschließlich Bodennährstoffe, verlässlicher Wasserversorgung für die Landwirtschaft und besserer Saatgutsorten, sowie Impfstoffe, Veterinärarzneimittel und Futtermittel;
- Energie, namentlich Strom und sichere Brennstoffe zum Kochen;
- befestigte Straßen sowie sichere und verlässliche Transportdienste, einschließlich des nichtmotorisierten Verkehrs;
- moderne Informations- und Kommunikationstechnologie.

Zu den grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten gehören

- die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen, einschließlich gleicher reproduktiver Rechte;
- die Freiheit von Gewalt, insbesondere für Mädchen und Frauen;
- eine politische Stimme für jeden Bürger, oftmals über zivilgesellschaftliche Organisationen;
- gleicher Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen;
- sichere Nutzungs- und Besitzrechte sowie Eigentumsrechte für Wohnungen, Unternehmen und sonstige Vermögenswerte.

der Basis von Technologien, Fertigkeiten und Kapitalinvestitionen ein diversifiziertes Spektrum an Ausfuhrgütern anbieten zu können. Unter diesen Umständen kann die Globalisierung mit erheblichen Nachteilen verbunden sein – darunter die Abwanderung von Fachkräften, Umweltzerstörung, Verlust biologischer Vielfalt, Kapitalflucht und die Verschlechterung der Austauschverhältnisse –, anstatt Vorteile durch den erhöhten Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und technologischen Fortschritt zu bringen.

Führen wir uns das Beispiel eines typischen Dorfes mit Subsistenzlandwirtschaft in einem armen Land wie Afghanistan, Äthiopien, Bhutan, Bolivien, Burkina Faso, Nicaragua oder Papua-Neuguinea vor Augen: Das Dorf verfügt weder über eine befestigte Straße noch über motorisierte Transportmittel. Auch Elektrizität ist nicht vorhanden, und der Energiebedarf wird durch Holzeinschlag in bereits dezimierten Sekundärwäldern und Waldgebieten gedeckt. Es gibt kein einwandfreies Trinkwasser, und Latrinen stellen durch die Verunreinigung von Nahrungsmitteln und lokalen Wasservorräten

eine ständige Infektionsgefahr dar. Kinder leiden unter Durchfall, Lungenentzündung und Malaria.

In einem afrikanischen Dorf sterben Erwachsene ohne jede Hoffnung auf Behandlung an Aids und Tuberkulose. Die Bauern erzeugen trotz schwerster Arbeit kaum genug Nahrungsmittel, um ihre Familien zu ernähren. Den Böden wurden schon vor langem die Nährstoffe, insbesondere Stickstoff, entzogen. Regenfälle bleiben aus, und es gibt keine Bewässerungseinrichtungen, die dies ausgleichen könnten.

In einem solchen Dorfumfeld tragen Frauen eine dreifache Belastung: sie sorgen für Kinder, Alte und Kranke, verbringen Stunden mit der Beschaffung von Wasser und Brennholz zur Essenszubereitung und Nahrungsmittelproduktion und arbeiten für geringen oder keinen Lohn in Bauernhöfen oder Familienunternehmen. Verarmte Familien haben mehr Kinder, als sie eigentlich möchten, weil sie kaum Zugang zu Bildung, Verhütungsmitteln, menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Informationen und Diensten auf dem Gebiet der sexuellen und der reproduktiven Gesundheit haben. Für die meisten Bewohner scheint Bildung bestenfalls ein Luxus. Da es keine geburtshilfliche Notfallversorgung gibt, sterben mehr als hundert Mal so viele Frauen bei der Entbindung wie in reichen Ländern.

Die Marktkräfte allein werden dieses Dorf nicht retten. Viel eher ignoriert der Markt solche Dörfer, in denen nur geringe oder keine Geldeinnahmen vorhanden sind und in denen es auf Grund geringer Produktivität und der schlechten Anbindung an die regionale und globale Wirtschaft auch kaum Verdienstmöglichkeiten gibt. Die eigene Nahrungsmittelproduktion des Dorfes reicht knapp zum Überleben. Ohne Geld kann das Dorf weder Ärzte noch Lehrer oder Transportunternehmen anziehen. Ohne Elektrizität oder Zugang zu modernen Brennstoffen können weder Maschinen für die Nahrungsmittelverarbeitung noch Bewässerungspumpen, Computer oder Elektrowerkzeuge für Zimmermannsarbeiten oder die Bekleidungsherstellung betrieben werden. Die Dorfbewohner verdienen nicht genug Geld, um sparen zu können. Da es an Infrastruktur und qualifizierten Arbeitskräften mangelt, bleiben private Investoren fern. Junge Männer und Frauen, insbesondere wenn sie lesen und schreiben können, verlassen das Dorf und ziehen in die Städte – und die gebildetsten unter ihnen verlassen das Land.

Ein ähnlicher Teufelskreis lässt sich auch in vielen städtischen Gebieten feststellen. Zuwanderer mögen bei ihrer Ankunft zwar vielleicht Arbeit finden, jedoch im informellen Sektor und unter unsicheren Bedingungen, und Wohnraum bleibt für sie unzugänglich und unerschwinglich. Sie finden Zuflucht in informellen Siedlungen mit schlechter Versorgung und beengten Wohnverhältnissen. Viele der größten städtischen Ballungsräume in Niedrigeinkommensländern ähneln ausgedehnten Dörfern, und die rasch wachsenden Städte in Ländern mit mittlerem Einkommen sind oftmals sehr schlecht geplant und

Die Entwicklungen können durch praktische Maßnahmen umgekehrt werden

verfügen in weiten Teilen weder über eine funktionierende Infrastruktur noch über Arbeitsplätze oder Umweltmanagement.

Die Zuwanderung einer oder mehrerer Generationen aus ländlichen Gebieten bei gleichzeitigem raschem natürlichem Bevölkerungswachstum führt zu einem Wuchern dicht besiedelter Gebiete, die bei Gesundheitsversorgung, Bildung, Strom- und Wasserversorgung, sanitären Einrichtungen, Beseitigung fester Abfälle und Zugang zu Transportmitteln der grundlegendsten Voraussetzungen entbehren. Slumbewohner sind vom Genuss ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte weitgehend ausgeschlossen. Manche Slums sind so dicht besiedelt, dass nicht einmal Rettungsfahrzeuge in sie vordringen können. Krankheiten wie Tuberkulose verbreiten sich wie ein Lauffeuer, und oft grassiert HIV/Aids.

Diese Entwicklungen können jedoch durch praktische Maßnahmen umgekehrt werden. Sowohl Dörfer als auch Städte können am weltweiten Wirtschaftswachstum teilhaben, wenn sie mit der nötigen Infrastruktur ausgestattet werden und über das entsprechende Humankapital verfügen. Wenn in jedem Dorf eine Straße, Zugang zu Transportmitteln, eine Krankenstation, Strom, einwandfreies Trinkwasser, Schulen und andere unerlässliche Elemente vorhanden sind, werden Dorfbewohner in sehr armen Ländern die gleiche Entschlossenheit und den gleichen Unternehmergeist an den Tag legen wie Menschen anderswo auf der Welt. Wenn in jeder Stadt ein verlässliches Stromversorgungsnetz, für den Wettbewerb geöffnete Telekommunikation, Zugang zu Transportmitteln, zugänglicher und erschwinglicher Wohnraum für Arme, ein Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssystem sowie Zugang zu den Weltmärkten über moderne Häfen oder Straßen vorhanden ist, werden Arbeitsplätze und Investitionen ins Land geholt, anstatt dass qualifizierte Arbeitskräfte ins Ausland gehen.

Durch Investitionen in grundlegende Infrastrukturen, Humankapital und gute Regierungsführung werden mehrere Dinge erreicht:

- sie bewirken einen Übergang von der Subsistenzlandwirtschaft auf eine marktorientierte Landwirtschaft;
- sie schaffen die Grundlage für eine Exportdiversifizierung und ein Wirtschaftswachstum, die vom Privatsektor getragen werden;
- sie befähigen ein Land, auf produktive Weise an der globalen Arbeitsteilung teilzunehmen;
- sie schaffen die Grundlagen für technologischen Fortschritt und letztlich für eine innovationsbasierte Volkswirtschaft.

Die Erreichung der Millenniumsziele ist weitgehend davon abhängig, dass grundlegende Investitionen in die Infrastruktur und das Humankapital getätigt werden, um den Armen die Teilnahme an der Weltwirtschaft zu ermöglichen, wobei die Armen gleichzeitig in der Lage sein müssen, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte auszuüben, die ihnen die volle Nutzung

Sowohl Dörfer als auch Städte können am weltweiten Wirtschaftswachstum teilhaben, wenn sie mit der nötigen Infrastruktur ausgestattet werden und über das entsprechende Humankapital verfügen

der Infrastruktur und des Humankapitals ermöglichen, unabhängig davon, wo sie letztlich leben wollen.

Vier Gründe für den Rückstand bei der Erreichung der Millenniumsziele

Es gibt keine allgemein gültige Erklärung dafür, warum die Millenniumsziele in manchen Fällen erreicht werden und in anderen nicht. Für jede Region und jedes Ziel bedarf es einer sorgfältigen Analyse. Jedoch lassen sich vier übergreifende Gründe für die Nichterreichung der Ziele feststellen. Manchmal liegt das Problem in einer schlechten Regierungsführung, die von Korruption, schlechten wirtschaftspolitischen Entscheidungen und einer Negierung der Menschenrechte gekennzeichnet ist. Manchmal besteht das Problem in einer Armutsfalle, wenn die lokale Wirtschaft oder die gesamte Volkswirtschaft zu arm ist, um die notwendigen Investitionen zu tätigen. Manchmal werden in einem Teil des Landes Fortschritte erzielt, während sie in anderen Teilen ausbleiben, sodass Inseln der Armut fortbestehen. Selbst wenn die Regierungsführung insgesamt adäquat ist, so bestehen doch oft von der Politik vernachlässigte Bereiche, die enorme Auswirkungen auf das Wohlergehen der Bürger haben können. Manchmal kommen diese Faktoren gemeinsam vor, was die Lösung der einzelnen Probleme umso mehr erschwert.

Versagen der Regierungsführung

Die wirtschaftliche Entwicklung gerät ins Stocken, wenn Regierungen es unterlassen, die Rechtsstaatlichkeit zu bewahren, eine solide Wirtschaftspolitik zu verfolgen, ausreichende öffentliche Investitionen zu tätigen, die öffentliche Verwaltung zu steuern, die grundlegenden Menschenrechte zu schützen und die Organisationen der Zivilgesellschaft – auch diejenigen, die die Armen vertreten – zu unterstützen.

Zur Rechtsstaatlichkeit gehören unter anderem die Sicherheit des Privateigentums und sichere Nutzungs- und Besitzrechte, die Sicherheit vor Gewalt und körperlicher Misshandlung, Ehrlichkeit und Transparenz in staatlichen Funktionen und die Berechenbarkeit des staatlichen Handelns gemäß dem Recht. In allzu vielen Ländern sind diese grundlegenden Normen nicht erfüllt, was teils auf autoritäre Herrscher zurückzuführen ist, die mit Gewalt und Korruption ihre Macht erhalten, oftmals jedoch auch darauf, dass die zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit notwendigen Institutionen, gegenüber denen die Regierungen Rechenschaft ablegen müssen, nicht vorhanden sind.

Politische und soziale Rechte sollen die Gleichheit vor dem Gesetz und die Fairness gegenüber allen Gesellschaftsgruppen gewährleisten. Diese Rechte müssen konkret und nicht nur formal gegeben sein. Die Armen müssen ein echtes Mitspracherecht bei den Entscheidungen haben, die sich auf ihr Leben auswirken. Frauen und Mädchen muss die Freiheit von Gewalt und von rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierung garantiert sein. Vielerorts

Zur Erreichung der Millenniumsziele müssen die Regierungen aktiv mit allen Interessengruppen zusammenarbeiten, insbesondere mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor

ist der Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen auf bestimmte Gruppen beschränkt. Minderheitengruppen leiden auf Grund ihrer Sprache, ihrer Religion oder ihrer Rasse unter Diskriminierung durch mächtigere Gruppen.

Zu einer soliden Wirtschaftspolitik gehört die rationale und ausgewogene Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor, um einen dauerhaften wirtschaftlichen Fortschritt auf breiter Ebene zu sichern. Der Privatsektor ist der Motor des Produktionswachstums. Der öffentliche Sektor schafft den Rahmen und das Umfeld für die Förderung des Wachstums, indem er eine solide makroökonomische Politik festlegt und öffentliche Güter wie Infrastruktur, öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen sowie Unterstützung für Wissenschaft und Technologie bereitstellt.

Öffentliche Investitionen sind für eine auf den Privatsektor gestützte Marktwirtschaft unerlässlich. Jede erfolgreiche Volkswirtschaft stützt sich in hohem Maße auf öffentliche Ausgaben in kritischen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur (Stromversorgungsnetz, Straßen, Seehäfen), Umweltmanagement (Nationalparks und Schutzgebiete, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung), Information und Kommunikation, wissenschaftliche Forschung und Land für erschwinglichen Wohnraum.

Eine rechenschaftspflichtige und effiziente öffentliche Verwaltung erfordert Transparenz sowie Verwaltungsbeamte, die qualifiziert, motiviert und angemessen besoldet sind. Darüber hinaus erfordert sie effiziente Managementsysteme für die Auszahlung öffentlicher Mittel und die Verfolgung großer Investitionen sowie Systeme zur Überwachung und Evaluierung. Viele arme Länder verfügen nicht über die Mittel, um angemessene Gehälter zahlen zu können – oder über Kontrollverfahren gegen politischen Missbrauch, mit denen Leistungsanreize geschaffen und Unfähigkeit und Korruption ausgemerzt werden können –, weswegen sie sich einen wirksamen öffentlichen Sektor nicht leisten können und schließlich unter grassierender Ineffizienz und Ressourcenverschwendung leiden.

Das tatkräftige Engagement und die breite Mitwirkung der Zivilgesellschaft sind für eine wirksame Regierungsführung von entscheidender Bedeutung, da die Beteiligung der Zivilgesellschaft wichtige Akteure ins Spiel bringt, dafür sorgt, dass öffentliche Investitionen sinnvoll sind, zu Entscheidungen führt, die den von den Menschen empfundenen Bedürfnissen am besten gerecht werden, und da sie als Wächter über die Formulierung und Umsetzung der Regierungspolitik fungiert.

Die Erreichung der Millenniumsziele erfordert, dass alle diese Bereiche der Regierungsführung sachgerecht angegangen werden. Kein Land, egal wie arm es ist, kann es rechtfertigen, seine Bürger zu missbrauchen, ihnen den gleichen Schutz vor dem Gesetz zu versagen oder sie zu Opfern von Korruption, Misswirtschaft und irrationaler Wirtschaftspolitik werden zu lassen. Manche Verbesserungen in der Regierungsführung verursachen nur geringe

Die Millenniumsziele bieten einen soliden Rahmen für die Ermittlung der notwendigen Investionen

oder überhaupt keine Kosten, und manche führen sogar zu Einsparungen (beispielsweise durch den Abbau von Korruption oder die Gewährung von Landnutzungsrechten). Die wirtschaftlichen Ergebnisse lassen sich so in manchen Fällen kostengünstig verbessern, und diese Gelegenheiten dürfen nicht vergeudet werden.

Zur Erreichung der Millenniumsziele müssen die Regierungen aktiv mit allen Interessengruppen zusammenarbeiten, insbesondere mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor. Zivilgesellschaftliche Organisationen können dabei behilflich sein, nationale Strategien zu konzipieren, Dienstleistungen zu erbringen, die Menschenrechte zu verteidigen und die Regierung beim Kampf gegen Korruption und Missregierung zu überwachen. Darüber hinaus ist es schlicht und einfach der Privatsektor, in dem Arbeitsplätze und langfristiges Einkommenswachstum geschaffen werden (Kasten 4).

Armutsfallen

Viele gut regierte Länder sind zu arm, um sich selbst helfen zu können. Viele Regierungen haben gute Absichten, verfügen aber nicht über die Haushaltsmittel für Investitionen in die Infrastruktur, soziale Dienste und Umweltmanagement und nicht einmal die zur Verbesserung der Regierungsführung notwendige öffentliche Verwaltung. Ferner werden Dutzende hochverschuldeter armer Länder und Länder mit mittlerem Einkommen von den Gläubigerregierungen gezwungen, einen Großteil ihrer begrenzten Steuereinnahmen für den Schuldendienst zu verwenden – auf Kosten ihrer Fähigkeit, unerlässliche Investitionen in das Humankapital und die Infrastruktur zu tätigen. In einem sinnlosen und kräfteraubenden Kreislauf geben die Gläubiger mit der einen Hand Entwicklungshilfe und holen sie sich mit der anderen Hand über den Schuldendienst wieder zurück.

In einer wichtigen Politikinitiative der jüngsten Zeit schuf die US-Regierung einen Katalog transparenter Indikatoren, um arme, aber hinreichend gut regierte Länder zu identifizieren, die für eine Finanzierung aus dem neu eingerichteten "Millennium Challenge Account" (Konto für die Millenniumsherausforderungen) in Frage kommen. Die Liste umfasst 30 Länder, darunter Bolivien, Ghana, Mali und Mosambik. Trotz erheblicher Anstrengungen und echter Fortschritte bestehen diese und viele vergleichbare Länder zwar den "Regierungsführungstest", kommen aber dennoch bei der Erreichung der Millenniumsziele nicht ausreichend voran.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Diesen Ländern fehlt es an grundlegender Infrastruktur, Humankapital und einer entsprechenden öffentlichen Verwaltung – den Fundamenten wirtschaftlicher Entwicklung und eines vom Privatsektor getragenen Wachstums. Ohne Straßen, Bodennährstoffe, Elektrizität, sichere Brennstoffe für die Nahrungszubereitung, Kliniken, Schulen und angemessenen und erschwinglichen Wohnraum leiden die Menschen unter chronischem Hunger und Krankheiten und können keine Ersparnisse

Kasten 4

Partner bei der Erreichung der Millenniumsziele

Die Zivilgesellschaft

ActionAid, Brot für die Welt, CIVICUS, DATA, Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN), die International Planned Parenthood Federation (IPPF), Ärzte ohne Grenzen, InterAction, Oxfam, RESULTS International und Social Watch gehören zu den vielen bemerkenswerten und engagierten Organisationen der Zivilgesellschaft, die in hohem Maße zum Entwicklungsfortschritt überall auf der Welt beigetragen haben. Nationale Strategien zur Erreichung der Millenniumsziele werden nur dann Erfolg haben, wenn diese und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sich aktiv engagieren.

Organisationen der Zivilgesellschaft können die Öffentlichkeit und die Politik stärker für die Ziele sensibilisieren, indem sie konstruktiven Druck auf die Regierungen ausüben, ihre Zusagen einzuhalten. Sie können bei der Formulierung von nationalen MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien behilflich sein, indem sie sicherstellen, dass Investitionsstrategien den Bedürfnissen von bisher ausgeschlossenen Regionen und Gruppen sowie bisher ignorierten politischen Fragen Rechnung tragen. Viele können auch Schlüsselaufgaben bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen übernehmen, insbesondere solcher, bei denen Einzelschulung, Systeme auf Gemeinwesenebene und die Mobilisierung Jugendlicher im Vordergrund stehen. Bei der Überwachung der Fortschritte können sie dem Staat gegenüber als “Aufpasser” fungieren und für Transparenz bei Investitionsprogrammen und Rechenschaftspflicht im Haushaltsmanagement sorgen.

Auf internationaler Ebene können Organisationen der Zivilgesellschaft die Unterstützung Jugendlicher und anderer wichtiger Interessengruppen dafür mobilisieren, konstanten Druck auf führende Weltpolitiker auszuüben, ihre politischen Zusagen einzuhalten. Durch ihre Arbeit vor Ort können sie maßgeblich am Austausch von bewährten Verfahrensweisen und Fachwissen mitwirken. Darüber hinaus können sie bei der direkten Erbringung von Dienstleistungen helfen, wie sie das schon jetzt tun, beispielsweise durch humanitäre Nothilfemaßnahmen in Krisenzeiten in den ärmsten Regionen der Welt.

Der Privatsektor

Privatunternehmen sind wichtige Partner bei der Erreichung der Millenniumsziele. Die langfristige Minderung der Armut in den Entwicklungsländern kann nur durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreicht werden, das wiederum einen dynamischen Privatsektor erfordert. In Niedrigeinkommensländern ist der Großteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig; ein erfolgversprechender Weg zum Wachstum führt daher über die Steigerung der Agrarproduktivität und den Übergang von der Subsistenzlandwirtschaft zur kommerziellen Landwirtschaft. In städtischen Gebieten sollte ein Übergang von der informellen Beschäftigung zur formellen Beschäftigung in international wettbewerbsfähigen Fertigungs- und Dienstleistungsbetrieben stattfinden.

Die Bereitstellung des Humankapitals und der Infrastruktur, die Unternehmen für den wirtschaftlichen Erfolg und den Zugang zu den Weltmärkten benötigen, erfordert leistungsfähige öffentliche Systeme. Der inländische Privatsektor kann die Millenniumsziele durch Investitionen zur Produktivitätssteigerung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen. In manchen Situationen kann er durch öffentlich-private Partnerschaften auch die Erbringung von Dienstleistungen unterstützen. Der Privatsektor sollte die Ziele darüber hinaus unterstützen, indem er Initiativen für Transparenz und gute Unternehmensführung fördert, indem er für die Ziele eintritt und indem er bei wirtschaftspolitischen Diskussionen auf verantwortungsvolle Weise mit der Regierung interagiert.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 4
Partner bei der Erreichung der Millenniumsziele
(Fortsetzung)

Große international tätige Unternehmen sollten die Ziele durch Philanthropie, beispielsweise durch Spenden lebensrettender Technologien, und durch eine differenzierte Preisgestaltung unterstützen, um den Armen den Zugang zu den von ihnen benötigten Technologien zu ermöglichen. Bei Investitionen in den Entwicklungsländern sollten multinationale Unternehmen verantwortungsbewusst und gesetzestreu auftreten. Wir empfehlen allen international tätigen Großunternehmen, insbesondere denen, die sich dem Globalen Pakt der Vereinten Nationen angeschlossen haben, ihre unternehmerische soziale Verantwortung dadurch zu demonstrieren, dass sie in ihren Jahresbericht eine Darstellung ihrer Beiträge zu den Millenniums-Entwicklungszielen aufnehmen.

bilden. Ohne angemessene Gehälter im öffentlichen Sektor und ohne Informationstechnologien bleibt die öffentliche Verwaltung chronisch schwach. Diese Länder sind nicht in der Lage, private Investitionsströme anzuziehen oder ihre qualifizierten Arbeitskräfte im Land zu halten.

Die Millenniumsziele bieten einen soliden Rahmen für die Ermittlung der notwendigen Investitionen. Sie verweisen auf Zielbereiche öffentlicher Investitionen – Wasserversorgung, sanitäre Einrichtungen, Slumsanierung, Bildung, Gesundheit, Umweltmanagement und grundlegende Infrastruktur –, mit denen die Einkommensarmut und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verringert, das Humankapital verbessert und die Umwelt geschützt werden können. Durch die Erreichung der Ziele können arme Länder eine ausreichende Infrastruktur- und Humankapitalbasis schaffen, durch die sie sich aus der Armutsfalle befreien können.

Der Armutsfalle entkommen. Wenn der Kapitalbestand eines Landes (Sachkapital, Naturkapital und Humankapital) zu niedrig ist, ist seine Volkswirtschaft unproduktiv. Die Haushalte sind verarmt, und die Umwelt ist geschädigt. Dies führt zu mehreren Problemen:

- *Niedrige Sparquote.* Arme Haushalte verwenden ihr gesamtes Einkommen, um ihr Überleben zu sichern, und können daher nicht für die Zukunft sparen. Die wenigen, die es sich leisten können, zu sparen, haben oftmals keinen Zugang zum formellen Bankensystem.
- *Niedrige Steuereinnahmen.* Die Regierungen verfügen nicht über die erforderlichen Haushaltsmittel für öffentliche Investitionen und für eine öffentliche Verwaltung, die qualifizierte Führungskräfte und moderne Informationssysteme einsetzt.
- *Geringe ausländische Investitionen.* Ausländische Investoren meiden Volkswirtschaften, denen es an grundlegender Infrastruktur mangelt – in denen Straßen, Häfen, Kommunikationssysteme und die Stromversorgung teuer und unzuverlässig sind.
- *Gewalttätige Konflikte.* Ressourcenknappheit kann oft latente Spannungen zwischen konkurrierenden Gruppen schüren.

Der Schlüssel für die Befreiung aus der Armutsfalle besteht darin, den Kapitalbestand der Volkswirtschaft aufzustocken

- *Abwanderung von Fachkräften.* Qualifizierte Arbeitskräfte verlassen auf Grund niedriger Gehälter und schlechter Zukunftsaussichten das Land.
- *Ungeplante oder zum unrechten Zeitpunkt eintretende Geburten und rasches Bevölkerungswachstum.* Verarmte Menschen in ländlichen Gebieten haben die höchsten Fruchtbarkeitsraten und die größten Familien. Rasches Bevölkerungswachstum und die immer geringere Größe der Höfe verschlimmern die Armut auf dem Lande. Arme in ländlichen wie in städtischen Gebieten haben geringeren Zugang zu Informationen und Dienstleistungen, die ihnen ermöglichen würden, die Zeitabstände zwischen Schwangerschaften ihren Wünschen entsprechend zu erhöhen oder die Zahl der Schwangerschaften zu begrenzen.
- *Umweltzerstörung.* In Armut lebende Menschen verfügen nicht über die Mittel, in die Umwelt zu investieren, oder die politische Macht, um die Schädigung der lokalen Ressourcen zu begrenzen, was zur Erschöpfung der Bodennährstoffe, zu Entwaldung, Überfischung und anderen Umweltschäden führt. Diese Schädigungen vermindern die ländlichen Einkommen und tragen zu schlechter Gesundheit und zur Landflucht bei, was wiederum zu neuen Siedlungen in ökologisch anfälligen periurbanen Gebieten führt.

Alle diese nachteiligen Effekte zementieren und erhöhen die Armut. Ohne private Spartätigkeit, öffentliche Investitionen und ausländische Investitionen kann es keine Produktivitätssteigerung geben. Mit der Abwanderung von Fachkräften, dem Bevölkerungswachstum, der Umweltzerstörung und dem ständigen Risiko von Gewaltausbrüchen verschlechtert sich die Situation immer weiter.

Der Schlüssel für die Befreiung aus der Armutsfalle besteht darin, den Kapitalbestand der Volkswirtschaft so weit aufzustocken, dass die Abwärtsspirale zum Stillstand kommt und ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum an seine Stelle tritt. Dafür bedarf es zwischen heute und dem Jahr 2015 einer massiven Erhöhung der grundlegenden Investitionen in die öffentliche Verwaltung, das Humankapital (Ernährung, Gesundheit, Bildung) und die Schlüsselinfrastrukturen (Straßen, Elektrizität, Häfen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, zugängliches Land für erschwinglichen Wohnraum, Umweltmanagement).

Dieser Prozess wird durch eine freiwillige Verringerung der Geburtenhäufigkeit unterstützt, durch die höhere Investitionen in die Gesundheit, Ernährung und Bildung jedes Kindes gefördert werden. Daher unterstützen wir nachdrücklich Programme, die die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die entsprechenden Rechte fördern, darunter auch die freiwillige Familienplanung. Sie sind für den Gesamterfolg beim Wirtschaftswachstum und bei der Armutsbekämpfung von entscheidender Bedeutung und können den Ländern

Geografische Benachteiligungen können und müssen durch gezielte Investitionen in Infrastruktur, Landwirtschaft und Gesundheit ausgeglichen werden

bei der Erreichung der Millenniumsziele helfen, indem sie sie aus der Armutsfalle und aus ihrer Abhängigkeit von Hilfe befreien.

Geografische Gegebenheiten erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Armutsfallen. In manchen Ländern und Regionen ist das Risiko, in eine Armutsfalle zu geraten, größer als in anderen. Jedes Land kann zwar infolge einer von Gewalt, Kolonialherrschaft oder schlechter Regierungsführung geprägten Vergangenheit ohne grundlegende Infrastruktur und Humankapital sein, doch sind bestimmte Regionen auf Grund ihrer physischen Geografie besonders benachteiligt. Sie benötigen einfach deswegen mehr grundlegende Infrastruktur als andere, weil sie eine schwierige physische Umwelt überwinden müssen. Einige der Nachteile, die durch Investitionen ausgeglichen werden müssen, sind insbesondere:

Ungünstige Transportverhältnisse:

- Binnenländer;
- kleine Inselländer in großer Entfernung von den wichtigen Märkten;
- eine Bevölkerung, die weit von Küsten und schiffbaren Flüssen entfernt im Landesinneren lebt;
- eine in Berggebieten lebende Bevölkerung;
- weite Wege zu den wichtigen Weltmärkten;
- sehr geringe Bevölkerungsdichte.

Ungünstige agroklimatische Verhältnisse:

- geringe und stark schwankende Regenfälle;
- ungünstige Voraussetzungen für die Bewässerung;
- nährstoffarme und ausgelaugte Böden;
- Anfälligkeit für Schädlinge und andere Verluste nach der Ernte;
- Anfälligkeit für die Auswirkungen der Klimaänderungen.

Ungünstige Gesundheitsbedingungen:

- hohe umweltbedingte Gefährdung durch Malaria und andere Tropenkrankheiten;
- hohe Aids-Prävalenz.

Sonstige Nachteile:

- Fehlen inländischer Energieressourcen (fossile Brennstoffe, potenzielle Nutzung geothermischer Energie oder der Wasserkraft);
- kleine Inlandsmärkte und mangelnde regionale Integration;
- Anfälligkeit für Naturgefahren (tropische Wirbelstürme, Erdbeben, Vulkanausbrüche);
- künstliche Grenzen, die kulturelle und ethnische Gruppen voneinander trennen;
- räumliche Nähe zu Konfliktländern.

Afrika südlich der Sahara leidet besonders unter ungünstigen geografischen Voraussetzungen (Tabelle 3 und Karte 4). Afrika trägt (gleichauf mit Südasien) das höchste landwirtschaftliche Risiko, das höchste Transportrisiko

und mit Abstand das höchste Malariarisiko. Außerdem ist Afrika wie keine andere Region für Dürren anfällig. Je höher die Gefährdung der Menschen im Jahr 1980 war, desto geringer fiel zwischen 1980 und 2000 das Wirtschaftswachstum aus.

Die Gefährdung Afrikas ist sehr hoch, jedoch nicht unüberwindlich. Tatsächlich kommen wir zu dem Ergebnis, dass geografische Benachteiligungen durch gezielte Investitionen in Infrastruktur, Landwirtschaft und Gesundheit ausgeglichen werden können und müssen. Länder, die weit von Märkten entfernt sind, können durch ausreichende Investitionen in das Straßen- und Schienennetz näher an diese herangerückt werden. Länder mit ausgelaugten Böden und unzulänglichen Regenfällen können über spezielle Programme zum Ersatz von Bodennährstoffen und zur Wasserbewirtschaftung für die Landwirtschaft (beispielsweise Bewässerung und Regenwassergewinnung) unterstützt werden. Länder, in denen die Bevölkerung unter Malaria und anderen endemischen Krankheiten leidet, können diese Krankheiten mit geeigneten Präventions- und Kontrollprogrammen bekämpfen. Solche Investitionen sind jedoch teuer – zu teuer, als dass die ärmsten Länder sie alleine tragen könnten – und erfordern daher eine weitaus größere Unterstützung seitens der Geberländer.

Inseln der Armut

In den meisten Volkswirtschaften bestehen große Unterschiede in den Haushaltseinkommen, sodass sogar in Ländern mit mittlerem Einkommen unter Umständen eine große Zahl von Haushalten extrem arm ist, insbesondere in großen Ländern mit erheblicher regionaler und ethnischer Vielfalt. Die wirt-

Tabelle 3

Landwirtschaftliches Risiko, Transportrisiko und Malariarisiko, nach Region

Region	Landwirtschaftliches Risiko[a]	Transportrisiko[b]	Malariarisiko[c]	Index der menschlichen Gefährdung[d]
Afrika südlich der Sahara	0,86	0,52	0,42	**0,60**
Europa	0,38	0,27	0,00	**0,22**
Lateinamerika und Karibik	0,76	0,37	0,03	**0,39**
Naher Osten und Nordafrika	0,71	0,36	0,02	**0,36**
Nordamerika	0,51	0,23	0,00	**0,25**
Ostasien und Pazifik	0,68	0,27	0,04	**0,33**
Südasien	0,86	0,26	0,02	**0,38**
Zentralasien	0,31	0,41	0,00	**0,24**

Anmerkung: Die Indizes reichen von 0 bis 1, wobei ein höherer Wert ein höheres Risiko bedeutet. Länderdurchschnitte, nach Bevölkerungszahl gewichtet.

a. Durchschnittswert der Indizes für den Anteil bewässerter Anbauflächen (1980), die Düngemittelverwendung pro Kopf (1980) und den in der subhumiden Zone lebenden Bevölkerungsanteil.

b. Durchschnittswert der Indizes für den in Küstennähe lebenden Bevölkerungsanteil, den in dünn besiedelten Gebieten lebenden Bevölkerungsanteil, den auf über 800 Meter Seehöhe lebenden Bevölkerungsanteil und der Länge der befestigten Straßen pro Kopf im Jahr 1990 (frühester verfügbarer Wert).

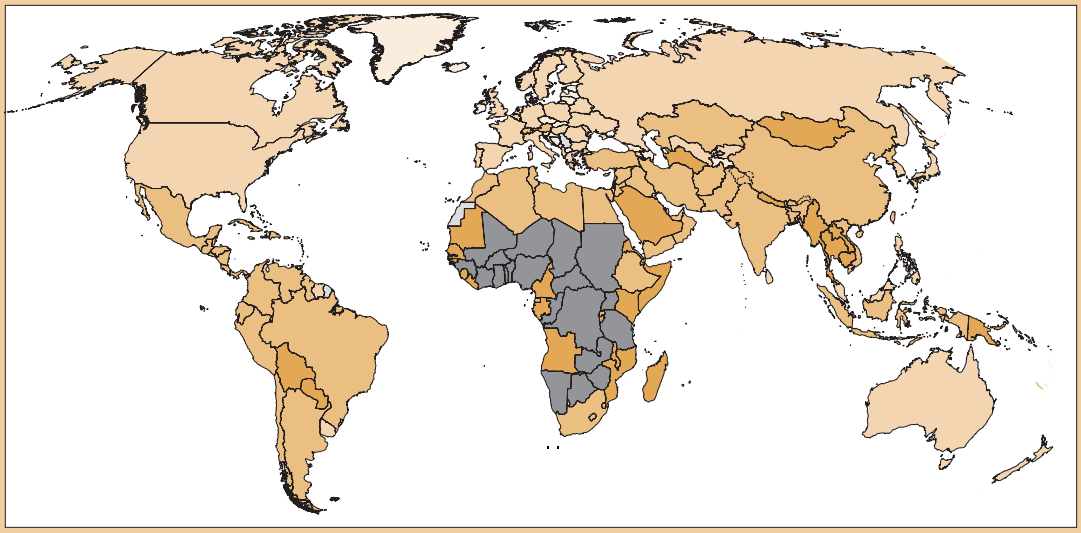
c. Ökologischer Index der Malariaübertragung, von 0 bis 1.

d. Durchschnitt aus landwirtschaftlichem Risiko, Transportrisiko und Malariarisiko.

Quelle: Berechnet nach Daten aus World Bank 2004d; CIESIN, 2002; Kiszewski et al., 2004.

Karte 4
Index der menschlichen Gefährdung (1980)
1 = höchstes Risiko

Quelle: Berechnet nach Daten aus World Bank 2004d; CIESIN, 2002; Kiszewski et al., 2004.



Weniger als 0,15 | 0,15–0,30 | 0,30–0,45 | 0,45–0,60 | 0,60–1,00 | Keine Daten

schaftliche Entwicklung geht an Teilen einer Volkswirtschaft oder an manchen Gesellschaftsgruppen oft vorüber. Dies trifft sowohl auf zurückgebliebene Regionen als auch auf Städte zu, wo ein immer größerer Teil der Armen in Slums lebt. In vielen Ländern gibt es Städte innerhalb der Städte – eine doppelte Realität, in der Arm und Reich in enger Nachbarschaft leben. In vielen Fällen werden geografische Nachteile (Entfernung zu den Märkten) durch die politische Machtlosigkeit der Minderheitengruppen verschärft.

Die wichtigste Folgerung für die Politik in Ländern mit mittlerem Einkommen ist, sicherzustellen, dass wesentliche Investitionen – in Infrastruktur, Humankapital und die öffentliche Verwaltung – in die zurückgebliebenen Regionen gelangen, einschließlich der Elendsviertel, sowie zu den gesellschaftlichen Gruppen, die vom politischen Prozess und von wirtschaftlichen Vorteilen ausgeschlossen sind. Einige der wichtigsten zurückgebliebenen Regionen sind:

- Westchina, das durch die große Entfernung zur Ostküste benachteiligt ist;

- das südliche Mexiko, in dem Tropenkrankheiten, landwirtschaftliche Risiken, die große Entfernung zum wichtigen US-Markt und die politische Ausgrenzung der indigenen Bauern eine Belastung darstellen;
- der Nordosten Brasiliens, der unter der Gefährdung durch Dürren und unter der traditionell hohen Konzentration des Landbesitzes leidet;
- die Gangesstaaten in Indien, die durch die niedrige Produktivität der Landwirtschaft, große Entfernungen zum Küstenhandel und durch den hohen Anteil der Landlosen an der Bevölkerung belastet werden.

Von der Politik vernachlässigte Bereiche

Manche Ziele werden einfach deshalb nicht erreicht, weil sich die politischen Entscheidungsträger der Probleme nicht bewusst sind, nicht wissen, was zu tun ist, oder grundlegende öffentliche Fragen vernachlässigen. Die Umweltpolitik wird oft stark vernachlässigt, weil die Umweltministerien politisch schwach sind, die Rechtsdurchsetzung noch schwächer ist, erhebliche Informationsdefizite bestehen und die Fähigkeit fehlt, auf Grund von Informationen zu handeln. Darüber hinaus kommt es bei öffentlichen Investitionen sowie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik häufig zu geschlechtsspezifischen Benachteiligungen. Überall in den Entwicklungsländern und sogar in Ländern mit mittlerem Einkommen ist die Müttersterblichkeitsrate nach wie vor erschreckend hoch. Bei hoher Müttersterblichkeit und -morbidität gibt es ein wichtiges konkretes Gegenmittel: den Zugang zu geburtshilflicher Notfallversorgung. Obwohl dadurch Leben gerettet werden können, werden in diese Dienste und in die Gesundheitssysteme, durch die sie erbracht werden, weithin zu wenig Mittel investiert. Auch Jugendliche sind weitgehend unterversorgt, wenn es um Lebenskompetenzen, Ernährungswissen, Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Informationen und Dienste auf dem Gebiet der sexuellen und der reproduktiven Gesundheit geht. Die Investitionen in die Gesundheit von Kindern und Neugeborenen sind ebenfalls völlig unzureichend. Die Stärkung des Managements und der Erbringung von Dienstleistungen der Gesundheitssysteme auf Bezirksebene könnte in diesen vernachlässigten Bereichen Abhilfe schaffen.

2 Einzelstaatliche Prozesse zur Erreichung der Millenniumsziele

Damit alle Länder die Millenniumsziele erreichen können, darf die Welt diese nicht als abstrakte Ambitionen ansehen, sondern muss sie als praktische politische Zielsetzungen behandeln. Die praktischen Schritte zur Erreichung der Ziele in jedem Land können und sollten mit der passenden Schwerpunktsetzung und geeigneten Maßnahmen ermittelt, geplant und umgesetzt werden, wobei die internationale Gemeinschaft geeignete Unterstützung gewähren soll. Viele gut regierte Entwicklungsländer stehen an der Schwelle spektakulärer

Die wichtigste Folgerung für die Politik in Ländern mit mittlerem Einkommen ist, sicherzustellen, dass wesentliche Investitionen in die zurückgebliebenen Regionen gelangen

Fortschritte im Jahr 2005 – sofern ihre Entwicklungspartner die seit langem zugesagte Erhöhung der Hilfe durchführen.

Ausarbeitung einer nationalen Strategie zur Erreichung der Millenniumsziele

Jedes Land, das die Millenniumsziele erreichen möchte, sollte von der Grundannahme ausgehen, dass die Ziele erreichbar sind, sofern nicht technisch das Gegenteil bewiesen wird. In vielen der ärmsten Länder sind die Ziele zwar tatsächlich hoch gesteckt, doch können sie in den meisten, wenn nicht sogar allen Ländern noch immer bis 2015 erreicht werden, wenn alle Parteien sich intensiv darum bemühen, die Regierungsführung zu verbessern, die Zivilgesellschaft aktiv einzubeziehen und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken, den Unternehmergeist und den Privatsektor zu fördern, inländische Ressourcen zu mobilisieren, bedürftigen Ländern erheblich mehr Hilfe zur Unterstützung ihrer prioritären Investitionen zur Erreichung der Millenniumsziele zu gewähren und geeignete politische Reformen auf globaler Ebene, beispielsweise im Handelsbereich, vorzunehmen.

Entscheidend wichtig ist, dass die technischen Schwierigkeiten bei der Erreichung der Ziele nicht mit den finanziellen Schwierigkeiten verwechselt werden dürfen. Zwar liegt die Hauptverantwortung für die Armutsbekämpfung bei den Entwicklungsländern selbst, doch wird die Erreichung der Ziele in den ärmsten Ländern – denjenigen, die die Ziele wirklich erreichen wollen – eine erhebliche Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe erfordern, um die Armutsfalle aufzubrechen. Wir legen allen Niedrigeinkommensländern eindringlich nahe, selbst verstärkt Ressourcen zur Erreichung der Ziele aufzubringen, indem sie Haushaltsmittel für prioritäre Investitionen vorsehen. In Ländern, in denen die Regierungsführung angemessen ist, die inländischen Ressourcen jedoch nicht ausreichen, fordern wir die Geber auf, ihre seit langem bestehenden Zusagen einzuhalten und erheblich mehr Hilfe zu gewähren. Kurz gesagt fordern wir, dass die Aufstockung der MZ-basierten Investitionen gemeinschaftlich finanziert wird. Die reichen Länder müssen nun endlich ihren Teil beitragen.

Unsere wichtigste operative Empfehlung besteht darin, dass jedes Entwicklungsland, in dem extreme Armut herrscht, eine nationale Entwicklungsstrategie aufstellen und umsetzen soll, die ehrgeizig genug ist, um die Millenniumsziele zu erreichen. Die internationalen Entwicklungspartner des Landes – bilaterale Geber, Einrichtungen der Vereinten Nationen, regionale Entwicklungsbanken und die Bretton-Woods-Institutionen – sollten jede Unterstützung leisten, die das Land benötigt, um seine MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategie durchführen zu können. So sollte insbesondere die öffentliche Entwicklungshilfe großzügig genug sein, um den Finanzierungsbedarf zu decken, sofern nicht Mängel in der Regierungsführung die bindende Restriktion sind und sofern die Empfängerländer selbst angemessene Maßnahmen treffen,

Wir brauchen nicht Strategien, um "Fortschritte in Richtung auf die Ziele zu beschleunigen", sondern Strategien, um "die Ziele zu erreichen"

um mehr Inlandsressourcen zu mobilisieren. Länder, die bereits über ein Strategiedokument zur Armutsbekämpfung verfügen, sollten es so überarbeiten, dass es ehrgeizig genug ist, um die Ziele zu erreichen. Sind die Ziele bereits in Reichweite und werden größere Fortschritte angestrebt, könnten die Länder eine über die Ziele hinausgehende Strategie ("Millenniumsziele-plus") mit ambitionierteren Vorgaben beschließen. Konfliktländer oder Länder, die einen Konflikt überwunden haben, sollten unserer Auffassung nach ihre Entwicklungsstrategien durch dringende humanitäre Hilfsmaßnahmen, insbesondere für vertriebene Bevölkerungsgruppen, ergänzen.

Die Zielvorgaben und Zeitpläne für 2015 zum Ausgangspunkt nehmen

Die ernst gemeinte Einhaltung der Zielvorgaben und Zeitpläne für die Erreichung der Millenniumsziele setzt eine grundlegende Veränderung der Entwicklungspraxis voraus. Länder mit niedrigem Einkommen und ihre Entwicklungspartner legen ihrer Planung heute einen moderaten, schrittweisen Ausbau der sozialen Dienste und der Infrastruktur zugrunde. Wir empfehlen stattdessen einen ambitionierten, an den Bedürfnissen und Zielen orientierten zehnjährigen Investitionsrahmen zur Erreichung der in den Millenniumszielen festgelegten quantitativen Vorgaben. Wir brauchen nicht Strategien, um "Fortschritte in Richtung auf die Ziele zu beschleunigen", sondern Strategien, um "die Ziele zu erreichen".

Wir empfehlen einen vierstufigen Ansatz:

- Erstens sollte jedes Land eine Karte der extremen Armut, ihrer wichtigsten Dimensionen und der zugrunde liegenden Bestimmungsfaktoren anlegen, aufgeschlüsselt nach Region, Standort und Geschlecht, so gut dies mit den verfügbaren Daten möglich ist.
- Zweitens sollte jedes Land entsprechend der Karte der Armut eine Bedarfsermittlung durchführen, um festzustellen, welche konkreten öffentlichen Investitionen zur Erreichung der Millenniumsziele notwendig sind.
- Drittens sollte jedes Land die Bedarfsermittlung in einen 10-Jahres-Aktionsrahmen umsetzen, der öffentliche Investitionen, öffentliche Verwaltung sowie Finanzierung umfasst.
- Viertens sollte jedes Land innerhalb des 10-Jahres-Rahmens eine auf 3 bis 5 Jahre ausgelegte MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategie erarbeiten.

Diese MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategie sollte ein detailliertes operatives Dokument sein und einem mittelfristigen Ausgabenrahmen beigefügt werden, der die Strategie in Haushaltsausgaben umsetzt.

Von entscheidender Bedeutung wird sein, dass der 10-Jahres-Rahmen und die 3- bis 5-Jahres-Armutsbekämpfungsstrategie eine Strategie für das Management des öffentlichen Sektors umfassen, bei der Transparenz, Rechen-

schaftspflicht, Menschenrechte und ergebnisorientiertes Management im Mittelpunkt stehen. Sie sollten außerdem eine klare Strategie zur Dezentralisierung der Verantwortung für die Festlegung von Zielvorgaben, die Entscheidungsfindung, die Haushaltsplanung und die Umsetzung auf der Ebene der Kommunalverwaltungen enthalten. Ferner sollte eine klare Strategie für den Privatsektor vorliegen, um Wirtschaftswachstum zu fördern und den Ländern auf längere Sicht die Unabhängigkeit von Geberhilfe zu ermöglichen.

Es ist zu betonen, dass wir hier nicht für neue Entwicklungsverfahren oder neue politische Mechanismen eintreten. Wir empfehlen lediglich, die vorhandenen Verfahren tatsächlich an den Millenniumszielen zu orientieren. Wir unterstützen die Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung als wichtigen Rahmen für die Ziele. Die Strategiedokumente müssen jedoch dringend überarbeitet und mit den Zielen in Einklang gebracht werden. Nur sehr wenige der Strategiedokumente sind ambitioniert oder umfassend genug, um die Ziele erreichen zu können, vor allem weil sie vor dem Hintergrund unzureichender Geberhilfe erstellt wurden.

Die Erarbeitung einer MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategie muss ein offener und konsultativer Prozess sein, der alle wichtigen Interessenträger innerhalb und außerhalb des Landes einbezieht. Jedes Land sollte eine Strategiegruppe für die Millenniumsziele einberufen, in der die Regierung den Vorsitz führt, der jedoch außerdem bilaterale und multilaterale Geber, VN-Sonderorganisationen, Provinz- und Kommunalbehörden sowie Führungspersönlichkeiten der Zivilgesellschaft des Landes angehören, einschließlich Frauenorganisationen, die traditionell unterrepräsentiert sind.

Prioritäre öffentliche Investitionen zur Aktivierung des Selbsthilfepotenzials der Armen

Die MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategie muss in jedem Land die konkreten praktischen Schritte aufzeigen, die zur Erreichung der Ziele erforderlich sind. Glücklicherweise sind diese Schritte bekannt. So wissen wir beispielsweise, wie der Tod von Müttern während der Schwangerschaft und bei der Geburt verhindert werden kann. Wir wissen, wie Mädchen zum Schulbesuch und zum Abschluss ihrer Grundbildung ermutigt werden können. Wir wissen, wie die Ernteerträge für Mais in Afrika verdreifacht werden können. Wir wissen, wie ländliche Gesundheitszentren und Krankenhäuser mit ununterbrochener Stromversorgung auszustatten sind. Wir wissen auch, wie der Baumbestand in entwaldeten Gebieten erhöht werden kann. Dasselbe gilt auch für die anderen Ziele. Die Arbeitsgruppen des VN-Millenniums-Projekts beschreiben diese bewährten Investitionen und politischen Maßnahmen in erheblichem Detail in ihren Berichten, die unverzichtbares Begleitmaterial zu diesem Bericht sind.

Auf den ersten Blick scheint die Liste dessen, was benötigt wird, lang zu sein. Der Kampf gegen den Hunger erfordert beispielsweise die Schulung der

Einige Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen könnten das Wohl von Millionen Menschen entscheidend verbessern und die Länder auf den Weg zur Erreichung der Millenniumsziele bringen

Bauern, die Bereitstellung von Düngemitteln, die Verbesserung von Straßen und Transportdiensten, die effizientere Bewirtschaftung der Wasserressourcen, die Bereitstellung hochwertiger Nahrungsmittel und vieles mehr. Für Gesundheit, Bildung, Wasser, Abwasserentsorgung, Umweltmanagement und andere Problembereiche gibt es vergleichbare Listen. Die Durchführung aller Interventionen und Politiken erfordert Zeit und ein sektorübergreifendes Tätigwerden. Glücklicherweise bleiben uns 10 Jahre, um die Ziele zu erreichen. Dies ist genug Zeit für die meisten, vielleicht sogar für alle Länder. Wir müssen jedoch 2005 mit der Arbeit anfangen.

Mit der Umsetzung einiger Bestandteile dieses Pakets können die Entwicklungsländer sofort beginnen und binnen drei oder weniger Jahren atemberaubende Ergebnisse erzielen. Einige Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen könnten das Wohl von Millionen Menschen entscheidend verbessern und die Länder auf den Weg zur Erreichung der Millenniumsziele bringen – selbst wenn sie weit davon entfernt sind, umfassend zu sein. Zu derartigen Maßnahmen, mit denen bei angemessener Ressourcenausstattung schnelle Entwicklungserfolge erzielt werden können, gehören

- die Abschaffung von Schul- und Uniformgebühren, damit sichergestellt ist, dass keine Kinder, vor allem keine Mädchen, auf Grund der Armut ihrer Familie am Schulbesuch gehindert werden. Entgangene Einkünfte sollten durch ausgewogenere und effizientere Finanzierungsquellen, darunter Geberhilfe, ersetzt werden;
- die Versorgung verarmter Bauern in Afrika südlich der Sahara mit erschwinglichem Stickstoffdünger und anderen Bodennährstoffen;
- kostenlose Schulmahlzeiten für alle Kinder mit lokal produzierten Nahrungsmitteln und Mahlzeiten zum Mitnehmen;
- die Aufstellung von gemeinwesengestützten Ernährungsprogrammen mit dem Ziel, das Stillen zu fördern, Zugang zu lokal produzierten Zusatznahrungsmitteln zu eröffnen und bei Bedarf zur Nahrungsergänzung Mikronährstoffe (insbesondere Zink und Vitamin A) für Schwangere und Stillende sowie für Kinder unter fünf Jahren bereitzustellen;
- die Durchführung regelmäßiger jährlicher Entwurmungen bei allen Schulkindern in betroffenen Gebieten, um den Gesundheitszustand zu verbessern und den Bildungserfolg zu erhöhen;
- die Ausbildung einer großen Zahl von Dorfarbeitern in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft und Infrastruktur (im Rahmen einjähriger Programme), um zu gewährleisten, dass in ländlichen Gemeinden entsprechende Grundkenntnisse und grundlegende Dienstleistungen verfügbar sind;
- die kostenlose Verteilung von strapazierfähigen, mit Insektiziden imprägnierten Moskitonetzen an alle Kinder in Gebieten, in denen die Malaria endemisch ist, um die Malaria entscheidend zurückzudrängen;

Die Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen müssen in den längerfristigen investitionspolitischen Rahmen der MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategie eingebunden werden

- die Abschaffung der Gebühren für die Inanspruchnahme grundlegender Gesundheitsdienste in allen Entwicklungsländern, die dadurch finanziert werden soll, dass sowohl diese Länder selbst als auch die Geber mehr Mittel für das Gesundheitswesen zur Verfügung stellen;
- die Erweiterung des Zugangs zu Informationen über sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie zu entsprechenden Diensten, einschließlich auf dem Gebiet der Familienplanung und der Empfängnisverhütung, und die Schließung bestehender Finanzierungslücken für Versorgungsgüter und Logistik;
- der verstärkte Einsatz bewährter wirksamer Arzneimittelkombinationen gegen Aids, Tuberkulose und Malaria. In Bezug auf Aids gehört dazu der erfolgreiche Abschluss der "3 bis 5"-Initiative, bis zum Jahr 2005 3 Millionen Menschen mit antiretroviralen Medikamenten zu versorgen;
- die Mobilisierung von Mitteln zur Finanzierung lokaler Slumsanierungsmaßnahmen und die Bereitstellung ungenutzten öffentlichen Grund und Bodens für den Bau erschwinglicher Wohnungen;
- die Versorgung aller Krankenhäuser, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen mit Strom, Wasser, Sanitäranlagen und Zugang zum Internet durch den Einsatz netzunabhängiger Dieselgeneratoren, Sonnenkollektoren oder anderer geeigneter Technologien;
- die Reformierung bzw. die Durchsetzung von Rechtsvorschriften, die Frauen und Mädchen Eigentums- und Erbrechte garantieren;
- die Einleitung nationaler Kampagnen zur Verringerung der Gewalt gegen Frauen;
- die Schaffung des Amts eines wissenschaftlichen Beraters des Staats- oder Regierungschefs in jedem Land, um die Rolle der Wissenschaft in der nationalen Politik zu konsolidieren;
- die Ermächtigung der Frauen, damit sie eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung und Überwachung von MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien und anderen wichtigen politischen Reformprozessen spielen können, insbesondere auf der Ebene der Kommunalverwaltungen;
- die lokale Unterstützung des Pflanzens von Bäumen, die Bodennährstoffe, Brennholz und Nutzholz liefern, Schatten spenden, Futter liefern und Schutz für Wassereinzugsgebiete und Windschutz gewähren.

Diese Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen sind nicht die einzigen Interventionen, die zur Erreichung der Ziele benötigt werden – sie sind aber diejenigen, mit denen sich kurzfristig eine potenziell sehr hohe Wirkung erzielen lässt und die sofort umgesetzt werden können. Andere Interventionen sind komplizierter und werden jahrzehntelange Anstrengungen erfordern oder erst verspätet Früchte tragen. Die Welt kann es sich nicht leisten, ein weiteres Jahr verstreichen zu lassen, ohne in diese einfachen und bewährten Strategien zu investieren.

Die Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen müssen in den längerfristigen investitionspolitischen Rahmen der MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien eingebunden werden. Das VN-Millenniums-Projekt hat in sieben für die Erreichung der Ziele ausschlaggebenden Ansatzbereichen für Investitionen und politische Maßnahmen "beste Praktiken" ermittelt. Das Projekt hat darüber hinaus ein Handbook of Best Practices to Meet the Millennium Development Goals (Handbuch bester Praktiken für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele)[2] erstellt. Nachstehend finden sich die sieben wichtigsten Ansatzbereiche für Investitionen und politische Maßnahmen.

Ländliche Entwicklung: Nahrungsmittelproduktion und Einkommen erhöhen

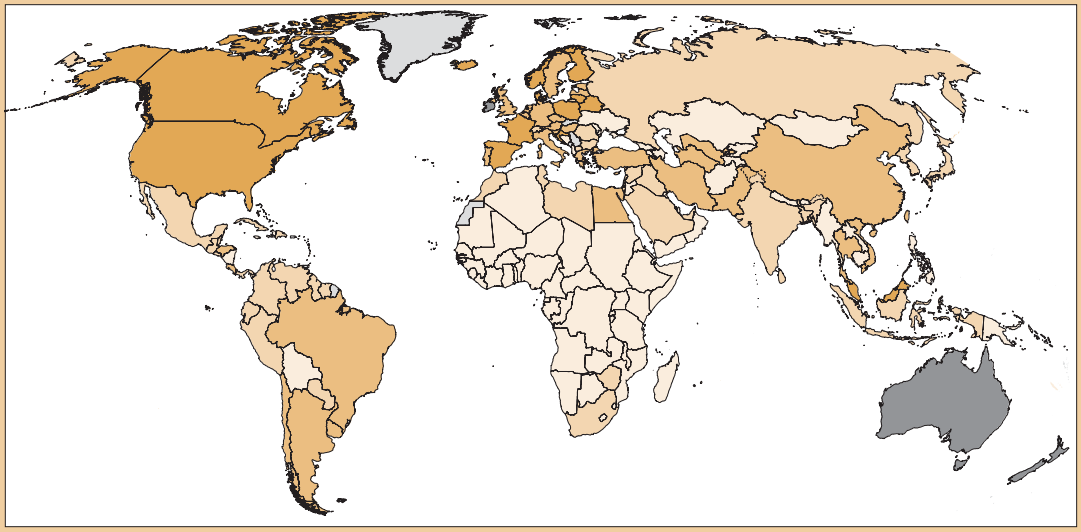
Kleinbauern und ihre Familien machen vielleicht die Hälfte der an chronischem Hunger leidenden Menschen auf der Welt aus; in Afrika südlich der Sahara ist ihr Anteil sogar noch größer. Diese Bauern verfügen oft über keine Möglichkeit, fehlende Bodennährstoffe zu ersetzen, wie etwa mit chemischen Düngemitteln (Karte 5), und keinen Zugang zu Techniken der Agroforstwirtschaft. Dementsprechend sind ihre Ernteerträge drastisch reduziert. Wir empfehlen, ihre Produktivität durch eine "Afrikanische Grüne Revolution des

Karte 5

Düngemittelverbrauch (2001)

Tonnen pro Million Menschen

Quelle: Berechnet nach Daten aus World Bank 2004d.



21. Jahrhunderts" zu steigern, in deren Rahmen ihnen Bodennährstoffe und die damit zusammenhängenden Technologien zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sind Investitionen notwendig, um ländlichen Gebieten einen besseren Zugang zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einwandfreiem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, modernen Energiequellen und einer zuverlässigen Wasserversorgung für die Landwirtschaft und landwirtschaftsnahe Klein- und Mittelbetriebe zu verschaffen. All dies kann – und soll – auf eine umweltverträgliche Weise erfolgen.

Stadtentwicklung: Arbeitsplätze fördern, Slums sanieren und Alternativen zur Entstehung neuer Slums entwickeln

Das Bündel der Interventionen sollte Folgendes umfassen: bessere Absicherung der Nutzungs- und Besitzrechte von Slumbewohnern, Unterstützung der Eigenanstrengungen der Armen zum Bau menschenwürdiger neuer Wohnungen, Verbesserung der Stadtplanung mit breiter Mitwirkung der betroffenen Gemeinwesen und insbesondere der Frauen, Ausbau der grundlegenden städtischen Infrastrukturdienste, Abbau der Luft- und Wasserverschmutzung und Förderung von Sonderinvestitionszonen mit dem Ziel, Privatunternehmen anzuziehen und lokale Unternehmen zu fördern. Ein Hauptschwerpunkt sollte darauf liegen, die operativen Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, nichtstaatlichen Organisationen, Frauenorganisationen und anderer Gruppen der Zivilgesellschaft zu stärken und diese in die Formulierung der entsprechenden nationalen Politiken einzubeziehen.

Gesundheitssysteme: Den allgemeinen Zugang zu grundlegenden Diensten gewährleisten

Interventionen im Gesundheitswesen erfolgen am besten über ein integriertes System auf Distriktebene, in dessen Mittelpunkt die Primärversorgung und die Grundversorgungskrankenhäuser stehen; dazu kommen Sondermaßnahmen, die gewährleisten sollen, dass das Gesundheitssystem alle Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Armen und Marginalisierten, erreicht. In den am schwersten von endemischen Krankheiten betroffenen Gebieten ist die Zahl der Ärzte und die Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten gegen HIV/Aids ausgesprochen gering (Karten 6 und 7). Praktische Investitionen und Politiken zu Gunsten eines funktionsfähigen Gesundheitssystems umfassen die Ausbildung und dauerhafte Bindung qualifizierter und motivierter Gesundheitsfachkräfte, die Stärkung der Managementsysteme, die Bereitstellung unentbehrlicher Medikamente in ausreichenden Mengen und den Bau von Kliniken und Labors. Die Abschaffung von Gebühren für die Inanspruchnahme grundlegender Gesundheitsdienste, die Verbesserung der Gesundheitserziehung in den Gemeinden, die Förderung von Verhaltensänderungen und die Beteiligung der Gemeinwesen an den Entscheidungsprozessen und an der Leistungserbringung sind ebenfalls wichtige Maßnahmen. Beispielsweise

besteht zunehmend ein internationaler Konsens darüber, dass lokale Gesundheitshelfer darin geschult werden sollten, Durchfall, Lungenentzündung und Malaria bei Kindern zu erkennen und zu behandeln. Die effektive Planung und das wirksame Management von Gesundheitssystemen auf Distriktebene erfordert ein integriertes Überwachungs-, Aufsichts- und Evaluierungssystem.

Bildung: Die allgemeine Grundschulbildung und eine erweiterte Sekundar- und Hochschulbildung gewährleisten

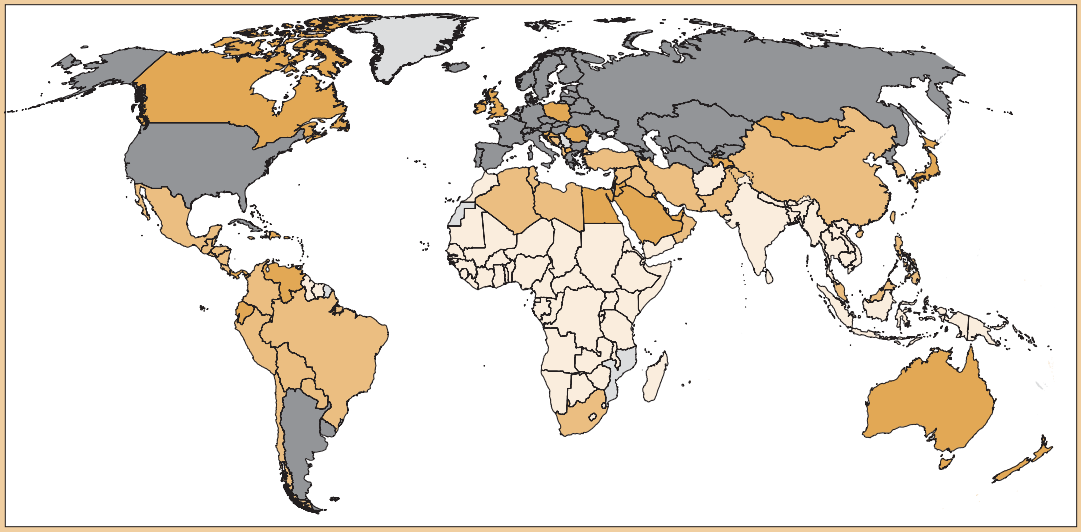
Die Regierungen sollten bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass alle Kinder, Jungen wie Mädchen, eine gute Grundschulausbildung absolvieren und dass eine beträchtliche Zahl von ihnen auch eine Sekundarschulausbildung abschließt sowie eine Tertiärausbildung aufnimmt. In vielen Ländern wird dies einen politischen Wandel hin zur Förderung einer inklusiven und egalitären Gesellschaft sowie Änderungen der institutionellen und politischen Anreize erfordern, die die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems gegenwärtig untergraben. Zunächst einmal sollten die Regierungen Regeln und Rechte schaffen bzw. stärken, die Eltern und Gemeinwesen in die Lage versetzen, von ihren lokalen Schulen Rechenschaft zu verlangen, und sollten den Inhalt, die Qualität, die Unterrichtsmethoden und die Relevanz der Lehrpläne verbessern und dabei

Karte 6

Ärzte pro 1.000 Menschen

Aktuellstes verfügbares Jahr

Quelle: World Bank 2004d.



Weniger als 0,5 | 0,5–1,5 | 1,5–2,5 | Mehr als 2,5 | Keine Daten

gleichzeitig alle geschlechtsspezifischen Verzerrungseffekte beseitigen sowie dort, wo Bedarf besteht, Schulen bauen und Lehrkräfte ausbilden, Grundschulgebühren abschaffen und Sonderanreize schaffen, um benachteiligte Kinder, die nicht zur Schule gehen, zu erreichen. Die Regierungen sollten außerdem die Organisationen der Zivilgesellschaft als legitime Partner in der Bildungsdebatte anerkennen.

Gleichstellung der Geschlechter: In die Überwindung weit verbreiteter geschlechtsspezifischer Benachteiligungen investieren

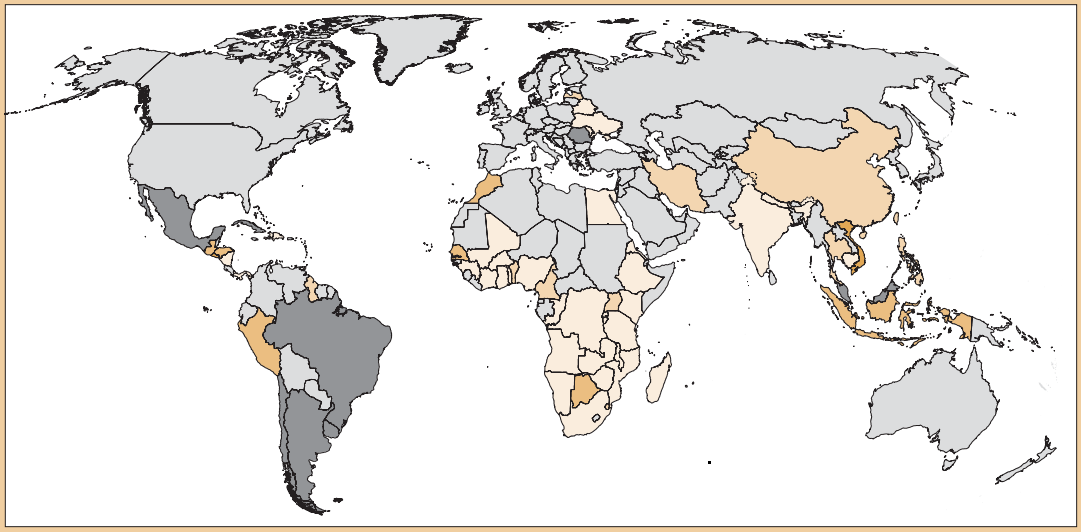
Konkrete Interventionen zur Beseitigung der Geschlechterungleichheit sollten ein wesentlicher Bestandteil aller MZ-basierten Investitionspakete sein. Darüber hinaus sollten systemische Herausforderungen angegangen werden, wie etwa der Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der diesbezüglichen Rechte (einschließlich des Zugangs zu Informationen und Familienplanungsdiensten), der gleichberechtigte Zugang zu Wirtschaftsgütern wie Grund und Boden sowie Wohnraum, die Steigerung der Grundschulabschlussquote und die Erweiterung des Zugangs von Mädchen zu weiterfüh-

Karte 7

Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten

Anteil behandlungsbedürftiger HIV-Infizierter, die Zugang zu antiretroviralen Medikamenten haben (in %), 2003

Quelle: USAID et.al., 2004.



Konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der Geschlechter-ungleichheit sollten ein wesentlicher Bestandteil aller MZ-basierten Investitions-pakete sein

renden Schulen, die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, Freiheit von Gewalt und die verstärkte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der Regierungsführung. Ein wesentlicher Schritt zur Bewältigung dieser systemischen Herausforderungen ist die Erfassung von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten zur Überwachung der Fortschritte.

Umwelt: In eine verbesserte Ressourcenbewirtschaftung investieren

Die Länder sollten in alle sektorbezogenen Politiken Umweltstrategien einbauen, Direktinvestitionen im Umweltmanagement fördern, Ordnungs- und Marktreformen zur Verringerung der Umweltschädigung fördern und die Umweltüberwachung verbessern. In jedem dieser Interventionsbereiche werden die Länder der wachsenden Notwendigkeit zur Anpassung an Klimaänderungen Rechnung tragen müssen. Zu den Beispielen für Direktinvestitionen im Umweltmanagement gehören die Wiederaufforstung, die Abwasserbehandlung, die Eindämmung der Verschmutzung durch Chemikalien und die Erhaltung lebenswichtiger Ökosysteme. Gut konzipierte Sektorstrategien, die auch Landwirtschafts- und Infrastrukturleistungen umfassen, können mittels strategischer Verträglichkeitsprüfungen negative Umweltfolgen auf ein Mindestmaß beschränken. Die Beseitigung umweltschädlicher Subventionen kann das Umweltmanagement weiter verbessern.

Wissenschaft, Technologie und Innovation: Nationale Kapazitäten aufbauen

Nachhaltige MZ-basierte Strategien erfordern den Aufbau einheimischer Institutionen und Fertigkeiten zur Förderung von Wissenschaft, Technologie und Innovation. Praktische Maßnahmen zur Erweiterung der wissenschaftlichen Kapazitäten eines Landes umfassen die Schaffung von wissenschaftlichen Beiräten für die Regierung, den Ausbau der wissenschaftlich-technischen Fakultäten an Universitäten und Fachhochschulen, eine stärkere Entwicklungs- und Unternehmensorientierung der Lehrpläne in Wissenschaft und Technik, die Förderung von Geschäftschancen in Wissenschaft und Technik und die Förderung der Infrastrukturentwicklung als technologischer Lernprozess.

Interdependenz der Ansatzbereiche für Investitionen

Jeder Ansatzbereich für Investitionen ist von den anderen abhängig. Zur Erreichung eines bestimmten Millenniumsziels genügt es nicht, lediglich in den entsprechenden Sektor zu investieren.[3] Umgekehrt haben die meisten Interventionen Auswirkungen auf mehrere Ziele. Beispielsweise ist die Verringerung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern eine wesentliche Voraussetzung für den Abbau von Hunger, die Eindämmung von HIV/Aids, die Förderung der ökologischen Nachhaltigkeit, die Sanierung von Slums und die Senkung der Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Der problemlose Zugang zu sauberem Wasser, Strom und modernen Brennstoffen zum Kochen und Heizen ist eine

Die zentrale Herausforderung liegt darin, die Interventionen in der erforderlichen Größenordnung zu finanzieren und durchzuführen

unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Gesundheitszentren und Krankenhäuser ihre Funktion erfüllen können, dass Frauen und Mädchen mehr Zeit haben, um einer produktiven wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen und die Schule besuchen zu können, und so weiter. Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele hängt daher von der Durchführung ehrgeiziger, viele Sektoren übergreifender Maßnahmen ab. Dieser Punkt muss bei der Evaluierung der Millenniumsziel-Prioritäten in jedem Land beziehungsweise jeder Region berücksichtigt werden (Kasten 5).

Schlüsselelemente für die rasche großflächige Umsetzung

Die zentrale Herausforderung bei den Millenniumszielen liegt darin, die Interventionen in der erforderlichen Größenordnung zu finanzieren und durchzuführen. Dies hat zwei Gründe. Der erste liegt in der enormen Bandbreite der Maßnahmen, die gleichzeitig durchgeführt werden sollen, um die Ziele zu erreichen, der zweite in der Notwendigkeit, große Teile der Bevölkerung zu erreichen. Unter großflächiger Umsetzung auf nationaler Ebene verstehen wir den Prozess, die wesentlichen Investitionen und Dienste zur Erreichung der Millenniumsziele bis zum Jahr 2015 auf ausgewogener Grundlage der Mehrheit oder der Gesamtheit der Bevölkerung eines Landes zugute kommen zu lassen.

Dieser Prozess muss sorgfältig geplant und überwacht werden, um eine erfolgreiche und nachhaltige Durchführung zu gewährleisten. Der Planungsgrad ist weitaus komplexer als bei einem Einzelprojekt. Die großflächige Umsetzung zur Erreichung der Millenniumsziele erfordert funktionierende Partnerschaften in der Regierung, im Privatsektor, bei den nichtstaatlichen Organisationen und in der Zivilgesellschaft sowie zwischen diesen.

Die großflächige Umsetzung funktioniert (Kasten 6). Bei genauerer Betrachtung der erzielten Erfolge zeigt sich jedoch, dass sie ohne politische Führung und das klare Engagement der Regierung nicht in Gang kommen kann. Dies ist eine absolut notwendige, wenn auch bei weitem nicht hinreichende Voraussetzung. Sobald sich die Regierung zur Erreichung der Ziele entschlossen hat, sind vier spezifische Schritte erforderlich:

- *Festlegung konkreter Ziele und Arbeitspläne.* Die großflächige Umsetzung erfordert die Festlegung konkreter zu erbringender Leistungen, Arbeitspläne und Fristen. Bei der Bestimmung der Reihenfolge der Investitionen sollte der Schwerpunkt zunächst darauf gelegt werden, die Liste der Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen umzusetzen und langfristige Kapazitäten zur Bereitstellung grundlegender Dienste für die gesamte Bevölkerung aufzubauen.
- *Aufbau nationaler und lokaler Kapazitäten in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Humanressourcen und Infrastruktur.* Der Ausbau der Kapazitäten jedes Landes zur großflächigen Bereitstellung von Diensten erfordert Vorabinvestitionen, um die öffentliche Verwaltung zu ver-

Kasten 5

Millenniumsziel-Prioritäten in jeder Region

Jedes Land sieht sich seinen eigenen, konkreten Herausforderungen gegenüber, doch lassen sich einige allgemeine Trends als vorrangig ausmachen. Eine universelle Herausforderung liegt darin, sicherzustellen, dass ethnische Minderheiten, regionale Armutsinseln sowie Slums gezielte Investitionen zur Erreichung der Ziele erhalten. Einige regionale Prioritäten werden nachstehend herausgehoben und in der Serie von Schlussberichten des VN-Millenniums-Projekts ausführlicher erörtert.

Afrika südlich der Sahara. Die Standarddiagnose für Afrika südlich der Sahara – dass es unter einer Krise der Regierungsführung leidet – ist zu simplistisch. Viele Teile Afrikas sind, wenn man die niedrigen Einkommen und das Ausmaß der Armut bedenkt, gut regiert, aber dennoch in der Armutsfalle gefangen. Die Entwicklungsprobleme der Region gehen viel tiefer als das Problem der Regierungsführung. Viele Länder benötigen einen großen Schub öffentlicher Investitionen, um die hohen Transportkosten der Region, die generell geringe Größe der Märkte, die niedrige landwirtschaftliche Produktivität, die nachteiligen agroklimatischen Bedingungen, die hohe Belastung durch Krankheiten und die langsame Diffusion der von außerhalb kommenden Technologien zu überwinden.

Eine MZ-basierte Strategie für Afrika südlich der Sahara muss auf die ländliche Entwicklung mit dem Ziel einer Afrikanischen Grünen Revolution des 21. Jahrhunderts ausgerichtet sein und Strategien in den Mittelpunkt stellen, um Afrikas rasch wachsende Städte viel produktiver zu machen, insbesondere im Bereich der arbeitsintensiven Exporte. Die öffentlichen Gesundheitssysteme in Afrika benötigen umfangreiche Investitionen zur Bekämpfung der Pandemien HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria, zur Überwindung der skandalös hohen Kinder- und Müttersterblichkeitsraten und zur Bereitstellung von Diensten auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, die eine bessere Festlegung des Zeitpunkts und des Zeitabstands von Geburten und eine freiwillige Verringerung der Familiengröße auf den gewünschten Umfang ermöglichen. Die Bildungsstrategien müssen darauf ausgerichtet sein, das Angebot an Infrastruktur und menschlichen Ressourcen zu erhöhen und auf der Nachfrageseite mehr Anreize für Mädchen und benachteiligte Schüler zu schaffen. Zudem benötigt der Kontinent umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur für Wasserressourcenbewirtschaftung und Energie. Der Mobilisierung der Wissenschaft und der regionalen Integration muss ebenfalls neuer Schwung verliehen werden. In allen Bereichen der Entwicklung müssen die Strategien Afrikas insbesondere der Situation von Mädchen und Frauen Rechnung tragen, die in der Regel auf erhebliche rechtliche, soziale und politische Schranken und Voreingenommenheit stoßen.

Ost- und Südostasien. Ost- und Südostasien haben bei vielen Zielen gewaltige Fortschritte gemacht, insbesondere bei der Verringerung der Einkommensarmut, des Hungers und der Ungleichheit der Geschlechter. Chinas Volkswirtschaft ist zwar rapide gewachsen, bedarf aber nach wie vor hoher Investitionen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens, der ländlichen Infrastruktur, der Bildung und des Umweltmanagements, im letztgenannten Bereich mit dem Ziel, einigen der negativen Folgen der raschen Industrialisierung entgegenzuwirken. Zu den Herausforderungen im Umweltbereich gehören die Bewirtschaftung der Wälder und der biologischen Vielfalt und die Verringerung der Luft- und Wasserverschmutzung. Andere Teile Ost- und Südostasiens benötigen ähnliche Investitionen in die Infrastruktur, die Umwelt und die sozialen Dienste, dazu eine Schwerpunktlegung auf die Systeme der öffentlichen Verwaltung und die Steigerung der wissenschaftlich-technischen Kapazitäten.

Südasien. Bei der Armutsbekämpfung macht Südasien derzeit insgesamt rasche Fortschritte, die insbesondere auf das dynamische Wachstum in Indien zurückzuführen sind.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 5
Millenniumsziel-Prioritäten in jeder Region
(Fortsetzung)

Dennoch ist die extreme Armut sowohl auf dem Land als auch in den Städten nach wie vor weit verbreitet. Zu den vorrangigen Investitionen gehören die Verbesserung der grundlegenden Infrastrukturen und Dienste im Gesundheitsbereich, die Erweiterung des Zugangs zu einer hochwertigen Schulbildung, landwirtschaftliche Infrastrukturen (Zubringerstraßen, Lagereinrichtungen), die Verbesserung der Wasserbewirtschaftung für landwirtschaftliche Zwecke (Bewässerung, Regenwassergewinnung, Grundwasserbewirtschaftung), die Sanierung von Slums und die Verbesserung des Managements des öffentlichen Sektors. Die Investitionsprogramme sollten außerdem darauf gerichtet sein, Geschlechtergleichheit herbeizuführen, einschließlich im Bereich der reproduktiven Gesundheit und der reproduktiven Rechte, sowie darauf, marginalisierte Bevölkerungsgruppen, namentlich Angehörige niedriger Kasten oder Kastenlose, und Stammesgruppen zu integrieren.

GUS (Zentralasien). Die Länder Zentralasiens leiden in mehrfacher Hinsicht unter den Folgen des postsowjetischen wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der ungünstigen Binnenlage und den unzureichenden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung der Region an die Weltmärkte. Nach einem Rückgang vieler Indikatoren für die menschliche Entwicklung in den vergangenen 15 oder mehr Jahren ist ein breites Spektrum von Investitionen in die grundlegende Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie in bessere Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen und in wirksamere Gesundheits- und Bildungssysteme vonnöten. Die Länder müssen die Kapazitäten für das Management des öffentlichen Sektors stärken, die Korruption bekämpfen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausweiten, um die regionale Integration und das Umweltmanagement zu verbessern. Des Weiteren müssen viele Länder die politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Privatsektors verbessern.

GUS (Europa). Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind viele dieser Länder immer noch dabei, verlorenen Boden gutzumachen, doch ist die Region bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele insgesamt auf gutem Weg. Bei den Investitionsstrategien sollten der Kapazitätsausbau der Systeme der öffentlichen Verwaltung, die Bereitstellung von Ressourcen für überlastete Gesundheits- und Bildungssysteme sowie das Umweltmanagement und die Umweltplanung im Mittelpunkt stehen. Außerdem müssen viele Transformationsländer gezielt Dienste für ausgegrenzte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen anbieten.

Naher Osten und Nordafrika. Diese Region bewegt sich bei den meisten Indikatoren in die richtige Richtung; dennoch müssen die Fortschritte insgesamt rascher vonstatten gehen, damit die Millenniumsziele erreicht werden können. Zu den vorrangigen Interventionen gehören die Förderung der Geschlechtergleichheit, die umfangreiche Ausweitung hochwertiger Gesundheitsdienste sowie Programme zur Bekämpfung der Wüstenbildung und der Wasserknappheit. Weitere wichtige Aufgaben sind die Erweiterung der Bildungs- und Beschäftigungschancen für Jugendliche, die Verbesserung des Lebensunterhalts der Landbevölkerung sowie Investitionen in die Entwicklung der einheimischen Wissenschaft und Technologie.

Lateinamerika und die Karibik. In Lateinamerika, der Entwicklungsregion mit dem höchsten Entwicklungsstand, ist die Erreichung der Ziele nur begrenzt vorangekommen. Es bestehen extreme Ungleichheiten, die häufig mit ethnischen Spaltungen verbunden sind, und im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum stehen die Andenländer, die Länder Zentralamerikas sowie einige karibische Länder nach wie vor vor besonders schwierigen Herausforderungen. Die Verbesserung des Umweltmanagements und des Gesundheitswesens gehört in der gesamten Region zu den obersten Prioritäten, insbesondere in den

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 5
Millenniumsziel-Prioritäten in jeder Region
(Fortsetzung)

karibischen Ländern, in denen HIV/Aids weit verbreitet ist oder sich auszubreiten droht. Da in dieser Region ein Großteil der Armen in Städten lebt, gehören die Versorgung mit städtischen Infrastrukturen und die Sanierung der Slums zu den Hauptaufgaben. Darüber hinaus müssen die Länder in erheblichem Maße in den Aufbau grundlegender ländlicher Infrastrukturen investieren, die insbesondere den marginalisierten Gebieten und Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Es bedarf umfangreicher öffentlicher Investitionen, um wissenschaftliche Innovationen und die Technologieentwicklung auf lokaler Ebene anzuregen.

Am wenigsten entwickelte Länder. Die am wenigsten entwickelten Länder sind besonders hilfsbedürftig, da sie ihre Grundbedürfnisse ungeachtet ihrer eigenen Politik oder der Qualität ihrer Regierungsführung nicht aus einheimischen Ressourcen decken können. Die ihnen gewährte Unterstützung sollte mit dem Brüsseler Aktionsprogramm der Vereinten Nationen im Einklang stehen, in dem die Schlüsselbereiche genannt sind, die den am wenigsten entwickelten Ländern dabei helfen sollen, der Armutsfalle zu entkommen, namentlich die Erschließung der menschlichen Ressourcen, Investitionen zur Überwindung angebotsseitiger Probleme, der Umweltschutz und Investitionen zur Ernährungssicherung.

Binnenentwicklungsländer. Binnenländer sind ganz besonders auf Verkehrsinfrastruktur, regionale Marktintegration und harmonisierte Handelsverfahren angewiesen. Viele einschlägige Fragen werden in dem Aktionsprogramm von Almaty von 2003 behandelt. Zur Senkung der Transportkosten müssen umfangreiche Verbesserungen an der Schienen-, Straßen-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur vorgenommen werden.

Kleine Inselentwicklungsländer. Diese überwiegend in der Karibik und in Ozeanien liegenden Länder verfügen auf Grund ihrer geringen Größe und geografischen Lage nur über begrenzte Möglichkeiten zur Diversifizierung ihrer Wirtschaft und sind in hohem Maße Umweltrisiken ausgesetzt. Das Aktionsprogramm von Barbados von 1995 für kleine Inselentwicklungsländer sollte weltweit finanziell und politisch unterstützt werden. Neben den erforderlichen Investitionen zu Gunsten der Millenniumsziele benötigen die kleinen Inselentwicklungsländer außerdem gezielte Investitionen, um sich auf die Auswirkungen der globalen Erwärmung einstellen zu können, da sie durch den Anstieg des Meeresspiegels und die Korallenbleiche gefährdet sind.

Für Naturgefahren anfällige Länder. Länder, die in hohem Maße anfällig für Naturgefahren sind (wie etwa extreme Wetterereignisse, Dürren, Erdbeben, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen und Schädlingsbefall), benötigen besondere Investitionen in soziale Sicherungsnetze, katastrophenmildernde Infrastrukturen, Frühwarnsysteme, Notfallvorsorge- und Eventualfallplanung sowie Nothilfe nach Katastrophen. Diese Investitionen müssen lange vor dem Eintreten der Katastrophe getätigt werden, einerseits, um die Katastrophen frühzeitig zu erkennen und abzumildern, und andererseits, um in ihrem unmittelbaren Gefolge, wenn Menschenleben am stärksten gefährdet sind, sofort reagieren zu können.

bessern (etwa durch Ausbildung, Informationstechnologien und höhere Bezüge im öffentlichen Dienst), Infrastrukturen zu bauen und zu erneuern (Straßen, Krankenhäuser, Schulen) und vor allem Personal in ausreichender Zahl (lokale Gesundheitsfachkräfte, Lehrkräfte) für die Erbringung von Diensten vor Ort zu schulen und auf Dauer zu binden.

Für den massiven Aufbau von Personalkapazitäten auf lokaler Ebene sind dezentrale Ausbildungsmaßnahmen wie etwa die Bereitstellung von Fernunterricht, Radio-Unterricht und computergestütztem Unterricht von entscheidender Bedeutung.

- *Verwendung replizierbarer und ortsangepasster Mechanismen der Dienstererbringung.* Die großflächige Umsetzung wird erheblich erleichtert, wenn nach Möglichkeit auf leicht replizierbare Dienstprotokolle zurückgegriffen wird. Aus diesem Grund sind die Protokolle zur Behandlung von Tuberkulose (DOTS) in der Regel standardisiert, ebenso wie Malariabekämpfungsmaßnahmen, Familienplanungsprogramme und Düngemittelkombinationen. Die Standardisierung ermöglicht außerdem Leistungsvergleiche zwischen Regionen und trägt so zu einer Verbesserung der Qualitätskontrolle bei.
- *Überwachung zur Messung der Fortschritte und zur Ermöglichung von Korrekturen auf halber Strecke.* Für die Bekämpfung der Korruption und die Erhöhung der Programmwirksamkeit ist es von entscheidender Bedeutung, den Informationsfluss innerhalb der Regierung zu verbessern. Es muss in Statistikdienste investiert werden, die die erforderlichen Daten für eine ergebnisorientierte Planung, Steuerung und Bewertung der Ausgewogenheit der Programmauswirkungen liefern. Die lokalen Gemeinwesen und die Organisationen der Zivilgesellschaft sind ideal positioniert, um über die Wirkung von Investitionen und über die Mittelflüsse Bericht zu erstatten, und sollten aktiv an der Überwachung mitwirken.

Zwei weitere Voraussetzungen für die großflächige Umsetzung sind die Mitwirkung und Trägerschaft der lokalen Gemeinwesen sowie eine langfristige, berechenbare Finanzierung und technische Hilfe seitens der Geber. Durch ihre Beteiligung an der Konzipierung von Programmen und Diensten sollten die Gemeinwesen sowohl Träger als auch Nutznießer des Prozesses der großflächigen Umsetzung sein. Die Mitwirkung von Frauen an der Planung auf lokaler Ebene ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg. Mitglieder der Gemeinwesen können außerdem eine wichtige Rolle bei der Durchführung dieser Programme übernehmen, entweder als bezahlte Arbeitskräfte oder als freiwillige Helfer. Eine langfristige und berechenbare Finanzierung und technische Hilfe seitens der Geber ist entscheidend, um den Ländern die nötigen Mittel an die Hand zu geben. Im Zeitraum 2005-2015 muss die Finanzierung sowohl erhöht werden als auch berechenbar sein, damit sowohl die Kapital- als auch die laufenden Kosten, einschließlich der Bezüge im öffentlichen Dienst, gedeckt werden können. Darüber hinaus muss technische Hilfe gewährt werden, um die lokalen Fähigkeiten im Bereich des Managements und der Dienstleistungserbringung zu verstärken.

Kasten 6

Bespiele der erfolgreichen großflächigen Umsetzung

Quelle: Mkapa 2004; WHO 2002.

Für großflächige Interventionen auf nationaler Ebene müssen im Allgemeinen mehrere Schlüsselfaktoren gegeben sein, die vom politischen Engagement über Arbeitspläne mit festgelegter Reihenfolge bis zu einer langfristigen berechenbaren Finanzierung reichen. Es gibt zahllose Fälle, in denen Entwicklungsländer diese Elemente eingesetzt haben, um Interventionen durchzuführen, die die Lebensbedingungen der Armen auf nationaler Ebene drastisch verbessert haben.

- *Vietnams erfolgreicher Kampf gegen die Malaria.* 1991 litt Vietnam unter einer schweren Malariaepidemie, von der mehr als eine Million Menschen betroffen waren. Als Reaktion darauf erklärte die Regierung die Malariabekämpfung zu einer nationalen Priorität und widmete diesem Zweck erhebliche Finanzmittel. Sie verteilte kostenlose, mit Insektiziden imprägnierte Moskitonetze, ließ schwangere Frauen prophylaktisch gegen Malaria behandeln und entwickelte und verteilte neue Malariamedikamente auf Artemisinin-Basis. Darüber hinaus richtete sie 400 mobile Teams zur Beaufsichtigung des Gesundheitspersonals in Malariagebieten ein und mobilisierte freiwillige Gesundheitshelfer in den Gemeinwesen. Infolge dieser und anderer Bemühungen sank die Malariasterblichkeit um 97 Prozent, die Morbidität um 60 Prozent und die Inzidenz um 92 Prozent.
- *Tansanias Plan zur Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung bis 2006.* Im Jahr 2001 erhöhte Tansania seinen Bildungsetat um 130 Prozent und schaffte die Schulgebühren ab. Die Zahl der Grundschulkinder ist dadurch um 50 Prozent gestiegen. Die Nettoeinschulungsquote hat sich von 59 Prozent auf nahezu 90 Prozent erhöht. Die Zahl der eingeschulten Mädchen ist so hoch wie die der Jungen. Mehr als 30.000 neue Klassenzimmer wurden gebaut, etwa 18.000 neue Lehrkräfte wurden eingestellt, und den Schulen wurden mehr als 9.000 Unterrichtssätze für den Naturwissenschaftsunterricht bereitgestellt.

Diese Beispiele illustrieren, welches die Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche großflächige Umsetzung auf nationaler Ebene sind:

- politische Weitsicht und Engagement auf hoher Ebene – politische Konzentration auf das Problem und die Führungsrolle der Regierung bei der Malariabekämpfung in Vietnam;
- eine erhebliche Aufstockung der Finanzmittel – Erhöhung des Bildungsetats um 130 Prozent in Tansania;
- die Abschaffung von Nutzungsgebühren – Tansanias Abschaffung der Schulgebühren;
- die Schwerpunktsetzung auf die Verbesserung der Humanressourcen und der Infrastrukturkapazitäten – Einstellung neuer Lehrkräfte und Bau neuer Klassenzimmer in Tansania;
- die Koordinierung zwischen der Regierung, lokalen Organisationen der Gemeinwesen, internationalen Organisationen und dem Privatsektor.

Gute Regierungsführung zur Erreichung der Millenniumsziele

Wenn es um die Regierungsführung im Entwicklungskontext geht, werden in der Regel die eingesetzten Mittel mit den Ergebnissen verwechselt. Das Ergebnis "schlechte Regierungsführung" hat zwei sehr unterschiedliche tiefere Ursachen. Die eine ist eine wirklich "korrupte" Führung, bei der die politische Macht in den Händen diebischer oder brutaler Führer liegt. Der einzige Regie-

Vielen der ärmsten Länder der Welt fehlen die Ressourcen für die wirksame Verwaltung des öffentlichen Sektors

rungszweck ist dabei die Ausplünderung des Landes zum persönlichen Gewinn einer kleinen Elite oder einer bestimmten Interessen- oder Volksgruppe. Wenn es ganz schlimm wird, erreicht eine derartige Korruption im Laufe vieler Jahre endemische Ausmaße. In diesen Fällen liegt seitens der Führung keinerlei Wille vor, die Millenniumsziele auf breiter Grundlage zu verwirklichen, und es besteht wenig Hoffnung auf eine einschneidende Verringerung der Armut.

Die zweite Ursache, am anderen Ende des Spektrums, ist eine Regierungsführung, die nicht aus Böswilligkeit seitens der politischen Führer schwach ist, sondern deshalb, weil der Staat nicht über die finanziellen Mittel und die fachlichen Kapazitäten für eine effiziente öffentliche Verwaltung verfügt. Viele der ärmsten Länder der Welt fallen eher unter diese zweite Kategorie: ihren Regierungen fehlen die Ressourcen zur wirksamen Lenkung des öffentlichen Sektors. In diesen Fällen kommt es darauf an, in die Verbesserung der Regierungsführung zu investieren. Die folgenden Bereiche sollten dabei gezielt angegangen werden:

- *Förderung der Rechtsstaatlichkeit.* Rechts- und Verwaltungssysteme benötigen eine Legislative, eine Judikative und eine Exekutive mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung.
- *Förderung politischer und sozialer Rechte.* Die Millenniumsziele spiegeln Menschenrechtsnormen wider, die auf einzelstaatlicher Ebene durch eine Menschenrechtsbewertung gefördert werden können, bei der die MZ-basierten Strategien unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen nationalen Verpflichtungen zur Achtung der Menschenrechtsgrundsätze beurteilt werden.
- *Förderung einer rechenschaftspflichtigen und effizienten öffentlichen Verwaltung.* Die Verbesserung der Regierungsführung hängt von Systemen der politischen und bürokratischen Rechenschaftspflicht und Transparenz und der Partizipation der Bevölkerung, insbesondere der Armen, ab.
- *Förderung einer soliden Wirtschaftspolitik.* Staatliches Handeln – wie etwa die makroökonomische Steuerung, angemessene Infrastrukturinvestitionen und die korruptionsfreie Erbringung öffentlicher Dienstleistungen – ist eine maßgebliche Voraussetzung für die Entwicklung des Privatsektors, wie in dem Bericht der Kommission für den Privatsektor und die Entwicklung und im Weltentwicklungsbericht 2005 festgestellt wird.
- *Unterstützung der Zivilgesellschaft.* Die Regierungen tragen die besondere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Zivilgesellschaft über die politische Freiheit zur Äußerung ihrer Meinungen verfügt, ein politisches Mitspracherecht bei der Planung und Überprüfung der MZ-basierten Strategien hat und über den notwendigen institutionellen Raum verfügt, um die Umsetzung öffentlicher Investitionsstrategien zu unterstützen.

3 Empfehlungen zur Unterstützung der einzelstaatlichen Prozesse durch das internationale System

Reform des Entwicklungshilfesystems

Das Entwicklungshilfesystem kann den Ländern bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele behilflich sein, es muss jedoch zu diesem Zweck einen wesentlich gezielteren Ansatz verfolgen. Nachstehend sind die 10 aktuellen Hauptprobleme des Systems aufgeführt (Tabelle 4).

Die Entwicklungshilfeprozesse orientieren sich nicht an den Millenniumszielen

Dem System mangelt es an einem kohärenten, MZ-basierten Ansatz zur Bekämpfung der Armut. So sollten beispielsweise die Bretton-Woods-Institutionen viel mehr tun, um die Länder bei der Konzeption und Umsetzung von MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien zu unterstützen. In der Programmkonzeption des Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten diese Ziele bei der Prüfung des Haushalts oder des makroökonomischen Rahmens eines Landes nahezu keine systematische Beachtung. Bei den weitaus meisten der vom IWF seit der Annahme der Ziele unterstützten Landesprogramme wurde bisher kaum die Frage gestellt, ob die jeweiligen Pläne zur Erreichung der Ziele beitragen.

Bei seiner Beratungstätigkeit in den jeweiligen Ländern hat das VN-Millenniums-Projekt festgestellt, dass die multilateralen und bilateralen Institutionen die Länder nicht dazu angeregt haben, die Millenniums-Entwicklungsziele als operative Ziele ernst zu nehmen. Viele Niedrigeinkommensländer haben bereits Pläne zur großflächigen Umsetzung ihrer Sektorstrategien entworfen, diese aber auf Grund von Haushaltszwängen bisher nicht durchführen können. In anderen Fällen wurde den Ländern geraten, derartige Pläne nicht einmal in Erwägung zu ziehen. Glücklicherweise zeigen die Bretton-Woods-Institutionen inzwischen mehr Interesse daran, die von ihnen unterstützten Landesprogramme an den Millenniums-Entwicklungszielen zu orientieren, und es ist wichtig, dass sie künftig in diesem Sinne handeln.

Die Entwicklungspartner verfolgen keinen systematischen Ansatz bei der Unterstützung der einzelnen Länder

Da der Entwicklungspartnerschaft kein kohärenter Katalog operativer Zielvorgaben zugrunde liegt, bestehen keine klaren Kriterien zur Beurteilung der Art und des Umfangs der Entwicklungshilfe, die die einzelnen Länder benötigen. So gibt es zum Beispiel keinen feststehenden Rahmen zur Unterscheidung zwischen der Unterstützung für Länder mit korrupten Regierungen und der Unterstützung für Länder mit schwachen, aber entwicklungswilligen Regierungen.

Tabelle 4

Empfehlungen zur Reform der Entwicklungspartnerschaft

Mangel	Empfehlung
Zweck und Prozess	
1. Die Entwicklungshilfeprozesse orientieren sich nicht an den Millenniumszielen.	Die Entwicklungspartner sollten die Millenniums-Entwicklungsziele als das operative Ziel des Entwicklungssystems bekräftigen, wobei die MZ-basierten einzelstaatlichen Armutsbekämpfungsstrategien als Fundament einer bedarfsgerechten Entwicklungshilfe fungieren.
2. Die Hilfsstrategien sind nicht ausreichend nach den jeweiligen Bedürfnissen der Länder differenziert.	Die Entwicklungspartner sollten ihre Hilfe nach den Bedürfnissen der Länder differenzieren, gleichviel ob sie Haushaltsunterstützung, Nothilfe oder lediglich technische Hilfe gewähren.
3. Obwohl Entwicklung ein langfristiger Prozess ist, herrschen kurzfristige Prozesse vor.	Die Entwicklungspartner sollten die Länder dabei unterstützen, 3- bis 5-jährige MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategien zu erarbeiten, die in einen bedarfsorientierten 10-Jahres-Rahmen bis zum Jahr 2015 eingebettet sind. In Konfliktländern dürfte ein kürzerer Zeitrahmen angemessener sein.
Technische Unterstützung	
4. Die technische Unterstützung ist für die großflächige Umsetzung zur Erreichung der Millenniumsziele unzureichend.	Die technische Unterstützung sollte darauf gerichtet sein, die Regierungen bei der Ausarbeitung und Umsetzung von MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien zu unterstützen, die von den jeweiligen Ländern selbst getragen werden.
5. Die Koordinierung zwischen den multilateralen Organisationen ist unzureichend.	Das System der residierenden Koordinatoren der VN sollte erheblich gestärkt werden, um die technischen Beiträge der VN-Organisationen zu den MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien zu koordinieren.
Entwicklungsfinanzierung	
6. Die Entwicklungsfinanzierung ist nicht nach den Bedürfnissen bemessen und nicht auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele ausgerichtet.	Die öffentliche Entwicklungshilfe sollte sich nach den Finanzierungslücken bemessen, die in den MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien dargelegt werden. Für viele gut regierte Niedrigeinkommensländer wird dies eine beträchtliche Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe und die Finanzierung wiederkehrender Kosten bedeuten.
7. Die Schuldenerlasse entsprechen nicht den Notwendigkeiten der Millenniumsziele.	Die "Schuldentragfähigkeit", insbesondere der Schulden im Rahmen des Pariser Clubs, sollte als der Schuldenbestand berechnet werden, der den Ländern die Erreichung der Millenniumsziele gestattet. Für viele hochverschuldete Länder wird dies eine drastische Beschleunigung des Schuldenerlasses bedeuten.
8. Die Entwicklungsfinanzierung ist von sehr schlechter Qualität.	Gut regierten Ländern sollte ein viel größerer Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe in Form von Haushaltsunterstützung gewährt werden. Bei allen Entwicklungsländern sollten die Geberorganisationen außerdem den Verpflichtungen nachkommen, die sie im Rahmen der Harmonisierungsagenda von Rom eingegangen sind.

(Fortsetzung nächste Seite)

Tabelle 4
Empfehlungen zur Reform der Entwicklungspartnerschaft
(Fortsetzung)

Mangel	Empfehlung
Systemfragen	
9. Wesentliche Prioritäten der Millenniumsziele werden systematisch vernachlässigt.	Im Rahmen des bedarfsorientierten Ansatzes der Entwicklungshilfe sollten die Entwicklungspartner ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf Fragen wie die Schaffung langfristiger wissenschaftlicher Kapazitäten, die Erhaltung der Umwelt, regionale Integration, sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie grenzüberschreitende Infrastrukturen richten.
10. Die Politik der Geberländer ist von beständiger Inkohärenz gekennzeichnet.	Die Geber sollten ihre Entwicklungs-, Finanz-, Außen- und Handelspolitik auf Kohärenz mit der Unterstützung der Millenniumsziele überprüfen. Die Geber sollten sich mindestens denselben Transparenznormen unterwerfen, die sie von den Entwicklungsländern erwarten, und unabhängige technische Überprüfungen gestatten.

Die meisten Entwicklungsprozesse sind zu kurzfristig angelegt

Entwicklung ist ein langfristiger Prozess, wogegen die wesentlichen Prozesse der internationalen Entwicklungspartnerschaft kurzfristig angelegt sind. Vor allem die für die Niedrigeinkommensländer so überaus wichtigen Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung sind in der Regel nur auf drei Jahre angelegt und nehmen zahlreiche Beschränkungen als gegeben hin, anstatt Wege aufzuzeigen, wie sie mit der Zeit überwunden werden können. In vielen Fällen sind die eigentlichen Planungszyklen sogar noch kürzer, da sie vom jährlichen Sitzungskalender der Beratungsgruppen diktiert werden.

Die technische Unterstützung ist für die großflächige Umsetzung zur Erreichung der Millenniumsziele unzureichend

Die meisten Niedrigeinkommensländer benötigen technische Unterstützung durch das internationale System, um Pläne für großflächige Investitionen zur Erreichung der Ziele erarbeiten zu können. Die internationalen Organisationen, die als globale Depots sektorspezifischen Wissens fungieren – wie beispielsweise die FAO oder der IFAD für die Landwirtschaft, das UNICEF für den Bereich Kindergesundheit, die UNIDO für die industrielle Entwicklung oder die WHO für das Gesundheitswesen und die Krankheitsbekämpfung – werden stattdessen jedoch meist ersucht, sich auf kleine Pilotprojekte zu konzentrieren. Im Allgemeinen sind die VN-Fachorganisationen vor Ort nicht darauf eingestellt, den Ländern bei der großflächigen Umsetzung nationaler Programme behilflich zu sein.

Die multilateralen Organisationen koordinieren ihre Unterstützung nicht

Die multilateralen Organisationen konkurrieren häufig um Finanzmittel der Geberregierungen, um kleine Projekte durchzuführen, anstatt Pläne und Haushalte im nationalen Maßstab zu unterstützen. Die verschiedenen Orga-

Die meisten Niedrigeinkommensländer benötigen technische Unterstützung durch das internationale System, um Pläne für großflächige Investitionen erarbeiten zu können

nisationen, Programme und Fonds der Vereinten Nationen haben zwar damit begonnen, ihre Anstrengungen unter dem Dach der VN-Gruppe für Entwicklungsfragen am Amtssitz und mit Hilfe der VN-Landesteams in den einzelnen Ländern zu koordinieren, dabei handelt es sich jedoch weiterhin eher um ein Dialogforum als um einen wirklichen Koordinierungsmechanismus. Darüber hinaus sind die VN-Organisationen oft nicht gut mit den lokalen Aktivitäten der Bretton-Woods-Institutionen und der regionalen Entwicklungsbanken verbunden, die bei der Beratung einer Regierung in der Regel über den besten Zugang verfügen, da sie den Löwenanteil der Ressourcen bereitstellen.

Die Entwicklungshilfe ist nicht auf die Erreichung der Millenniumsziele ausgerichtet

Wie der Geschäftsführende Direktor des IWF unlängst schrieb, tragen die entwickelten Länder die größte Verantwortung für die Erreichung der Millenniumsziele (Kasten 7). Die öffentlichen Investitionen können ohne eine beträchtliche Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe nicht großflächig ausgeweitet werden. Besonders wichtig ist dies in Niedrigeinkommensländern, in denen die Höhe der Hilfe im Allgemeinen eher von den Präferenzen der Geber als von den jeweiligen Bedürfnissen des Entwicklungslandes bestimmt wird. Obwohl die ärmsten Länder für langfristige Nachhaltigkeit und den Aufbau ihrer Kapazitäten Unterstützung bei der Deckung wiederkehrender Kosten – Gehaltszahlungen, Betriebskosten – benötigen, haben die Geber diese Unterstützung in der Vergangenheit verweigert und so jede Hoffnung auf echte Nachhaltigkeit zunichte gemacht. Ebenso wenig investieren die Geber systematisch in die Erstausbildung von Gesundheits-, Bildungs- und sonstigem wichtigem Personal, obwohl der Mangel an solchen Kräften oft den größten Engpass für Länder darstellt, die versuchen, grundlegende soziale Dienste bereitzustellen. Außerdem entspricht der Anstieg der Hilfsströme nicht den gegebenen Zusagen. Da selbst die weithin verkündeten Zusagen von Monterrey nicht in vollem Umfang erfüllt werden, fragen sich die Entwicklungsländer inzwischen, ob sich die entwickelten Länder tatsächlich zu den Millenniums-Entwicklungszielen bekennen.

Die Schuldenerlasse entsprechen nicht den Notwendigkeiten der Millenniumsziele

Die Zielvorgaben für Schuldenerlasse beruhen auf willkürlichen Indikatoren (beispielsweise dem Verhältnis Schulden/Ausfuhren) anstatt auf den Bedürfnissen, die sich aus den Millenniumszielen ableiten. Selbst nach einem Schuldenerlass sind viele hochverschuldete arme Länder immer noch übermäßig hoch bei öffentlichen Gläubigern (wie den Bretton-Woods-Institutionen) verschuldet. Viele Länder mit mittlerem Einkommen befinden sich in einer ähnlichen Lage und erhalten nur geringe oder gar keine Schuldenerleichterungen.

Kasten 7

Was können fortgeschrittene Volkswirtschaften tun, um die Ziele zu erreichen?

Quelle: de Rato y Figaredo, 2004.

In einem vor kurzem in ganz Afrika veröffentlichten Meinungsartikel hat der Geschäftsführende Direktor des IWF, Rodrigo de Rato y Figaredo, beschrieben, warum die entwickelten Länder die größte Verantwortung für die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele tragen:

"Wenn wir die Millenniumsziele erreichen wollen, müssen die fortgeschrittenen Volkswirtschaften unweigerlich die Hauptverantwortung übernehmen. Dabei fällt ihnen eine doppelte Aufgabe zu. Erstens müssen sie ihre Verpflichtung erfüllen, mehr Entwicklungshilfe bereitzustellen, möglichst in Form von Zuschüssen. Die derzeitigen Hilfsströme sind unzureichend und unberechenbar und werden oft nicht unter den Gebern koordiniert. Eine bessere Koordinierung und mehrjährige Zusagen sind eine grundlegende Voraussetzung für eine wirksamere Entwicklungshilfe.

Zweitens müssen die entwickelten Länder ihre Märkte stärker für Ausfuhren der Entwicklungsländer öffnen und handelsverzerrende Subventionen abbauen. Die im vergangenen Juli von der Welthandelsorganisation erzielten Rahmenübereinkünfte sind zu begrüßen und haben die Doha-Runde wieder auf Kurs gebracht. Daran müssen entschlossene Fortschritte anschließen, damit die Dynamik aufrechterhalten wird und die Ziele der Entwicklungsagenda von Doha erreicht werden. Auf diese Weise tragen sowohl die reichen als auch die armen Länder die Verantwortung für die Förderung der stärkeren Eingliederung der Entwicklungsländer in das Welthandelssystem."

Die Entwicklungsfinanzierung ist von sehr schlechter Qualität

Die Qualität der bilateralen Entwicklungshilfe ist häufig sehr gering. Allzu oft trifft Folgendes zu:

- Sie ist höchst unberechenbar;
- sie wird für technische Hilfe und Nothilfe vorgesehen anstatt für Investitionen, die Schaffung langfristiger Kapazitäten und institutionelle Unterstützung;
- sie ist an Auftragnehmer aus den Geberländern gebunden;
- sie wird von den Zielsetzungen der verschiedenen Geber geleitet und nicht koordiniert, um einen nationalen Plan zu unterstützen;
- aus geopolitischen Gründen fließt sie allzu oft in schlecht regierte Länder;
- ihre Ergebnisse werden fast nie systematisch evaluiert oder dokumentiert.

Die Gewährung öffentlicher Entwicklungshilfe von schlechter Qualität hat zu der bedenklichen Fehlvorstellung beigetragen, dass Hilfe nicht funktioniert, und hat so die langfristige Unterstützung der Öffentlichkeit für die Entwicklungshilfe in Frage gestellt. Entwicklungshilfe funktioniert jedoch, und sie fördert das Wirtschaftswachstum und bewirkt Fortschritte in bestimmten Sektoren, wenn sie in vernünftig regierten Ländern für reale Investitionen vor Ort eingesetzt wird (Kasten 8). Das Problem ist nicht die Entwicklungshilfe selbst, sondern wie, wann, welchen Ländern und in welcher Höhe sie bereitgestellt wird. Im Falle der Niedrigeinkommensländer können nur 24 Prozent der bilateralen Hilfe tatsächlich Investitionen vor Ort finanzieren (Tabelle 5).

Kasten 8

Hilfe in großem Maßstab funktioniert – wenn sie richtig angegangen wird

Die Kritik an der Entwicklungshilfe setzt an verschiedenen Punkten an. Manche Kritiker werfen ihr vor, sie sei mit grundlegenden Mängeln behaftet, da sie die Regierungen – häufig korrupte Regierungen – auf Kosten des Privatsektors stärke. Dies war das bekannte Argument des verstorbenen britischen Ökonomen Peter Bauer. Andere behaupten, Entwicklungshilfe sei nicht nötig, da private Ersparnisse und Investititionen das Rückgrat des Wirtschaftswachstums sein können und sollen. Andere nehmen die Kompromissposition ein, dass Entwicklungshilfe funktioniert, wenn sie gut regierten Ländern zugute kommt. Zu diesem Schluss kommt die einflussreiche Studie von Burnside und Dollar (2000).

Die von uns hier vertretene Auffassung ist, dass Entwicklungshilfe am nützlichsten ist, wenn sie in Länder fließt, die sie wirklich brauchen (vor allem solche, die in der Armutsfalle gefangen sind), und wenn sie in die richtigen Sektoren gelenkt wird (vor allem Infrastruktur und Humankapital). Sie erzielt die beste Wirkung, wenn sie gut regierten Ländern zugute kommt. Darüber hinaus ergänzt Entwicklungshilfe, die zur Unterstützung öffentlicher Investitionen geleistet wird, private Ersparnisse und Investitionen, anstatt mit dem Privatkapital zu konkurrieren.

Zahlreiche negative Schlüsse über den Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Wirtschaftswachstum gehen auf ländervergleichende Regressionsanalysen der Korrelation des Wirtschaftswachstums und der Höhe der Entwicklungshilfe (und anderer Variablen) zurück. Ein statistisch signifikanter Einfluss der Höhe der Hilfe auf das Wirtschaftswachstum lässt sich häufig nicht feststellen, woraus einige Autoren schließen, dass “Entwicklungshilfe unwirksam ist”, wenn es um die Förderung des Wachstums geht. Eine bedeutende Schwäche solcher Studien ist, dass sie gewöhnlich den Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Gesamthöhe der Hilfeleistungen untersuchen und dabei außer Acht lassen, in welcher Form die Hilfe gewährt wird. So entfällt ein Großteil der Hilfeleistungen auf technische Hilfe (für Berater aus dem Geberland), auf die Verwaltungskosten der bilateralen und multilateralen Hilfsorganisationen sowie auf Nahrungsmittelnothilfe. Es ist kaum überraschend, dass diese Art der Hilfe in keinerlei Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum des Empfängerlandes steht. Insbesondere Nahrungsmittelhilfe wird inmitten tiefer Krisen gewährt. Eine Regression des Wirtschaftswachstums auf die Nahrungsmittelhilfe würde daher zu dem (falschen) Schluss führen, dass Entwicklungshilfe einen Rückgang der Produktion verursacht, anstatt des korrekten Schlusses, dass ein Produktionsrückgang (der beispielsweise durch eine Dürre verursacht wurde) zu einem Anstieg der Nothilfe führt.

Clemens, Radelet und Bhavnani (2004) korrigieren in einer wichtigen neuen Studie diese typische Schwäche, indem sie nur diejenigen Hilfeleistungen betrachten, die tatsächlich Investitionen und Dienstleistungen vor Ort in dem betreffenden Empfängerland unterstützen, und Nothilfe, technische Hilfe und andere Arten von Hilfe, die nicht zu wachstumsfördernden Investitionen und Dienstleistungen führen, ausklammern. Sie kommen zu dem Schluss, dass Entwicklungshilfe, sofern sie richig gemessen wird, auf signifikante Weise zum Wirtschaftswachstum beiträgt. Das deutet darauf hin, dass Entwicklungshilfe wirksam ist, wenn sie gezielt und gut verwaltet zur direkten Unterstützung von Investitionen in dem betroffenen Land eingesetzt wird. Es versteht sich von selbst, dass ein Mindestmaß an guter Verwaltung in dem Land notwendig ist, damit die Hilfe in Investitionen fließen kann.

Die Auszahlung der Hilfe kann und muss auf eine Weise erfolgen, die sowohl Gebern als auch Empfängern Anreize bietet, Entwicklungserfolge zu unterstützen. In diesem Bericht

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 8

Hilfe in großem Maßstab funktioniert – wenn sie richtig angegangen wird

(Fortsetzung)

wird argumentiert, dass eines der Elemente einer erfolgreichen Auszahlungsstrategie die Gewährung von Haushaltsbeihilfen für nationale MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategien ist. In der Vergangenheit gab es zwar tatsächlich Probleme in der Art und Weise, wie die Hilfe verteilt wurde, doch lernen die Regierungen – sowohl in den reichen als auch in den armen Ländern – aus ihren Fehlern und konzipieren wirksamere Wege, um die Finanzhilfe denen zuzuleiten, die sie am meisten benötigen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Auslandshilfe das Wachstum und die Armutsminderung außerordentlich positiv beeinflussen kann, sofern sie gezielt eingesetzt wird und der grundlegenden Infrastruktur und dem Humankapital zugute kommt. Diese Erkenntnis wird durch die jüngsten Erfahrungen in Mosambik, Tansania und Uganda untermauert; in allen diesen Ländern kam es zu beträchtlichen Verbesserungen im Sozialsektor, die im Wesentlichen durch Entwicklungshilfe finanziert wurden. Eine besondere Erfolgsgeschichte war im vergangenen Jahrzehnt Mosambik, wo bei jährlichen Hilfeleistungen in Höhe von 20 bis 60 Prozent des Bruttosozialprodukts seit 1993 durchschnittliche reale Pro-Kopf-Wirtschaftswachstumsraten von 5 Prozent erzielt werden konnten.

Bei der multilateralen Hilfe liegt der Anteil mit 54 Prozent zwar höher, ist aber immer noch weit vom Idealzustand entfernt.

Wesentliche Prioritäten der Millenniums-Entwicklungsziele werden systematisch vernachlässigt

Entwicklungsprogramme vernachlässigen routinemäßig notwendige Investitionen in die regionale Integration, das Umweltmanagement, die technologische Modernisierung und Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und selbst Investitionen in so zentrale Bereiche wie Straßenbau, Stromversorgung, Schaffung angemessenen Wohnraums, Krankheitsbekämpfung, Bodennährstoffe und sexuelle und reproduktive Gesundheit.

Die Politiken sind weithin inkohärent

Viele entwickelte Länder haben die Inkohärenz ihrer Politik als ein grundlegendes Problem erkannt. So kann es etwa vorkommen, dass eine Regierung einem nahrungsmittelexportierenden Land Agrarhilfe gewährt, gleichzeitig aber Marktzugangsschranken für die Agrarexporte dieses Landes errichtet. Desgleichen kann ein Finanzministerium durch die Eintreibung von Schulden den Nutzeffekt der vom Entwicklungsministerium bereitgestellten Hilfe zunichte machen. Inkohärente Politiken unterstreichen die Notwendigkeit eines eindeutigen Katalogs messbarer Ziele, damit die Politiken der entwickelten Länder untereinander abgestimmt werden können.

Wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Hilfeleistung

Jedes dieser Probleme ist wichtig. Jedes ist aber auch lösbar, wenn von Seiten der Entwicklungspartner entschlossene, konkrete Maßnahmen ergriffen wer-

den. Nachstehend werden die 10 wichtigsten "Hausaufgaben" für die Geber genannt.

Die Ziele als konkrete operative Vorgaben für die Länder bestätigen

Die multilateralen und bilateralen Entwicklungsorganisationen und andere maßgebliche internationale Institutionen müssen ihre ausdrückliche Unterstützung für MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategien bekunden.

Tabelle 5

Geschätzte öffentliche Entwicklungshilfe zur direkten Unterstützung der Millenniumsziele und für den MZ-Kapazitätsaufbau (2002)

In Milliarden US-Dollar (2002)

	Länder mit niedrigem Einkommen			Länder mit mittlerem Einkommen		
	Aus bilateralen Quellen	Aus multilateralen Quellen	Gesamt	Aus bilateralen Quellen	Aus multilateralen Quellen	Gesamt
Geschätzte öffentliche Entwicklungshilfe zur direkten MZ-Unterstützung						
Zuschüsse	16,7	4,2	20,9	12,2	2,8	15,0
Darlehen brutto	3,3	9,8	13,2	4,5	2,8	7,3
Tilgungszahlungen	– 1,9	– 2,8	– 4,7	– 4,2	– 1,1	– 5,3
Öffentliche Entwicklungshilfe netto	**18,1**	**11,3**	**29,4**	**12,6**	**4,4**	**17,0**
Zinszahlungen	– 0,8	– 0,9	– 1,7	– 1,7	– 0,5	– 2,2
Technische Zusammenarbeit	– 5,4	– 0,8	– 6,2	– 6,2	– 0,5	– 6,8
Nahrungsmittelhilfe	– 0,8	– 0,2	– 1,0	– 0,3	– 0,0	– 0,3
Nothilfe	– 1,9	– 0,9	– 2,8	– 0,5	– 0,3	– 0,8
Zuschüsse für Schuldenerlass	– 3,2	– 0,3	– 3,5	– 2,0	– 0,0	– 2,0
Unterstützung durch NGOs[a]	– 0,9	0,0	– 0,9	– 0,8	0,0	– 0,8
Geschätzte maximale Unterstützung durch Staatsmittel	**5,2**	**8,1**	**13,4**	**1,1**	**3,1**	**4,2**
25 % der Unterstützung durch Staatsmittel für Nicht-MZ-Zwecke[b]	– 1,3	– 2,0	– 3,3	– 0,3	– 0,8	– 1,0
40 % der Unterstützung durch NGOs für MZ-Investitionen[c]	0,4	0,0	0,4	0,3	0,0	0,3
Öffentliche Entwicklungshilfe zur direkten MZ-Unterstützung insgesamt	**4,3**	**6,1**	**10,4**	**1,2**	**2,3**	**3,5**
Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe netto (in Prozent)	**24**	**54**	**35**	**9**	**52**	**20**
Geschätzte öffentliche Entwicklungshilfe für den MZ-Kapazitätsaufbau						
Technische Zusammenarbeit für den Kapazitätsaufbau zur Unterstützung der MZ[d]	3,2	0,5	3,7	3,7	0,3	4,1
MZ-Kapazitätsaufbau durch NGOs[e]	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5
Öffentliche Entwicklungshilfe für den MZ-Kapazitätsaufbau insgesamt	**3,8**	**0,5**	**4,3**	**4,2**	**0,3**	**4,5**
Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe netto (in Prozent)	**21**	**4**	**14**	**33**	**7**	**27**

Anmerkung: Durch Rundungsdifferenzen sind Abweichungen der Summe der Einzelwerte vom jeweiligen Gesamtwert möglich.

a. Nach Schätzungen des DAC.

b. Es wird angenommen, dass 75 % der "maximalen Unterstützung durch Staatsmittel" direkt der Finanzierung des MZ-Investitionsbedarfs dienen.

c. Es wird angenommen, dass 40 % der durch NGOs gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe direkt MZ-Investitionen zugute kommen.

d. Es wird angenommen, dass 60 % der technischen Zusammenarbeit zum MZ-Kapazitätsaufbau beitragen (Annahme des OECD-DAC).

e. Es wird angenommen, dass 60 % der durch NGOs gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe zum MZ-Kapazitätsaufbau beitragen.

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) und Berechnungen der Autoren.

Jedes dieser Probleme ist lösbar, wenn von Seiten der Entwicklungspartner entschlossene, konkrete Maßnahmen ergriffen werden

Die Festlegung nach den Bedürfnissen der einzelnen Länder differenzieren

Die Geberregierungen müssen die von ihnen gewährte Hilfe differenzieren, damit sie konzentriert dort eingesetzt wird, wo sie tatsächlich etwas bewirken kann, und damit die Länder, die die Hilfe am meisten benötigen, nicht zu kurz kommen, weil die Geber vorwiegend die Länder unterstützen, die sie aus geopolitischen Gründen als wichtiger ansehen. Je nachdem, ob es sich um Länder mit mittlerem Einkommen, gut regierte Länder in der Armutsfalle oder schlecht regierte Länder in der Armutsfalle handelt, werden unterschiedliche Arten von Unterstützung erforderlich sein (Kasten 9). Besondere Aufmerksamkeit sollte auch Konfliktländern und Ländern mit besonderen Bedürfnissen, wie Binnenstaaten oder kleinen Inselstaaten, gewidmet werden.

Einen 10-Jahres-Rahmen als Ankerpunkt für 3- bis 5-Jahres-Strategien festlegen

Um die langfristigen Entwicklungsbedürfnisse systematisch anzugehen, sollten die Staaten eine Millenniumsziel-Bedarfsermittlung bis zum Jahr 2015 vornehmen und einen entsprechenden 10-Jahres-Rahmen erstellen. An diesem Rahmen sollte sich dann die detailliertere und kurzfristigere MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategie orientieren.

Die Koordinierung der technischen Unterstützung an den Millenniumszielen ausrichten

Die multilateralen und bilateralen Organisationen sollten ihre technischen Anstrengungen daran ausrichten, die Länder bei der Ausarbeitung und Umsetzung von MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien zu unterstützen. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen sollte den VN-Landesteams in den jeweiligen Ländern bei der Unterstützung der Millenniumsziele Anleitung gewähren, und im Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen sollte festgelegt werden, auf welche konkrete Weise das jeweilige Landesteam die Regierung bei der Erreichung der Millenniumsziele unterstützen wird. Wir empfehlen, dass Fachleute der betreffenden Organisationen ihr vorhandenes sektorspezifisches Wissen durch eine Schulung in grundlegenden Kenntnissen zur Unterstützung der nationalen Haushaltserstellung ergänzen. Wir empfehlen außerdem die Schaffung von organisations- und sektorübergreifenden regionalen technischen Zentren zur Unterstützung der Regierungen und der VN-Landesteams bei der Ausarbeitung, Finanzierung und Umsetzung von MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien.

Die VN-Gruppe für Entwicklungsfragen und den residierenden Koordinator der VN stärken

Das Büro des residierenden Koordinators der VN, als des ranghöchsten VN-Vertreters vor Ort, muss drastisch gestärkt werden, damit es in der Lage ist,

Kasten 9

Die Entwicklungshilfe nach den einzelstaatlichen Bedürfnissen differenzieren

Länder mit mittlerem Einkommen

Die meisten Länder mit mittlerem Einkommen sind in der Lage, die Erreichung der Millenniumsziele aus eigenen Mitteln, nichtkonzessionären Kapitalzuflüssen (Kredite der Weltbank und regionaler Entwicklungsbanken zu marktüblichen Konditionen) und privaten Kapitalströmen zu finanzieren. Die Anstrengungen der Geberländer sollten darauf gerichtet sein, diesen Ländern bei der Beseitigung noch verbliebener "Armutsinseln" behilflich zu sein. Bei einigen Ländern mit mittlerem Einkommen ist außerdem ein weiterer Schuldenerlass notwendig, insbesondere bei den Schulden bei öffentlichen Gläubigern (Pariser Club). Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda der multilateralen Handelsverhandlungen wird den Ländern mit mittlerem Einkommen durch den verstärkten Zugang zu den Märkten der reichen Länder Vorteile bringen. Viele Länder mit mittlerem Einkommen, beispielsweise Brasilien, China und Malaysia, sind bereits Geberländer. Wir empfehlen, dass diese und andere bei der Armutsminderung erfolgreiche Länder, wie Indien, ihre Geberanstrengungen erhöhen, indem sie unter anderem Finanzmittel und technische Hilfe für Partnerländer mit niedrigem Einkommen bereitstellen.

Gut regierte Länder in der Armutsfalle

Für gut regierte Länder in der Armutsfalle wird selbst eine erheblich höhere Mobilisierung einheimischer Ressourcen nicht ausreichen, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder wird eine beträchtliche Kofinanzierung durch öffentliche Entwicklungshilfe erforderlich sein, um die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, das Humankapital und die öffentliche Verwaltung erhöhen zu können. Entscheidend wird sein, dass die Hilfe für gut regierte Länder in der Armutsfalle auf der Grundlage einer echten Millenniumsziel-Bedarfsermittlung erfolgt und dass sichergestellt wird, dass der Hemmfaktor für die Erhöhung der Investitionen nicht in mangelnder Hilfe liegt. Diese Länder sollten im Jahr 2005 auf die Schnellspur gebracht werden.

Schlecht regierte Länder in der Armutsfalle: mangelnder politischer Wille

Bei Ländern wie Belarus, Myanmar, der Demokratischen Republik Korea und Simbabwe, in denen das Problem im mangelnden Willen der politischen Führung liegt, lassen sich wenig Argumente für umfangreiche Hilfeleistungen finden. Die Hilfe sollte humanitären Maßnahmen zugute kommen oder durch NGOs geleistet werden, die sicherstellen können, dass die Hilfe vor Ort ankommt. Jede über die Regierungen geleitete Hilfe sollte von bedeutenden Verbesserungen bei den Menschenrechten und in der Wirtschaftspolitik abhängig gemacht werden.

Schlecht regierte Länder in der Armutsfalle: schwache öffentliche Verwaltung

Wenn der politische Wille in der Regierung vorhanden ist, das Management der öffentlichen Verwaltung jedoch zu wünschen übrig lässt, sind Investitionen in die Kapazität des öffentlichen Sektors ein wichtiger Schritt. Dadurch wird auch die "Absorptionsfähigkeit" für die Hilfe in späteren Jahren erhöht. Die Geber sollten eine mangelhafte öffentliche Verwaltung als Investitionschance ansehen und nicht als Hindernis für die Erreichung der Millenniumsziele. Die ersten Anstrengungen sollten darauf gerichtet sein, die Analyse- und Verwaltungskapazitäten der Regierung auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene zu stärken – und auf der Basisebene technischen Sachverstand in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Infrastruktur zu schaffen. Wir erwarten, dass diese Länder die derzeitigen Erwartungen erheblich übertreffen werden. Trotz der in sie gesetzten geringen internationalen Erwartungen verfügen viele Länder über ein hohes

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 9

Die Entwicklungshilfe nach den einzelstaatlichen Bedürfnissen differenzieren

(Fortsetzung)

Potenzial, wenn sie rechtzeitig Unterstützung durch die Geber erhalten, ein Schuldenerlass beschlossen wird und die Maßnahmen stufenweise zur Anwendung kommen.

Konfliktländer

Länder, die sich in einem Konflikt befinden, gerade einen Konflikt überwunden haben oder in einen Konflikt geraten, stellen für die internationale Gemeinschaft dringende Sonderfälle dar, in denen rasche Maßnahmen entscheidend sind. Verzögerungen bei der Gewährung gezielter Hilfe können den Unterschied zwischen der Konsolidierung eines Friedensprozesses und dem Wiederaufflammen des Konflikts bedeuten. Die Hilfe sollte darauf gerichtet sein, die Gewalt zu beenden und grundlegende Dienste wiederherzustellen, und sollte in einer Weise erfolgen, die die Spannungen zwischen den konkurrierenden Gruppen abbaut. Positive Anreize (das Angebot einer Erhöhung der Hilfeleistungen) sind in Krisenländern wie Haiti und Sudan im Allgemeinen wirkungsvoller als Strafen (internationale Sanktionen). Nichtsdestoweniger werden in der Regel – mit wenig dauerhaften Ergebnissen – Strafmaßnahmen angewandt.

Geopolitische Prioritäten

Länder mit geopolitischer Priorität wie Afghanistan und Irak haben gewiss dringende Bedürfnisse, doch können sie einen unverhältnismäßig großen Anteil der Gebermittel wie auch der öffentlichen Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Wenn die großen Geber auch umfangreiche Mittel für diese Länder zur Verfügung stellen, müssen sie doch gleichzeitig sicherstellen, dass dadurch nicht die Aufmerksamkeit – und Finanzmittel – von anderen Hilfe verdienenden Ländern abgelenkt werden. Wird beispielsweise Irak ein Schuldenerlass gewährt, nicht jedoch Nigeria, so wäre dies aus Gründen der Gerechtigkeit, der Verdienste und der relativen Bedürftigkeit nicht gerechtfertigt.

Länder mit besonderen Bedürfnissen

Zu den Entwicklungsländern mit besonderen Bedürfnissen gehören

- kleine Inselstaaten (Isoliertheit, kleine Märkte, natürliche Gefahren);
- Binnenstaaten (Isoliertheit und hohe Transportkosten);
- Gebirgsländer (Isoliertheit und hohe Transportkosten);
- besonders durch Naturkatastrophen gefährdete Staaten.

Geografisch isolierte Staaten benötigen spezielle Investitionen auf dem Verkehrs- und Kommunikationssektor – und geopolitische Hilfe zur Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit und Integration. Die Gefahren nehmen an Häufigkeit, Intensität und Wirkung zu, und die traditionellen Ad-hoc-Reaktionen sind zu langsam und leiden an zu geringer Mittelausstattung. Die Geber sollten Nothilfe-Sonderfonds für Naturgefahren (Dürren, Überschwemmungen, Schädlingsbefall, Krankheiten) und ständige Fonds für langfristige Verbesserungen zur Bewältigung von Katastrophen einrichten.

sowohl die VN-Organisationen über das VN-Landesteam zu koordinieren als auch einen Kernbestand an technischem Personal zu verwalten, das den Gaststaat bei der Ausarbeitung und Umsetzung der MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategie unterstützt. Die lokalen Vertreter der internationalen Finanzinstitutionen sollten mit dem VN-Landesteam bei der Unterstützung der Armutsbekämpfungsprogramme des Gaststaates eng zusammenarbeiten. Die VN-Gruppe für Entwicklungsfragen auf Amtssitzebene sollte die Stärkung der Position des residierenden Koordinators unterstützen.

Die "Schuldentragfähigkeit" sollte neu definiert werden als "die mit der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele vereinbare Höhe der Verschuldung"

Die öffentliche Entwicklungshilfe anhand einer sachgerechten Bedarfsermittlung festlegen

Die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe sollte sich nach der Millenniumsziel-Bedarfsermittlung richten und nicht nach politischen Erwägungen oder auf der Grundlage der Fortschreibung der Vorjahreshaushalte erfolgen, wie es derzeit der Fall ist. Durch das Eingehen von Partnerschaften mit lokalen Forschungseinrichtungen hat das VN-Millenniums-Projekt die erste an der Basis ansetzende Bedarfsermittlung der zur Erreichung der Millenniumsziele in den einzelnen Ländern erforderlichen Investitionen durchgeführt. Diese ersten Schätzungen müssen zwar noch durch die in diesem Bericht empfohlenen realen einzelstaatlichen Prozesse präzisiert werden, doch lässt sich schon jetzt erkennen, dass die Gesamtkosten der Investitionen in Niedrigeinkommensländern im Jahr 2006 in der Größenordnung von 70-80 Dollar pro Kopf betragen und im Jahr 2015 auf 120-160 Dollar pro Kopf ansteigen werden (siehe beispielsweise die Ergebnisse für Ghana in Tabelle 6 auf Seite 71). Länder mit mittlerem Einkommen werden sich diese Investitionen im Allgemeinen selbst leisten können. Die Niedrigeinkommensländer jedoch werden, selbst nach erheblich höherer Ressourcenmobilisierung, im Jahr 2006 immer noch ausländische Finanzmittel in Höhe von 40-50 Dollar pro Kopf benötigen; dieser Betrag wird auf 70-100 Dollar im Jahr 2015 ansteigen. Um die Nachhaltigkeit der Programme zu gewährleisten, sollte die Entwicklungshilfe zusätzlich zu den Kapitalkosten auch wiederkehrende Kosten (wie die Gehälter im öffentlichen Dienst, operative Kosten sowie Kosten für Wartung und Instandhaltung) abdecken.

Die Entschuldung vertiefen und ausweiten und Zuschüsse statt Kredite vergeben

Die "Schuldentragfähigkeit" sollte neu definiert werden als "die mit der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele vereinbare Höhe der Verschuldung", damit das Jahr 2015 ohne einen neuen Schuldenüberhang erreicht werden kann. Bei vielen hochverschuldeten armen Ländern wird dies einen 100-prozentigen Schuldenerlass bedeuten. Für viele hochverschuldete Länder mit mittlerem Einkommen wird dazu eine umfangreichere Entschuldung notwendig sein, als bisher angeboten wurde. Bei einigen armen Ländern, die nicht in die Liste der hochverschuldeten armen Länder (HIPCs) aufgenommen wurden, wie zum Beispiel Nigeria, setzt die Erreichung der Ziele einen umfangreichen Schuldenerlass voraus. Für Niedrigeinkommensländer ergibt sich daraus, dass die derzeitige und künftige öffentliche Entwicklungshilfe in Form von Zuschüssen anstatt von Krediten gewährt werden sollte.

Eine MZ-basierte internationale Handelspolitik sollte sich vorwiegend auf besseren Marktzugang für die armen Länder und bessere angebotsseitige Wettbewerbsfähigkeit für die Exporte der Niedrigeinkommensländer konzentrieren

Die bilateralen Verfahren zur Gewährung von Hilfe vereinfachen und harmonisieren, um nationale Programme zu unterstützen

Um die nationale Aneignung von MZ-basierten Strategien zu erleichtern und die Transaktionskosten der finanziellen Unterstützung gering zu halten, sollten die bilateralen Geber vereinfachende Koordinierungsmechanismen verwenden – wie sektorweite Ansätze, direkte Haushaltsunterstützung und multilaterale Finanzierung, beispielsweise durch den Europäischen Entwicklungsfonds und die Internationale Entwicklungsorganisation. Sie sollten außerdem dringend die Maßnahmen verwirklichen, die sie sich in der Harmonisierungsagenda von Rom vorgenommen haben.

Vergessene Prioritäten und vernachlässigte öffentliche Güter beachten

Die Entwicklungspartner sollten die Entwicklungsländer bei der Förderung vergessener Prioritäten, wie der Müttergesundheit, der Geschlechtergleichheit und der reproduktiven Gesundheit, sowie vernachlässigter öffentlicher Güter, wie der langfristigen Wissenschaftskapazität, des Umweltmanagements, der regionalen Integration und der grenzüberschreitenden Infrastrukturen, unterstützen.

Die Kohärenz der Politik an den Millenniums-Entwicklungszielen messen

Die Geber sollten ihre Entwicklungs-, Außen- und Finanzpolitik unter konkreter Bezugnahme auf die Millenniumsziele evaluieren. Die Geber sollten dieselben Maßstäbe in Bezug auf Transparenz und Kohärenz auf sich anwenden, die sie von den Regierungen der Entwicklungsländer erwarten. Einige Länder haben Fortschritte erzielt, indem sie mit der Erstellung ihrer der Selbstevaluierung dienenden Berichte über die Erfüllung von Ziel 8 begonnen haben, doch sollten unabhängige technische Gruppen unabhängige Evaluierungen der Wirkung und der Kohärenz der Politik der Geber veröffentlichen und die Daten öffentlich verfügbar machen, damit sie einer erneuten Analyse unterzogen werden können.

Ein Durchbruch im Welthandel

Der Handel zählt zu den politisch brisantesten internationalen Entwicklungsfragen. So überragend wichtig er auch ist, er ist bei weitem kein Wundermittel zur Herbeiführung von Entwicklung. Der Slogan “Handel statt Hilfe” zielt in die falsche Richtung, insbesondere was die ärmsten Länder betrifft. Handelsreformen stellen eine Ergänzung zu anderen Teilen der Entwicklungspolitik dar, wie Infrastrukturinvestitionen und soziale Programme zur Verbesserung der Gesundheit und der Ausbildung der Arbeitskräfte. Wie in Monterrey erläutert wurde, sollte sich eine MZ-basierte internationale Handelspolitik vorwiegend auf zwei übergreifende Fragen konzentrieren:

- besseren Marktzugang und bessere Austauschrelationen für die armen Länder und
- bessere angebotsseitige Wettbewerbsfähigkeit für die Exporte der Niedrigeinkommensländer durch erhöhte Investitionen in die Infrastruktur (Straßen, Strom, Häfen) und durch Handelserleichterung.

Um einen übergreifenden Rahmen für Fortschritte zu schaffen, empfehlen wir, dass sich die führenden Politiker der Welt zuerst auf ein hinreichend entferntes, langfristiges Zieldatum (zum Beispiel 2025) für den vollständigen Abbau der Schranken für den Warenhandel, eine umfangreiche und allgemeine Liberalisierung des Dienstleistungshandels und die universelle Durchsetzung der Grundsätze der Gegenseitigkeit und der Nichtdiskriminierung einigen. Im kurzfristigeren Kontext der Doha-Entwicklungsagenda und der Millenniumsziele empfehlen wir, vor Mitte 2005 eine Einigung über die folgenden wichtigsten angestrebten Ergebnisse zu erzielen:

Landwirtschaft

Bei den Agrarhandelsfragen sollte die höchste Priorität dem verbesserten Marktzugang gelten, mit bedeutenden Reduzierungen der Spitzenzölle und der Zolleskalation und dem schrittweisen Abbau spezifischer Abgaben auf die Exporte von Niedrigeinkommensländern (beispielsweise auf Baumwolle). Auf kurze Sicht sollte auch eine bindende Verpflichtung zur Abschaffung von Exportsubventionen und zweistufigen Preissystemen eingegangen werden.

Nichtlandwirtschaftliche Waren

Die Exporte der Entwicklungsländer in die entwickelten Länder unterliegen Zöllen, die im Durchschnitt vier Mal höher sind als diejenigen auf Exporte anderer entwickelter Länder. Die Entwicklungsländer leiden auch unter ihrem eigenen Zollschutz, der nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten schwächt, sondern auch die Chancen auf mehr Handel untereinander einschränkt. Die entwickelten Länder sollten im Rahmen der Doha-Runde anstreben, alle Zölle auf nichtlandwirtschaftliche Waren bis 2015 auf Null zu binden. Ein mittelfristiges Ziel könnte sein, dass 2010 kein Zoll höher als 5 Prozent sein soll. Die Entwicklungsländer könnten dann einen Nullzoll bis zum Jahr 2025 anstreben. Wenn es sich absolut nicht vermeiden lässt, könnten die ärmsten Länder anstreben, während eines angemessenen Zeitraums alle Zölle zu einem einheitlichen Höchstsatz zu binden.

Dienstleistungen

Richtiges Vorgehen bei der Liberalisierung der Dienstleistungen erfordert eine genaue Beachtung der Art, des Tempos und der Reihenfolge der Reformen. Die Liberalisierung von Erbringungsart 4 (zeitweise Migration von Dienstleistungserbringern) nach dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) sollte in der Doha-Runde hohe Priorität

Die Millenniums-Entwicklungsziele können nicht allein durch Investitionen in den einzelnen Ländern, Schuldenerlass und Handelsreformen erreicht werden

erhalten. Wir ermutigen die Entwicklungsländer, Zusagen zur Öffnung von Erbringungsart 1 (grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen) und Erbringungsart 3 (ausländische Direktinvestitionen in Dienstleistungen) gegen echte Angebote seitens der entwickelten Länder bei der Erbringungsart 4 zu tauschen.

Besondere und differenzierte Behandlung

Eine besondere und differenzierte Behandlung ist bei Entwicklungsländern sinnvoll, deren Volkswirtschaften im Allgemeinen nur in begrenztem Maße in der Lage sind, neue Handelschancen zu nutzen und die Anpassungskosten zu tragen. Dabei sollten Flexibilität, ausreichende Zeit und Hilfe bei der Umsetzung gefördert werden. Der Schwerpunkt sollte auf längere Fristen zur Anpassung an die Liberalisierung und zur Verbesserung der Technologien gelegt werden. Die befristete Einrichtung eines "Hilfe für Handel"-Fonds, dessen Dotierung dem Umfang der Aufgabe angemessen sein sollte, würde Zusagen zur Finanzierung der Anpassungskosten ermöglichen, die mit der Umsetzung einer Doha-Reformagenda verbunden wären.

Förderung der Exportwettbewerbsfähigkeit in den Entwicklungsländern

Die Länder sollten die Handelsöffnung weiter verfolgen, gleichzeitig aber auch weiterhin zusätzliche Hilfe erhalten, um ihre angebotsseitigen Produktionsbarrieren überwinden zu können, mit besonderem Gewicht auf Investitionen in die landwirtschaftliche Produktivität, Infrastruktur (Straßen, Häfen, Telekommunikation, Energie) und arbeitsintensive Exporte. Dies ist vor allem für die am wenigsten entwickelten Länder wichtig. Die Exportwettbewerbsfähigkeit darf nicht auf eine Weise verfolgt werden, die Diskriminierung oder Zwangspraktiken auf dem Arbeitsmarkt begünstigt oder die natürliche Umwelt schädigt, beispielsweise durch nicht nachhaltige Forstwirtschaft oder Fischerei.

Regionale und globale öffentliche Güter

Die Millenniums-Entwicklungsziele können nicht allein durch Investitionen in den einzelnen Ländern, Schuldenerlass und Handelsreformen erreicht werden. Die einzelstaatlichen Strategien müssen miteinander und mit den internationalen Koordinierungsmechanismen verknüpft werden, um regionale und globale öffentliche Güter bereitstellen zu können.

Regionale Infrastrukturen und Institutionen

Zu den wichtigsten Handelspartnern eines Landes zählen gewöhnlich seine unmittelbaren Nachbarn. Diese Verbindungen können durch regionale Infrastrukturen und politische Zusammenarbeit gestärkt werden; beides ist von ausschlaggebender Bedeutung für Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung, wenn ein Land nur eine kleine Bevölkerung hat oder wenn es sich um

Jede Strategie zur Erreichung der Ziele erfordert besondere weltweite Anstrengungen, um in den ärmsten Ländern wissenschaftliche und technologische Kapazitäten aufzubauen

ein Binnenland, einen kleinen Inselstaat oder um ein Land handelt, das für Nahrungsmittel, Wasser oder Energie von seinen Nachbarn abhängig ist. Auch grenzüberschreitende Wassereinzugsgebiete, Wüstenbildung, Luftverschmutzung und die biologische Vielfalt sind Bereiche, in denen nur regionale Strategien weiterhelfen. Da darüber hinaus viele lokale Konflikte Auswirkungen auf gesamte Regionen nach sich ziehen oder durch regionale Spannungen genährt werden, erfordert das Konfliktmanagement eine größere regionale Zusammenarbeit, damit mögliche Konflikte noch vor ihrem Ausbrechen entdeckt werden und die Nachbarländer koordinierte Maßnahmen zu ihrer Beendigung entwickeln können.

Um diesen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, empfehlen wir, vier Arten regionaler öffentlicher Güter international zu unterstützen und in die nationalen MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien zu integrieren:

- Infrastrukturen für Verkehr, Energie oder Wassermanagement;
- Koordinierungsmechanismen zur Regelung grenzüberschreitender Umweltfragen;
- Institutionen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich der Koordinierung und Harmonisierung der Handelspolitik und -verfahren;
- Mechanismen für politische Zusammenarbeit im Hinblick auf den regionalen Dialog und die Konsensbildung; ein Beispiel dafür ist der Afrikanische Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung (APRM).

Die vermehrte Bereitstellung regionaler öffentlicher Güter erfordert beträchtliche Investitionen. Für die Niedrigeinkommensländer werden daher in der Regel externe Finanzmittel dafür aufgebracht werden müssen. Die Länder müssen auch ihre regionalen Institutionen stärken, indem sie Zuständigkeiten straffen und Teile ihrer Souveränität bei Bedarf auf Partnerschaften übertragen.

Weltweite Mobilisierung von Wissenschaft und Technologie zu Gunsten der Millenniums-Entwicklungsziele

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt ermöglicht es der Gesellschaft, neue Energie- und Werkstoffquellen zu erschließen, Krankheiten zu bekämpfen, die Landwirtschaft zu verbessern und zu diversifizieren, Informationen zu erschließen und zu verbreiten, Menschen und Güter schneller und sicherer zu transportieren, die Familiengröße nach Wunsch begrenzt zu halten und vieles mehr. Diese Technologien sind jedoch nicht umsonst zu haben. Sie sind das Ergebnis enormer sozialer Investitionen in die Bildung, in wissenschaftliche Entdeckungen und gezielte technologische Projekte.

Jedes erfolgreiche Land mit hohem Einkommen stellt besondere öffentliche Investitionen für den Ausbau wissenschaftlicher und technologischer Kapazitäten bereit. Bedauerlicherweise sind die armen Länder dabei nach wie vor hauptsächlich Zuschauer, oder bestenfalls Nutzer von für sie wichtigen

Noch ist es möglich, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen – aber die Zeit wird knapp

technologischen Errungenschaften, die in den Ländern mit hohem Einkommen produziert werden. Der Kreis der wissenschaftlichen und technischen Experten ist in den armen Ländern in der Regel sehr klein. Ihre Wissenschaftler und Ingenieure müssen mit chronischer Unterfinanzierung fertigwerden und ziehen auf der Suche nach befriedigenderen Arbeitsmöglichkeiten in der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung ins Ausland. Hinzu kommt, dass privatwirtschaftliche Unternehmen ihre Innovationstätigkeit auf Probleme und Projekte der reichen Länder konzentrieren, da sie dort angemessene finanzielle Erträge erzielen können.

Jede Strategie zur Erreichung der Millenniumsziele erfordert besondere weltweite Anstrengungen, um in den ärmsten Ländern wissenschaftliche und technologische Kapazitäten aufzubauen, um sowohl der wirtschaftlichen Entwicklung Anstoß zu verleihen als auch die Suche nach Lösungen für die eigenen wissenschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer zu unterstützen. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf der Stärkung der Hochschulbildung liegen. Besondere weltweite Anstrengungen sind auch erforderlich, um Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten auf die konkreten Probleme der Armen auf den Gebieten Krankheitsbekämpfung, Klima, Landwirtschaft, Energie und Umweltzerstörung zu lenken. Es bestehen realistische Aussichten, neue Impfstoffe und Medikamente gegen Malaria, HIV/Aids, Tuberkulose und andere tödliche Krankheiten in den armen Ländern zu entwickeln. Bessere Produkte für die sexuelle und reproduktive Gesundheit wären unter anderem Mikrobizide, neue Methoden, deren Anwendung die Frauen selbst kontrollieren, und Verhütungsmittel für Männer. Verbesserte landwirtschaftliche Sorten und bessere Anbausysteme können die Nahrungsmittelproduktivität im Regenfeldbau erhöhen. Genaue Umweltbeobachtung und Umweltprognosen können dazu beitragen, dass vorrangig Maßnahmen ergriffen werden, mit denen der größte positive Effekt erzielt wird. Man könnte eine Fülle weiterer Beispiele nennen.

Um diese vordringlichsten Probleme im Wissenschaftsbereich angehen zu können, muss die direkte öffentliche Forschungsfinanzierung erhöht werden. Nach vorläufigen Schätzungen wird bis zum Jahr 2015 jährlich ein Betrag von mindestens 7 Milliarden Dollar erforderlich sein, wovon vielleicht 4 Milliarden der öffentlichen Gesundheit zufließen würden. Eine weitere Milliarde Dollar würde in die Landwirtschaft und die bessere Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen fließen, indem das derzeitige Budget der Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR) nahezu verdreifacht wird. Etwa eine weitere Milliarde Dollar würde für die Verbesserung von Energietechnologien eingesetzt werden. Schließlich wird wohl eine weitere Milliarde Dollar benötigt, um ein besseres Verständnis der jahreszeitlichen, von Jahr zu Jahr stattfindenden und langfristigen Klimaänderungen zu gewinnen.

Vielen Ländern, die heute als zu arm oder als zu weit im Rückstand angesehen werden, könnte es noch gelingen, die Ziele zu erreichen

Eine internationale Strategie zur Milderung der Klimaänderung

Die Klimaänderung ist ein Problem, dem für die Entwicklung große Bedeutung zukommt und das umgehend angegangen werden muss. Wenn die Erderwärmung nicht verlangsamt wird, ist damit zu rechnen, dass Dürren und Überschwemmungen zunehmen, vektorübertragene Krankheiten sich ausbreiten und viele Ökosysteme, wie Mangroven und Korallenriffe, schweren Belastungen ausgesetzt sein werden. Kurz gesagt, besteht die Gefahr, dass die bei der Bekämpfung von Krankheit, Hunger, Armut und Umweltzerstörung erzielten Fortschritte durch die Klimaänderung zunichte gemacht werden.

Es genügt nicht, ein besseres wissenschaftliches Verständnis des Klimawandels zu gewinnen und Anpassungsstrategien auf nationaler Ebene zu beschließen; die Welt muss die Klimaänderung darüber hinaus abmildern, indem die Treibhausgasemissionen stabilisiert werden, die Kohlenstoffsequestrierung gefördert wird und die Länder bei der Anpassung an die Auswirkungen der Klimaänderung unterstützt werden. Zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre in naher Zukunft müssen zusätzliche Maßnahmen durchgeführt werden. Wie in Johannesburg vereinbart, muss die Hauptverantwortung für die Milderung der Klimaänderung und anderer nicht nachhaltiger Produktions- und Konsummuster, wie der Überfischung der weltweiten Fischbestände, bei den Ländern liegen, die diese Probleme verursachen. Dabei handelt es sich um die Länder mit hohem Einkommen und um einige rasch wachsende Länder mit mittlerem Einkommen.

Im Jahr 2005 beginnen und eine Dekade hoher Ambitionen einleiten

Noch ist es möglich, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen – aber die Zeit wird knapp. Mit einem systematischen Ansatz und einem zehnjährigen Horizont könnte es vielen Ländern, die heute als zu arm oder als zu weit im Rückstand angesehen werden, noch gelingen, die Ziele zu erreichen. Das VN-Millenniums-Projekt befürwortet nachdrücklich die Einführung eines längeren Zeithorizonts in die internationale Entwicklungspolitik, um die kurzfristigen Schwierigkeiten durch größerflächige Ansätze zur Deckung der Grundbedürfnisse zu überwinden. Die Notwendigkeit längerer Zeithorizonte sollte jedoch nicht mit der Notwendigkeit umgehender Maßnahmen verwechselt werden und sollte auch nicht die Aufmerksamkeit davon ablenken. Ohne einen kühnen Durchbruch im kommenden Jahr werden die Bemühungen einer großen Zahl von Ländern, die die Ziele noch erreichen könnten, zum Scheitern verurteilt sein.

Im Jahr 2005 gilt es, große Herausforderungen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit in der globalen Politik zu lösen. Bei der Doha-Handelsagenda muss ein Durchbruch für die Entwicklung erreicht werden. Sofortige Maßnahmen sind erforderlich, um mit der Behandlung langfristiger Umweltprobleme zu beginnen, wie der Klimaänderung und der Erschöpfung der Fischbestände.

Die Welt muss außerdem umgehend konkrete Schritte zur großflächigen Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Ziele unternehmen. Nur wenn jetzt gehandelt wird, kann eine ausreichende Zahl von Ärzten und Ingenieuren ausgebildet, die Fähigkeit zur Erbringung von Dienstleistungen gestärkt und die Infrastruktur verbessert werden, um die Ziele zu erreichen. Zur Einleitung der Dekade hoher Ambitionen bis zum Jahr 2015 empfehlen wir eine Reihe weltweiter Initiativen als Initialzündung für Fortschritte, damit rasch gehandelt wird und die Ziele nicht bloße Ambitionen bleiben. Wir empfehlen, dass der Generalsekretär bei allen diesen Initiativen die Führungsrolle übernimmt und dass die Beiträge des VN-Systems unter der verstärkten Anleitung der VN-Gruppe für Entwicklungsfragen koordiniert werden.

Schnellspurländer ermitteln

In äußerst schlecht regierten Entwicklungsländern können ambitionierte MZ-basierte Investitionsprogramme nicht großflächig zum Einsatz kommen. Die internationale Gemeinschaft hat jedoch bei vielen Ländern mit niedrigem Einkommen festgestellt, dass sie gut regiert sind und dass sie weitaus ambitioniertere Investitionsprogramme absorbieren könnten. Wir empfehlen, dass die internationale Gemeinschaft diesen gut regierten Niedrigeinkommensländern im Jahr 2005 "Schnellspur"-Status für die Erreichung der Millenniumsziele gewährt und dass die an sie geleistete Entwicklungshilfe massiv erhöht wird, damit sie MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategien umsetzen können.

Mehrere bereits festgelegte Kriterien können zur Bestimmung dieser Schnellspurländer herangezogen werden (Kasten 10). Zu diesen gehören beispielsweise Länder, die den Abschlusspunkt im Rahmen der HIPC-Initiative erreicht haben, Länder, die für Unterstützung durch die "Millennium Challenge Corporation" der USA in Betracht kommen, Länder, die dem Afrikanischen Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung (APRM) im Rahmen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas beigetreten sind, oder Länder, die bei den Gemeinsamen Bewertungen der Strategiedokumente zur

Kasten 10
MZ-Schnellspurländer ermitteln

Das VN-Millenniums-Projekt empfiehlt, dass die internationale Gemeinschaft einer beträchtlichen Zahl von Niedrigeinkommensländern, die für die großflächige Anwendung von Maßnahmen in Betracht kommen, im Jahr 2005 "Schnellspur"-Status verleiht. Mindestens vier Kriterien könnten zur Bestimmung dieser Länder herangezogen werden, wie in der Tabelle aufgeführt. Eine der ersten internationalen Bemühungen, gute Regierungsführung mit erhöhter ausländischer Unterstützung zu belohnen, war die Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) zur Verringerung ihrer Schuldenlast. Im Rahmen des HIPC-Prozesses ist die Berücksichtigungsfähigkeit eines Landes für Schuldenerleichterungen nicht nur daran geknüpft, dass es eine extrem hohe Schuldenlast aufweist, sondern auch daran, dass die Weltbank und der IWF in ihrer gemeinsamen Bewertung seiner Regierungsführung und Wirtschaftspolitik ein positives Qualitätszeug-

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 10
MZ-Schnellspurländer ermitteln
(Fortsetzung)

nis ausstellen. Den Ländern wird ein Schuldenerlass gewährt, wenn sie den "Abschlusspunkt" erreicht haben und somit "die internationale Gemeinschaft ihre befriedigenden Fortschritte bei der Umsetzung einer vernünftigen Wirtschafts- und Strukturpolitik anerkennt".

Ein zweiter Mechanismus für die Bewertung und Bestätigung guter Regierungsführung als Voraussetzung für die Auszahlung von Entwicklungshilfemitteln ist die "Millennium Challenge Corporation" (MCC) der USA. Die MCC zahlt Mittel nur an Länder aus, die die Schwellenwerte für bestimmte Indikatoren übertreffen, mit denen die Regierungsführung, die Investitionen in Gesundheit und Bildung und die Wirtschaftspolitik gemessen werden. Siebzehn Länder wurden bereits als für ambitionierte Investitionsprogramme förderungswürdig befunden. Bei weiteren 13 "Schwellen"ländern wurde bestätigt, dass sie zur Durchführung der notwendigen Reformen entschlossen sind, um die Ergebnisse ihrer Politik zu verbessern und schließlich für Unterstützung durch die MCC in Betracht zu kommen.

Ein drittes Beispiel ist der Afrikanische Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung ("African Peer Review Mechanism", APRM) im Rahmen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD). Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union treten dem APRM bei, um die Annahme von Politiken, Normen und Praktiken zu fördern, die zu politischer Stabilität, hohem Wirtschaftswachstum, nachhaltiger Entwicklung und beschleunigter subregionaler und kontinentaler Wirtschaftsintegration führen, dank des Austauschs von Erfahrungen und der Potenzierung erfolgreicher Praktiken, namentlich durch die Ermittlung der Schwachstellen und des Kapazitätsaufbaubedarfs. Ein maßgebliches Kriterium für den Beitritt zum APRM besteht darin, dass die Länder sich periodischen Evaluierungen durch ihre Partnerländer unterziehen und diese Evaluierungen erleichtern müssen, um zu gewährleisten, dass die Politiken und Praktiken der Teilnehmerstaaten mit den vereinbarten politischen, wirtschaftlichen und unternehmerischen Werten, Kodexen und Normen im Einklang stehen. Bis Mitte 2004 hatten 23 afrikanische Länder eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet, als den ersten Schritt zum Beitritt und zur Unterwerfung ihrer Politiken und Institutionen unter regelmäßige Evaluierungen durch die Partnerländer.

Ein vierter Mechanismus zur Ermittlung von Ländern, die für die Schnellspur zur Erreichung der Millenniumsziele in Betracht kommen, ist der Prozess der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Papers, PRSPs). Die Weltbank und der IWF führen Gemeinsame Expertenbewertungen der Strategiedokumente durch und haben mehreren Niedrigeinkommensländern großes Lob ausgesprochen. So wurde in Bezug auf Mali erklärt: "[Malis] Strategiedokument zur Armutsbekämpfung stellt einen glaubwürdigen Rahmen für die Armutsbekämpfungspolitik dar, mit dem die verschiedenen armutsbezogenen Programme des Landes erstmals in einem soliden makroökonomischen Rahmen zusammengefasst werden." Weitere Länder, die in jüngster Zeit für ihre guten Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung gelobt wurden, waren unter anderem Äthiopien, Burkina Faso, Ghana, Jemen und Mauretanien. Darüber hinaus veröffentlichte die Weltbank vor kurzem eine Studie, in der argumentiert wurde, dass die Entwicklungsländer bereit sind, zusätzliche 30 Milliarden Dollar an Auslandshilfe zu absorbieren. Dabei wurde eine Stichprobe von 18 Ländern ausgewählt, die in letzter Zeit "ihre Politik signifikant verbessert … Hilfe produktiv genutzt … und weiterhin beträchtliche ungedeckte Entwicklungsbedürfnisse" haben. Die Studie kam zu dem Schluss, dass in allen 18 Ländern ein erheblich höheres Hilfevolumen wirksam eingesetzt werden könnte.

(Fortsetzung nächste Seite)

Kasten 10

MZ-Schnellspurländer ermitteln

(Fortsetzung)

* Land mit niedrigem Einkommen

a. *Quelle*: www.nepad.org, 20. Dezember 2004

b. *Quelle*: www.worldbank.org, 20. Dezember 2004

c. *Quelle*: www.mca.org, 20. Dezember 2004

d. *Quelle*: World Bank 2003.

Mögliche Kandidaten für die Schnellspur zur Erreichung der Millenniumsziele

	Bewertungsmechanismus für die Regierungsführung					
Land	Afrikanischer Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung (APRM)[a]	HIPC-Abschluss-punkt[b]	Millennium Challenge Corporation (erfüllt Kriterien)[c]	Millennium Challenge Corporation (Schwellen-land)[c]	Strategie-dokument zur Armuts-bekämpfung[b]	Weltbank-Studie der Absorptions-fähigkeit[d]
Albanien				×	×	×
Ägypten	×					
Algerien	×					
Angola*	×					
Armenien			×		×	
Aserbaidschan					×	
Äthiopien*	×	×			×	×
Bangladesch*						×
Benin*	×	×	×		×	×
Bhutan*					×	
Bolivien		×	×		×	×
Bosnien und Herzegowina					×	
Burkina Faso*	×	×		×	×	×
Dschibuti					×	
Gabun	×					
Gambia*					×	
Georgien			×		×	
Ghana*	×	×	×		×	
Guinea*					×	
Guyana		×		×	×	
Honduras			×		×	×
Indien*						×
Indonesien						×
Jemen*				×	×	
Kambodscha*					×	
Kamerun*	×				×	
Kap Verde			×			
Kenia*	×			×		
Kirgisistan*					×	×
Kongo, Republik*	×					
Laotische Volks-demokratische Rep.*					×	
Lesotho*	×		×			
Madagaskar*		×	×		×	×
Malawi*	×			×	×	
Mali*	×	×	×		×	×
Marokko			×			
Mauretanien*		×			×	×
Mauritius	×					
Mongolei*			×		×	
Mosambik*	×	×	×		×	×
Nepal*					×	
Nicaragua *		×	×		×	
Niger*		×			×	
Nigeria*	×					
Pakistan*					×	×
Paraguay				×		
Philippinen				×		
Republik Moldau*					×	
Ruanda*	×				×	
Sambia*				×	×	
São Tomé und Príncipe*				×		
Senegal*	×	×	×		×	
Serbien und Montenegro					×	
Sierra Leone*	×					
Sri Lanka			×		×	
Südafrika	×					
Tadschikistan*					×	
Tansania*	×	×		×	×	×
Timor-Leste*				×		
Tschad*					×	
Uganda*	×	×		×	×	×
Vanuatu			×			
Vietnam*					×	×

2005 sollte weltweit eine umfangreiche Ausbildungsoffensive eingeleitet werden, um die kurzfristig bestehenden Qualifikationsengpässe für die großflächige Umsetzung zu überwinden

Armutsbekämpfung durch die Experten der Weltbank und des IWF positiv beurteilt wurden. Anhand dieser und anderer leistungsbezogener Kriterien werden sich mindestens zwei Dutzend Niedrigeinkommensländer ermitteln lassen, die in Bezug auf ihre Regierungsführung einen Standard erreicht haben, der ausreicht, um sie ab 2005 auf die Schnellspur für den großflächigen Einsatz von MZ-basierten Investitionen zu bringen.

Bei diesen MZ-Schnellspurländern wird das Engagement der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Geberländer, zur Erreichung der Ziele am deutlichsten auf die Probe gestellt werden. Wenn die Geber nicht die Unterstützung gewähren können, die diese Länder zur Erreichung der Ziele benötigen, wird das ganze Unternehmen in Frage gestellt. Darüber hinaus muss das System für die internationale Entwicklungshilfe seine Anreize für schlechter regierte Länder konsolidieren und zeigen, dass gute Ergebnisse tatsächlich durch finanzielle Unterstützung im Einklang mit den Zielen belohnt werden.

MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategien ausarbeiten

Zusätzlich zur Unterstützung der Schnellspurländer empfehlen wir, dass jedes interessierte Entwicklungsland vor Ende 2005 eine Millenniumsziel-Bedarfsermittlung durchführt und eine MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategie ausarbeitet. Wir empfehlen außerdem, dass der Generalsekretär jedes residierende VN-Landesteam auffordert, bei diesem Prozess behilflich zu sein. Das Ergebnis wird in der Mehrzahl der Fälle eine überarbeitete Fassung einer bestehenden nationalen Strategie sein, gegebenenfalls auch des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (PRSP). Dazu sollten eine Strategie zur Erhöhung der Investitionen auf der Ebene der Dörfer, Gemeinden und Städte, ein Finanzierungsszenario und eine Regierungsführungsstrategie gehören, um die möglichst korruptionsfreie Umsetzung des Programms ausgehend von den grundlegenen Prinzipien der Menschenrechte zu gewährleisten.

Der Gaststaat sollte die Führung und Eigenverantwortung für die Konzeption der Millenniumsziel-Strategie übernehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft, bilaterale Geber, die Sonderorganisationen, Programme und Fonds der VN sowie die internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich des IWF, der Weltbank und der jeweiligen regionalen Entwicklungsbank, in den Prozess einbeziehen. Die Beiträge der Sonderorganisationen, Programme und Fonds der VN sollten durch das VN-Landesteam koordiniert werden, und das VN-Landesteam sollte eng mit den internationalen Finanzinstitutionen zusammenarbeiten. Auf Amtssitzebene sollten die Aktivitäten aller Organisationen, Programme und Fonds der VN von der VN-Gruppe für Entwicklungsfragen koordiniert werden, wobei dem Administrator des UNDP nach wie vor eine besondere Koordinierungsrolle zukommt.

In vielen Ländern mit niedrigem Einkommen werden die einheimischen Ressourcen allein nicht ausreichen, um die Ziele zu erreichen

Eine weltweite Ausbildungsoffensive im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele in die Wege leiten

Parallel zur Ausarbeitung nationaler Strategien sollte 2005 weltweit eine umfangreiche Ausbildungsoffensive eingeleitet werden, um die kurzfristig bestehenden Qualifikationsengpässe für die großflächige Umsetzung zu überwinden. Die internationalen Organisationen und die bilateralen Geber sollten mit den Niedrigeinkommensländern zusammenarbeiten, um gut durchdachte Strategien und Schulungsmaterialien zur Verwendung in den Dörfern und Städten auszuarbeiten. Für diese Initiative sind globale Vorreiter gefragt, die Zielvorgaben festlegen und Mittelzusagen bekräftigen, um vorrangig folgende Fachkräfte auszubilden:

- In den Dörfern ansässige Spezialisten für Gesundheit, Bodennährstoffe, Bewässerung, Landgewinnung, Trinkwasser, Sanitärentsorgung, Stromversorgung, Fahrzeugreparaturen, Straßeninstandhaltung und Waldbewirtschaftung;
- Experten für Investitionsplanung, Budgetierung, computergestützte Informationssysteme, Armutskartierung und sektorale Bedarfsermittlungen;
- Lehrer, Ärzte und andere qualifizierte Dienstleistungserbringer im Bildungs- und Gesundheitswesen;
- Experten für Stadtplanung sowie städtische Infrastrukturen und Dienstleistungen (Stromversorgung, Verkehr, Wasser, Abfallbehandlung und Flächennutzungsplanung für Betriebsansiedlungen) sowie Gemeindeentwicklungshelfer zur Förderung der Mitwirkung der einheimischen Bevölkerung, der Geschlechtergleichheit und der Rechte von Minderheiten.

Die besondere Betonung der kurzfristigen Ausbildung junger Arbeitskräfte, wo dies angezeigt ist, wird mit dem zusätzlichen Vorteil verbunden sein, junge Menschen in den regulären Arbeitsmarkt einzugliedern. Auf diese Weise wird außerdem die Schaffung eines Grundstocks an Qualifikationen unterstützt, der zu den längerfristigen Entwicklungsprozessen beitragen wird.

Initiativen mit schnellen Entwicklungserfolgen einleiten

Wir haben bereits festgestellt, dass Chancen auf baldige Durchbrüche in vielen Bereichen bestehen: Schulbesuch, Eindämmung der Malaria, Schulmahlzeiten und Bodennährstoffe, um nur einige zu nennen. Jeder dieser Bereiche sollte gefördert werden, und es sollten klare und ambitionierte Zielvorgaben mit einem dreijährigen Horizont festgelegt werden. Beispielsweise wäre es sicher möglich, bis Ende 2007 jedem afrikanischen Kind in einem Gebiet, in dem Malaria endemisch ist, kostenlos ein Antimalaria-Moskitonetz zur Verfügung zu stellen. Oder es könnte bis Ende 2007 jedem Subsistenzbauern die Möglichkeit gegeben werden, durch den Einsatz von Düngemitteln, durch Agroforstwirtschaft oder durch vergleichbare Verfahren fehlende Bodennährstoffe

zu ersetzen. Wir haben eine große Zahl weiterer möglicher Maßnahmen mit schnellen Entwicklungserfolgen ermittelt. Die zuständigen VN-Organisationen sollten gemeinsam mit den bilateralen Organisationen und den Bretton-Woods-Institutionen die Gelegenheit nutzen und diese Initiativen im Jahr 2005 in die Wege leiten.

Die Länder mit mittlerem Einkommen in die Anstrengungen zur Erreichung der Ziele einbinden

Die Länder mit mittlerem Einkommen sind gefordert, den Prozess der Beseitigung der extremen Armut im eigenen Land abzuschließen und gleichzeitig in die Reihen der Geberländer einzutreten. In den meisten großen Ländern mit mittlerem Einkommen bestehen Armutsinseln, die es zu beseitigen gilt. Zuschüsse zur Milderung der hohen Schuldenbelastung hochverschuldeter Länder mit mittlerem Einkommen können diesen Prozess unterstützen.

Einige der wichtigsten Länder mit mittlerem Einkommen – wie Brasilien, China, Malaysia, Mexiko und Südafrika – verfügen darüber hinaus auch über Fachkenntnisse, die für die ärmeren Länder von unmittelbarem Nutzen sein können. China könnte beispielsweise helfen, in den kommenden Jahren die stetige Versorgung Afrikas mit Malariamedikamenten, die auf dem Wirkstoff Artemisinin beruhen, sicherzustellen. Auch beim Ausbau der Verkehrs- oder sonstigen Infrastrukur könnte China anderen Ländern behilflich sein. Brasilien kann zur Entwicklung im portugiesischsprachigen Afrika beitragen, unter anderem durch die Ausbildung portugiesischsprachiger Fachkräfte. Malaysia kann bei der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit bei arbeitsintensiven Ausfuhren des verarbeitenden Gewerbes und bei der Stärkung von Mechanismen der Wissenschaftsberatung behilflich sein. Südafrika hat in jüngster Zeit einzigartige Erfahrungen mit der raschen großflächigen Umsetzung von Infrastrukturdienstleistungen auf dem Gebiet der Wasser- und Stromversorgung in ländlichen Gebieten gewonnen. Es könnte anderen Ländern in Afrika bei der Ausarbeitung ambitionierter Investitionspläne behilflich sein. Zahlreiche weitere Beispiele für die enormen Chancen, die die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern eröffnet, lassen sich nennen; diese Chancen sollten 2005 genutzt werden.

4 Kosten und Nutzen der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Im Einklang mit dem Konsens von Monterrey werden die Entwicklungsländer verstärkt einheimische Ressourcen zur Finanzierung von MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien mobilisieren müssen, indem sie so weit wie möglich Staatseinnahmen, Beiträge der Haushalte und Investitionen des Privatsektors heranziehen. In vielen Ländern mit niedrigem Einkommen und nahezu allen am wenigsten entwickelten Ländern werden einheimische Ressourcen allein nicht ausreichen, um die Ziele zu erreichen.

Erweiterung des Finanzrahmens zur Erreichung der Millenniumsziele

Die Kernfragen lauten: Was wird es kosten, die Ziele zu erreichen? Welcher Anteil an den Gesamtkosten kann durch erhöhte einheimische Ressourcen gedeckt werden, und was muss von Gebern zur Verfügung gestellt werden? Da es eine allgemein gültige Lösung für die Erreichung der Ziele nicht gibt, lassen sich die Fragen nur über eine detaillierte Bedarfsermittlung beantworten, die auf einzelstaatlicher Ebene durchgeführt werden muss. In einem ersten Anlauf arbeitete das VN-Millenniums-Projekt mit lokalen Forschungsorganisationen bei der Erstellung von Millenniumsziel-Bedarfsermittlungen für fünf Länder zusammen, um deren Bedarf an Infrastruktur, Humanressourcen und Kapital zu quantifizieren. Für Ghana belaufen sich die jährlich notwendigen öffentlichen Investitionen zur Erreichung der Ziele im Jahr 2006 auf 80 Dollar pro Kopf und steigen 2015 auf 124 Dollar an (Tabelle 6). Für andere Niedrigeinkommensländer durchgeführte Bedarfsermittlungen lassen einen ähnlichen Investitionsbedarf erkennen. Dabei ist zu beachten, dass in diesem Betrag weder die technische Zusammenarbeit für den Kapazitätsaufbau und andere Zwecke noch Katastrophenhilfe oder sonstige öffentliche Entwicklungshilfe enthalten ist, die nicht unmittelbar zur Finanzierung der Kapital- bzw. Betriebskosten von Millenniumsziel-Interventionen dient.

Zur Finanzierung dieser Investitionen gehen wir von einer wesentlich höheren Mobilisierung einheimischer Ressourcen aus, die sich aus der Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die Ziele um bis zu vier Prozentpunkte des BIP bis Ende 2015 ergibt. Diese zusätzlichen Mittel werden voraussichtlich über eine auf breiter Grundlage beruhende Einnahmenquelle wie etwa eine Mehrwertsteuer sowie durch die Umlenkung laufender Ausgaben mit niedriger Priorität in hochprioritäre Millenniumsziel-Investitionen aufgebracht werden müssen. Obgleich dieser Anstieg der einheimischen Ressourcen einen sehr hohen prozentualen Anteil des Inlandseinkommens ausmacht, reicht er zur Erreichung der Ziele in armen Ländern dennoch nicht aus. Dafür ist erhöhte öffentliche Entwicklungshilfe erforderlich.

Unsere Ergebnisse legen nahe, dass in einem Niedrigeinkommensland mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 300 Dollar im Jahr 2005 externe Mittel zur Finanzierung öffentlicher Interventionen in einer Größenordnung von 10 bis 20 Prozent des BSP notwendig sein werden. Für diese Länder werden die Kosten zur Erreichung der Ziele jeweils etwa zur Hälfte aus einheimischen Finanzmitteln und öffentlicher Entwicklungshilfe gedeckt werden müssen. Länder mit mittlerem Einkommen werden indessen nahezu alle Millenniumsziel-Investitionen ohne Fremdmittel finanzieren können, sofern sie nicht eine überhöhte Schuldenlast daran hindert. In manchen Fällen wird das Erfordernis, im Staatshaushalt einen Primärüberschuss auszuweisen, geändert werden müssen, damit Länder höhere öffentliche Investitionen zu Gunsten der Millenniumsziele vornehmen können. Öffentliche Entwicklungshilfe

Tabelle 6

Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele in Ghana

US$ pro Kopf
(zu Preisen von 2003)

— Keine Daten verfügbar.
n.a. Nicht anwendbar.
ODA Öffentliche Entwicklungshilfe.

Anmerkung: Durch Rundungsdifferenzen sind Abweichungen der Summe der Einzelwerte vom jeweiligen Gesamtwert möglich.

a. Für noch nicht in der Bedarfsermittlung erfasste MZ-Interventionen (wie große Infrastrukturprojekte, höhere Bildung, ökologische Nachhaltigkeit).

b. Nach der in Tabelle 5 beschriebenen Methode errechnet.

Quelle: OECD 2004 sowie Berechnungen der Autoren in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialstatistik und Wirtschaftsforschung in Ghana.

	Schätzwert für 2002	Projektion für 2006	Projektion für 2010	Projektion für 2015	Durchschnitt 2006-15
MZ-Investitionsbedarf					
Hunger	n.a.	3	5	12	6
Bildung	n.a.	17	19	22	20
Geschlechtergleichheit	n.a.	2	3	3	3
Gesundheit	n.a.	18	24	34	25
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	n.a.	6	7	10	7
Verbesserung der Lebensbedingungen von Slumbewohnern	n.a.	2	2	3	2
Energie	n.a.	13	15	18	15
Straßen	n.a.	11	10	10	10
Sonstiges[a]	n.a.	8	9	13	10
Ingesamt	**n.a.**	**80**	**94**	**124**	**99**
Finanzierungsquelle					
Beiträge der Haushalte	—	9	11	15	11
Staatsausgaben	14	19	27	39	29
Insgesamt	**—**	**28**	**38**	**54**	**40**
MZ-Finanzierungslücke	n.a.	52	57	70	59
ODA für direkte MZ-Unterstützung (2002)[b]	16	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
ODA-Fehlbetrag für direkte MZ-Unterstützung im Vergleich zu 2002	n.a.	36	41	54	43

bescheideneren Umfangs könnte notwendig sein, um Ländern mit mittlerem Einkommen dabei zu helfen, besonders hartnäckige Armutsinseln zu beseitigen.

Nach unseren Schätzungen betrügen die Gesamtkosten für die Schließung der Millenniumsziel-Finanzierungslücken für alle Niedrigeinkommensländer im Jahr 2006 73 Milliarden Dollar und würden bis 2015 auf 135 Milliarden Dollar ansteigen (Tabelle 7). Länder mit mittlerem Einkommen werden Projektionen zufolge 10 Milliarden Dollar an direkter Unterstützung für Millenniumsziel-Investitionen benötigen. Zusätzlich zu diesen direkten Kosten der MZ-basierten Investitionen fallen auf nationaler und internationaler Ebene zusätzliche Kosten an – Ausgaben bilateraler und multilateraler Organisationen für den Kapazitätsaufbau, Aufwendungen für Wissenschaft und Technologie, höhere Schuldenerleichterung und Sonstiges. Insgesamt kommen wir zu dem Ergebnis, dass sich die Kosten der Erreichung der Millenniumsziele in allen Ländern im Jahr 2006 in der Größenordnung von 121 Milliarden Dollar bewegen und unter Berücksichtigung einer erhöhten einzelstaatlichen Kofinanzierung bis 2015 auf 189 Milliarden Dollar ansteigen werden. Unsere Ergebnisse zeigen, dass mehrere Länder schon vor 2015 keine Hilfe zur Finanzierung von Investitionen in die Millenniumsziele mehr benötigen werden (Karte 8).

Tabelle 7

Geschätzte Kosten der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in allen Ländern

Milliarden US$ (zu Preisen von 2003)

— Keine Daten verfügbar.
ODA Öffentliche Entwicklungshilfe.

Anmerkung: Durch Rundungsdifferenzen sind Abweichungen der Summe der Einzelwerte vom jeweiligen Gesamtwert möglich.

Quelle: Daten für 2002 stützen sich auf OECD-DAC 2004. Projektionen für 2006-2015 sind Berechnungen der Autoren.

Kategorie	ODA-Schätzwert für 2002	Projektion für 2006	Projektion für 2010	Projektion für 2015
MZ-Unterstützungsbedarf in Ländern mit niedrigem Einkommen				
MZ-Finanzierungslücke	12	73	89	135
Kapazitätsaufbau zur Erreichung der MZ	5	7	7	7
Zuschussleistungen bei hoher Schuldenlast	—	7	6	1
Schuldenerleichterung	4	6	6	6
Tilgung konzessionärer Darlehen	– 5	0	0	0
Zwischensumme	**15**	**94**	**108**	**149**
MZ-Unterstützungsbedarf in Ländern mit mittlerem Einkommen				
Direktunterstützung an Regierungen	4	10	10	10
MZ-Kapazitätsaufbau	5	5	5	5
Tilgung konzessionärer Darlehen	– 6	– 3	– 4	– 6
Zwischensumme	**3**	**12**	**11**	**9**
MZ-Unterstützungsbedarf auf internationaler Ebene				
Regionale Zusammenarbeit und Infrastruktur	2	3	7	11
Finanzmittel für globale Forschung	1	5	7	7
Umsetzung der Rio-Übereinkünfte	1	2	3	5
Technische Zusammenarbeit durch internationale Organisationen	5	5	7	8
Zwischensumme	**10**	**15**	**23**	**31**
Geschätzte Kosten der Erreichung der MZ in allen Ländern	**28**	**121**	**143**	**189**

In Tabelle 8 gelangen wir durch drei Änderungen der Tabelle 7 zu einem plausiblen Schätzwert für die mit der Erreichung der Millenniumsziele verbundenen Gesamtströme an öffentlicher Entwicklungshilfe. Erstens sind wir uns bewusst, dass über die MZ-basierte öffentliche Entwicklungshilfe hinaus auch weiterhin andere Formen der öffentlichen Entwicklungshilfe notwendig sein werden. Zweitens erkennen wir an, dass ein Teil des mit den Zielen verbundenen Bedarfs durch die Neuprogrammierung vorhandener Hilfsgelder und nicht durch die Erhöhung derselben gedeckt werden wird. Drittens ist es uns klar, dass einige Länder wegen ihrer schlechten Regierungsführung nicht für höhere Hilfsleistungen in Betracht kommen werden. Nach diesen drei Korrekturen gelangen wir zu der Auffassung, dass für die gesamte zur Erreichung der Ziele erforderliche öffentliche Entwicklungshilfe im kommenden Jahrzehnt im Jahr 2006 ein Betrag von 135 Milliarden Dollar, der im Jahr 2015 auf 195 Milliarden Dollar ansteigt, plausibel wäre. Diese Zahlen entsprechen 0,44 Prozent beziehungsweise 0,54 Prozent des BSP der Geber.

Aus diesen Schätzungen lässt sich schließen, dass die Geber sich darauf einstellen sollten, 2006-2015 den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe an ihrem BSP gegenüber heute zu verdoppeln. Das heißt, der Anteil der öffentli-

chen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der Geber sollte bei 0,5 Prozent des BSP oder darüber liegen, annähernd das Doppelte des gegenwärtigen Wertes. Da unsere Berechnungen bestimmte größere Kategorien außer Acht lassen, in denen in Zukunft voraussichtlich Hilfsbedarf entstehen wird – große Infrastrukturprojekte, höhere Ausgaben für Anpassungen an Klimaänderungen, Wiederaufbau in der Konfliktfolgezeit und andere im Brennpunkt stehende geopolitische Prioritäten –, meinen wir, dass sich die Geber verpflichten sollten, die seit langem bestehende Zielvorgabe von 0,7 Prozent des BSP bis 2015 zu erreichen. Rund drei Viertel davon werden den Millenniumszielen und der Rest sonstigen Bereichen zufließen, in denen öffentliche Entwicklungshilfe benötigt wird.

Eine erhebliche Erhöhung der Hilfe alleine reicht natürlich nicht aus, doch ist sie notwendig, wenn die Länder die Ziele erreichen wollen. Genauso wie die Entwicklungsländer ihre Verpflichtungen im Hinblick auf bessere Regierungsführung einzuhalten haben, müssen auch die reichen Länder die in Monterrey eingegangene Verpflichtung erfüllen und "konkrete Anstrengungen zur Erreichung des Zielwerts von 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts als öffentliche Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer" unternehmen. Zur Erreichung der Millenniumsziele müssen sich die Geber glaubhaft und langfristig auf

Karte 8
Finanzierungslücke bei den Millenniums-Entwicklungszielen (2015)
Prozent des BIP

Quelle: Berechnungen der Autoren

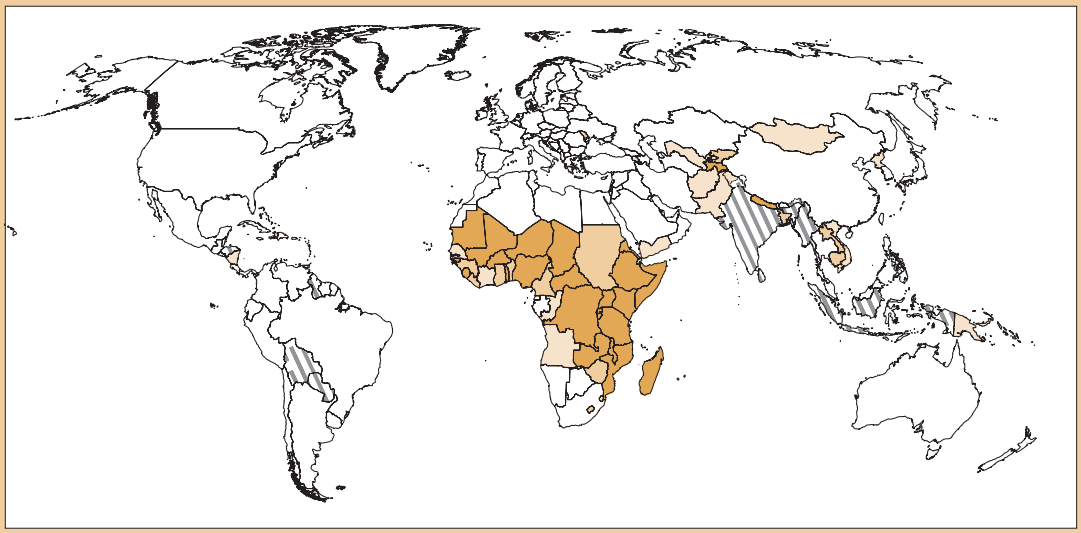


Tabelle 8

Plausibler Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Milliarden US$ (zu Preisen von 2003)

	ODA-Schätzwert für 2002	Projektion für 2006	Projektion für 2010	Projektion für 2015
ODA-Ausgangsbasis für die MZ 2002	28	28	28	28
Zunehmender MZ-Investitionsbedarf	n.a.	94	115	161
Anpassung für wegen schlechter Regierungsführung disqualifizierte Länder	n.a.	– 21	– 23	– 25
Neuprogrammierung laufender ODA	n.a.	– 6	– 7	– 9
Katastrophen- und Nothilfe	4	4	5	6
Sonstige ODA[a]	34	36	34	35
Indikativer ODA-Bedarf zur MZ-Erreichung, insgesamt[b]	**65**	**135**	**152**	**195**
Anteil am BNE der OECD-DAC-Länder (in Prozent)	**0,23**	**0,44**	**0,46**	**0,54**
ODA an am wenigsten entwickelte Länder (% BNE der OECD-DAC-Länder)	0,06	0,12	0,15	0,22
Erforderliche absolute Steigerung der ODA (im Vergleich zu 2002)	n.a.	70	87	130
Differenz zwischen ODA-Gesamtbedarf und bestehenden Zusagen	**n.a.**	**48**	**50**	**74**

n.a. Nicht anwendbar.
ODA Öffentliche Entwicklungshilfe.

Anmerkung: Durch Rundungsdifferenzen sind Abweichungen der Summe der Einzelwerte vom jeweiligen Gesamtwert möglich.

a. Umfasst Hilfe, die nicht direkt zu den Zielen beiträgt, und Betriebsausgaben der Geberorganisationen.

b. Umfasst nicht den Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe in mehreren wichtigen Bereichen, wie etwa die Reaktion auf Krisen von geopolitischer Bedeutung (wie Afghanistan oder Irak), Milderung der Auswirkungen der Klimaänderung, Schutz der biologischen Vielfalt und Erhaltung der weltweiten Fischbestände usw.

Quelle: Daten für 2002 stützen sich auf OECD-DAC 2004. Projektionen für 2006-2015 sind Berechnungen der Autoren.

erheblich höhere öffentliche Entwicklungshilfeleistungen verpflichten, wobei der Zugang zu den höheren Finanzmitteln an die Qualität der MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategien und an glaubhafte Verpflichtungen der Länder auf die notwendigen Reformen gebunden ist.

Fünf Länder mit hohem Einkommen haben das internationale 0,7-Prozent-Ziel bereits erreicht, und sechs weitere haben sich auf konkrete Zeitpläne zur Erreichung dieses Wertes verpflichtet (Kasten 11). Doch selbst wenn alle bisher eingegangenen Verpflichtungen im Laufe der nächsten fünf Jahre erfüllt würden, bestünde weltweit nach wie vor ein erhebliches Finanzierungsdefizit. In mehreren Initiativen wurden innovative Finanzierungsmechanismen sondiert, mit deren Hilfe haushaltsbedingte Hürden gegen eine rasche Aufstokkung des Hilfsvolumens überwunden werden könnten. Unter diesen Initiativen betrachten wir die von der britischen Regierung angeregte Internationale Finanzierungsfazilität (IFF) als den ausgereiftesten Vorschlag zur Herbeiführung eines raschen Anstiegs der Entwicklungshilfe.

Die IFF wäre ein zeitlich begrenzter Finanzierungsmechanismus, mit dem die Entwicklungshilfe zwischen heute und 2015 mindestens verdoppelt werden soll. Durch die Emission von Schuldverschreibungen, auf der Grundlage rechtsverbindlicher langfristiger Geberverpflichtungen, würden auf den internationalen Kapitalmärkten zusätzliche Mittel mobilisiert. Die Fazilität trägt der Notwendigkeit einer raschen Aufstockung der Entwicklungshilfe

bzw. eines massiven vorgezogenen Mitteleinsatzes (Frontloading) Rechnung, ohne die Haushalte der reichen Länder übermäßigen Belastungen auszusetzen, gestattet es den Geberländern aber gleichzeitig, bis 2015 den Zielwert von 0,7 Prozent des BNE zu erreichen.

Die Vorteile: Argumente für eine Dekade hoher Ambitionen

Die Millenniums-Entwicklungsziele geben einen mit Herausforderungen verbundenen, doch realisierbaren Weg vor, wie sich die Armut, in allen ihren

Kasten 11

Das 0,7-Prozent-Ziel für die öffentliche Entwicklungshilfe und die Millenniums-Entwicklungsziele

Wenngleich das VN-Millenniums-Projekt bei seinen Schätzungen des Bedarfs an öffentlicher Entwicklungshilfe von landesspezifischen Millenniumsziel-Bedarfsermittlungen ausgeht, steht dieses Vorgehen doch im Kontext des von den entwickelten Ländern vor langer Zeit aufgestellten internationalen Ziels, 0,7 Prozent ihres Nationaleinkommens als öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. 2005 wird es 35 Jahre her sein, dass dieser Zielwert von den VN-Mitgliedstaaten erstmals in einer 1970 verabschiedeten Resolution der Generalversammlung aufgestellt wurde.

> "In Anerkennung der besonderen Wichtigkeit der Rolle, die nur von der öffentlichen Entwicklungshilfe wahrgenommen werden kann, soll ein erheblicher Teil der Kapitaltransfers in die Entwicklungsländer in Form öffentlicher Entwicklungshilfe erfolgen. Jedes wirtschaftlich fortgeschrittene Land wird seine öffentliche Entwicklungshilfe an die Entwicklungsländer schrittweise erhöhen und alle Anstrengungen unternehmen, um bis zur Mitte der Dekade einen Mindestnettobetrag von 0,7 Prozent seines Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen zu erreichen."

Diese erste Frist verstrich. Nachdem die öffentliche Entwicklungshilfe von 0,51 Prozent des Geber-BSP im Jahr 1960 auf 0,33 Prozent im Jahr 1970 gesunken war, erreichte sie 1980 0,35 Prozent. 1990 lag sie bei 0,34 Prozent und ging 2002 – im selben Jahr, in dem das 0,7-Prozent-Ziel von allen Ländern im Konsens von Monterrey bestätigt wurde – auf 0,23 Prozent zurück.

Bislang haben nur fünf Länder das 0,7-Prozent-Ziel erreicht oder überschritten: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden. In den vergangenen beiden Jahren haben sich jedoch sechs weitere Länder auf konkrete Zeitpläne zur Erreichung des Ziels vor 2015 verpflichtet: Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Spanien und das Vereinigte Königreich. Damit verfügt jetzt nahezu die Hälfte der Mitglieder des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe über einen festen Zeitplan zur Verwirklichung des 0,7-Prozent-Ziels. Das VN-Millenniums-Projekt fordert alle entwickelten Länder eindringlich auf, die Verpflichtung von Monterrey einzuhalten und "konkrete Anstrengungen zur Erreichung des Zielwerts von 0,7 Prozent" zu unternehmen. Wir fordern nachdrücklich, dass diese "konkreten Anstrengungen" einen spezifischen Zeitplan zur Erreichung der 0,7 Prozent enthalten, konkret vor 2015, dem Zieldatum für die Erreichung der Millenniumsziele.

Dem Zusammentreffen des 0,7-Prozent-Ziels und der Millenniumsziele kommt große Bedeutung zu. Wie dieser Bericht ausführt, ist unsere Generation die erste, in der die Welt die extreme Armut innerhalb des 0,7-Prozent-Rahmens halbieren kann. 1975 war die Wirtschaft der Geber weltweit nur etwa halb so groß wie heute, und zur Erreichung der Ziele wäre erheblich mehr als 1 Prozent des BSP der Geber erforderlich gewesen. Heute, nach zweieinhalb Jahrzehnten anhaltenden Wirtschaftswachstums, sind die Ziele absolut finanzierbar. Neue Versprechen sind nicht notwendig – nur die konsequente Erfüllung bereits gegebener Zusagen.

Unsere Generation ist die erste, in der die Welt die extreme Armut innerhalb des 0,7-Prozent-Rahmens um die Hälfte reduzieren kann

Erscheinungsformen, mit ungeheuren Vorteilen für die ganze Welt drastisch vermindern lässt. Wie wir eingangs feststellten, werden bei einer Verwirklichung der Ziele mehr als 500 Millionen Menschen aus der Armut befreit und Millionen von Menschenleben gerettet werden, wobei die Verbesserungen zum Großteil in Afrika eintreten werden. Werden die Ziele erreicht, so werden Millionen Kinder eine Chance erhalten, die Grundschule zu besuchen. Andere Vorteile werden in den in Tabelle 9 wiedergegebenen einfachen Hochrechnungen beziffert. Nicht in dieser Tabelle erfasst sind die durch die Ziele bewirkte Abnahme der Umweltschädigung oder die Hunderte Millionen mehr Frauen und Mädchen, die ihr Leben in Freiheit, in größerer Sicherheit und mit mehr Chancen führen werden, wenn die Ziele erreicht werden. Hinter allen diesen Errungenschaften stehen das Leben und die Hoffnungen von Menschen, die eine neue Chance erhalten, sich von der erdrückenden Last der Armut zu befreien.

Die Millenniums-Entwicklungsziele sind jedoch nur eine Zwischenstation auf dem Weg zur Beseitigung der absoluten Armut. Selbst wenn die Ziele in jedem Land erreicht werden, bleibt die extreme Armut doch noch als großes Problem bestehen, das ständiger Aufmerksamkeit bedarf. Durch die Erhöhung hochwertiger Entwicklungshilfe werden zwar viele Länder ihren Bedarf an massiver externer Haushaltsunterstützung überwinden können, doch werden die ärmsten Länder auch weiterhin fortlaufende Unterstützung in Höhe von 10 bis 20 Prozent ihres BIP benötigen, bis auch sie irgendwann nach 2015 – voraussichtlich 2025 (Karte 8) – keine Hilfe von außen mehr benötigen. Bis dahin, und damit Entwicklungshilfe schließlich überflüssig wird, ist fortgesetzte Hilfe von entscheidender Bedeutung. Deswegen werden die Länder mit hohem Einkommen die Gewährung von Unterstützung in Höhe von annähernd 0,7 Prozent ihres BNE auch einige Zeit über 2015 hinaus aufrechterhalten müssen (Tabelle 10). Bis 2015 kann die extreme Armut halbiert werden. Bis 2025 kann die extreme Armut im Wesentlichen beseitigt sein.

Die in den Millenniumszielen enthaltenen greifbaren Vorgaben führen uns die offenkundigsten Kosten an Menschenleben und an vertanen Chancen vor Augen, die ein Untätigbleiben nach sich zöge. Sie stellen darüber hinaus ein Kernstück der Sicherheitsagenda der Welt dar. Wie die Hochrangige Gruppe des Generalsekretärs für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel und viele andere Beobachter festgestellt haben, sind menschliche Entwicklung und Umweltmanagement sowie Frieden und Sicherheit auf vielfältigste Art und Weise miteinander verknüpft. Nur wenn in den kommenden Jahrzehnten die Armut vermindert und das Umweltmanagement verbessert wird, lässt sich eine Zunahme der Konflikte und der Zahl scheiternder Staaten vermeiden. Wenn die Ziele nicht erreicht werden, werden Millionen Menschen sterben, die sonst am Leben geblieben wären. Sonst stabile Länder werden in Konflikte abgleiten. Die Umweltzerstörung wird weitergehen. Die Risiken wie auch die Vorteile werden die gesamte Welt betreffen, sodass echte internationale Führung und

Tabelle 9

Die Vorteile der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, nach Region

* Region auf Kurs zur Erfüllung der MZ-Zielvorgabe.

Anmerkung: Durch Rundungsdifferenzen sind Abweichungen der Summe der Einzelwerte vom jeweiligen Gesamtwert möglich.

Quelle: Daten über die Zahl der Armen aus Chen und Ravallion 2004. Daten über BIP pro Kopf und Kindersterblichkeit aus World Bank 2004d. Daten über Unterernährung aus FAO 2003. Daten über Müttersterblichkeit aus WHO/UNICEF 1996 und WHO/UNICEF/UNFPA 2003. Daten über Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aus WHO/UNICEF 2004. Daten über HIV/Aids aus Stover et al. 2002. Daten über Slumbewohner aus United Nations Population Division 2001, 2003 und UN-HABITAT 2003. Alle Bevölkerungsprojektionen aus United Nations Population Division 2003.

Zahl der Armen (Millionen Menschen)

Region	Schätzwert 2005	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2015	MZ-Szenario für 2015
Afrika südlich der Sahara	345	431	198
Lateinamerika und Karibik	128	123	90
Naher Osten und Nordafrika	8	9	4
Ostasien und Pazifik*	182	0	0
Osteuropa und Zentralasien	92	88	49
Südasien*	407	317	317
Insgesamt	1.162	968	658

BIP pro Kopf (US-Dollar zu Preisen von 2003)

Region	Schätzwert 2005	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2015	MZ-Szenario für 2015
Afrika südlich der Sahara	520	509	712
Europa und Zentralasien	2.980	3.827	4.084
Lateinamerika und Karibik	3.724	4.104	5.102
Naher Osten und Nordafrika	2.447	2.727	3.352
Ostasien und Pazifik*	1.313	2.139	2.139
Südasien*	602	980	980

An Unterernährung leidende Menschen (Millionen)

Region	Schätzwert 2005	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2015	MZ-Szenario für 2015
Afrika südlich der Sahara	228	255	155
Europa und Zentralasien	52	61	20
Lateinamerika und Karibik	49	38	38
Naher Osten und Nordafrika	32	46	14
Ostasien und Pazifik*	162	65	65
Südasien	301	285	228
Insgesamt	824	749	520

Kindersterblichkeit (Millionen verlorener Menschenleben)

Region	Schätzwert 2005	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2015	MZ-Szenario für 2015
Afrika südlich der Sahara	4,7	4,7	1,9
Europa und Zentralasien	0,2	0,1	0,1
Lateinamerika und Karibik*	0,3	0,1	0,1
Naher Osten und Nordafrika*	0,4	0,2	0,2
Ostasien und Pazifik	1,1	0,7	0,6
Südasien	3,1	2,0	1,6
Insgesamt	9,8	7,9	4,4

Müttersterblichkeit (Millionen verlorener Menschenleben)

Region	Schätzwert 2005	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2015	MZ-Szenario für 2015
Insgesamt	0,54	0,54	0,15

Tabelle 9

Die Vorteile der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, nach Region
(Fortsetzung)

HIV-Neuinfektionen 2002-2010 (Millionen)

Region	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2010	Szenario für 2010 bei erweiterten Maßnahmen
Afrika südlich der Sahara	21,0	8,8
Lateinamerika und Karibik	2,3	0,7
Naher Osten und Nordafrika	0,9	0,3
Osteuropa und Zentralasien	2,8	1,3
Süd- und Südostasien	18,5	5,7
Insgesamt	45,5	16,8

Menschen ohne Zugang zu einwandfreiem Wasser (Millionen)

Region	Schätzwert 2005	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2015	MZ-Szenario für 2015
Afrika südlich der Sahara	280	270	230
Europa und Zentralasien*	23	10	10
Lateinamerika und Karibik*	49	16	16
Naher Osten und Nordafrika	40	46	26
Ostasien und Pazifik	388	305	299
Südasien*	160	0	0
Insgesamt	939	647	581

Menschen ohne Zugang zu besseren sanitären Einrichtungen (Millionen)

Region	Schätzwert 2005	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2015	MZ-Szenario für 2015
Afrika südlich der Sahara	454	531	305
Europa und Zentralasien	69	73	32
Lateinamerika und Karibik	128	107	103
Naher Osten und Nordafrika	80	84	61
Ostasien und Pazifik*	873	608	608
Süd- und Südostasien	877	770	718
Insgesamt	2.481	2.172	1.827

Unter Slumbedingungen lebende Menschen (Millionen)

Region	2001	Heutiger Trend hochgerechnet auf 2020	MZ-Szenario für 2020
Afrika südlich der Sahara	167	325	144
Europa und Zentralasien	44	47	41
Lateinamerika und Karibik	128	173	116
Naher Osten und Nordafrika	61	97	54
Ostasien und Pazifik	237	385	210
Südasien	235	398	207
Insgesamt	872	1.425	772

Tabelle 10

Geschätzte Ströme und Lücken bei der öffentlichen Entwicklungshilfe der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe auf der Grundlage der bestehenden Zusagen

in Milliarden US-Dollar zu Preisen von 2003

Land	Hilfe bei 0,44 Prozent des BNE von 2006[a]	Hilfszusagen für 2006	Lücke im Jahr 2006[a]	Hilfe bei 0,54 Prozent des BNE von 2015	Hilfszusagen für 2015	Lücke im Jahr 2015
Australien[b]	2,4	1,4	1,0	3,4	1,6	1,8
Belgien[c]	1,5	2,1	keine	2,1	2,7	keine
Dänemark[d]	1,0	1,8	keine	1,5	2,2	keine
Deutschland[e]	11,6	8,4	3,2	16,7	10,0	6,7
Finnland[c]	0,8	0,7	0,1	1,1	0,9	0,2
Frankreich[f]	8,5	8,8	keine	12,3	15,6	keine
Griechenland[e]	0,9	0,6	0,2	1,3	0,8	0,5
Irland[g]	0,6	0,8	keine	0,9	1,1	keine
Italien[e]	7,0	5,1	1,9	10,1	6,1	4,1
Japan[h]	19,9	9,5	10,4	28,7	9,5	19,2
Kanada[i]	4,2	2,6	1,7	6,1	3,7	2,4
Luxemburg[j]	0,1	0,2	keine	0,2	0,3	keine
Neuseeland[k]	0,4	0,2	0,2	0,5	0,2	0,3
Niederlande[l]	2,4	4,2	keine	3,5	5,1	keine
Norwegen[m]	1,1	2,4	keine	1,6	2,8	keine
Österreich[e]	1,2	0,9	0,3	1,7	1,1	0,7
Portugal[e]	0,7	0,5	0,2	1,0	0,6	0,4
Schweden[n]	1,5	3,2	keine	2,1	3,8	keine
Schweiz[o]	1,6	1,4	0,3	2,4	1,7	0,6
Spanien[f]	4,1	2,9	1,1	5,9	7,5	keine
Vereinigtes Königreich[p]	9,2	8,5	0,7	13,2	16,8	keine
Vereinigte Staaten[q]	54,5	22,3	32,2	78,7	27,2	51,5
Insgesamt	**135,0**	**88,4**		**195,0**	**121,5**	

Anmerkung: Durch Rundungsdifferenzen sind Abweichungen der Summe der Einzelwerte vom jeweiligen Gesamtwert möglich.

ODA Öffentliche Entwicklungshilfe.

a. Geht von einem jährlichen BNE- Realwachstum von 2 Prozent aus.
b. ODA/BNE-Zielvorgabe für 2006, konstant bis 2015.
c. ODA/BNE-Zielvorgabe für 2010 von 0,7 Prozent; Zusagehöhe konstant bis 2015.
d. ODA/BNE-Zielvorgabe für 2006 von 0,83 Prozent, konstant bis 2015.
e. DA/BNE-Zielvorgabe für 2006, konstant bei 0,33 Prozent bis 2015.
f. ODA/BNE-Zielvorgabe für 2012 von 0,7 Prozent bis 2015.
g. ODA/BNE-Zielvorgabe für 2007 von 0,7 Prozent, konstant bis 2015.
h. Gewährte ODA für 2006, konstant bei 9,5 Milliarden Dollar bis 2015.
i. Geht von einem jährlichen ODA-Realwachstum von 5,5 Prozent aus (8 Prozent Nominalsteigerung minus 2,5 Prozent Inflation) bis 2010; ODA/BNE-Zielvorgabe für 2010, konstant bis 2015.
j. ODA/BNE-Zusage für 2006 von 1 Prozent, konstant bis 2015.
k. Angenommener ODA/BNE-Wert für 2006 von 0,26 Prozent konstant bis 2015.
l. ODA/BNE-Zielvorgabe von 0,8 Prozent, konstant bis 2015.
m. ODA/BNE-Zielvorgabe für 2005 von 1 Prozent, konstant bis 2015.
n. ODA/BNE-Zielwert für 2006 von 1 Prozent, konstant bis 2015.
o. ODA/BNE-Zielwert für 2010 von 0,4 Prozent, konstant bis 2015.
p. ODA/BNE-Zielwert für 2013 von 0,7 Prozent, konstant bis 2015.
q. Geht von einem Realwachstum des BNE von 3 Prozent bis 2006 aus; umfasst für 2006 mehr als 1,5 Milliarden Dollar für das "Millennium Challenge Account", nahezu 2 Milliarden Dollar für die Globale Aids-Initiative, erhöhte multilaterale Hilfe und neu terminierte Ausgaben für den Wiederaufbau in Irak. ODA/BNE-Anteil projiziert als konstant bis 2015.

Quelle: OECD/DAC (noch nicht veröffentlicht).

Für die gesamte zur Erreichung der Ziele erforderliche öffentliche Entwicklungshilfe wäre im Jahr 2006 ein Betrag von 135 Milliarden Dollar, der im Jahr 2015 auf 195 Milliarden Dollar ansteigt, plausibel

Verantwortung ein gemeinsames Handeln in Bezug auf die Entwicklungspolitik wie auch auf die Sicherheitspolitik erfordert. Wie bereits erwähnt, sollten entwickelte Länder, die einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anstreben, entsprechend den Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe beispielsweise bereit sein, als Teil ihrer Führungsverantwortung bis zum Jahr 2015 die Verpflichtung zu erfüllen, 0,7 Prozent ihres BSP für die öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen.

Glücklicherweise sind die Kosten der Erreichung der Millenniumsziele durchaus erschwinglich und liegen auch im Rahmen der in Monterrey und Johannesburg abgegebenen 0,7-Prozent-Zusagen. Die erforderliche Verdoppelung der jährlichen öffentlichen Entwicklungshilfe auf 135 Milliarden Dollar im Jahr 2006, bis 2015 ansteigend auf 195 Milliarden Dollar, steht in keinem Vergleich zum Reichtum der Länder mit hohem Einkommen – und auch nicht zum Militärhaushalt der Welt, der jährlich 900 Milliarden Dollar beträgt. In der Tat wird die Erhöhung der Entwicklungshilfe lediglich ein halbes Prozent des Gesamteinkommens der reichen Länder ausmachen.

Natürlich wird Geld allein nicht ausreichen, um die Ziele zu erreichen; die erhöhten Investitionen müssen mit institutionellen Reformen, guter Politik und stärkeren Anstrengungen zur Steigerung der Rechenschaftspflicht der Regierungen einhergehen. Nur wenn umfangreichere finanzielle Hilfe effektiv verfügbar ist, werden die Niedrigeinkommensländer und ihre Entwicklungspartner ernsthafte, ehrliche Gespräche über die zur Erreichung der Ziele notwendigen Reformen und Investitionen führen können. Bei den Ländern, in denen solche Reformen bereits stattfinden und gute Politiken etabliert sind, sollten die Länder mit hohem Einkommen im Geist des Konsenses von Monterrey ihre Zusage einhalten und die öffentliche Entwicklungshilfe anheben, damit sie auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele hinarbeiten können.

Was auf dem Spiel steht, ist die Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit des internationalen Systems. Wenn es 2005 nicht zu einem Durchbruch kommt, wenn arme Länder, die ihre Monterrey-Verpflichtungen erfüllt haben, nicht wirksam bei der Verfolgung einer Millenniumsziel-Strategie unterstützt werden, dann wird das ohnehin schon geringe Vertrauen in internationale Zusagen zur Armutsbekämpfung wohl ganz verschwinden. In diesem Fall werden die Ziele nicht erreicht werden, und das Vertrauen darauf, dass es den reichen Ländern mit der Unterstützung gut regierter Länder, die externe Hilfe benötigen, ernst ist, wird zutiefst, wenn nicht gar unwiederbringlich erschüttert werden. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird die Welt ohne Ziele leben.

Um den Erfolg zu gewährleisten, muss die Welt 2005 damit beginnen, Kapazitäten aufzubauen, Politiken zu verbessern und die Investitionen zu tätigen, die zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlich sind. Diese Anstrengungen werden im Laufe der nächsten 10 Jahre auf globaler, nationaler und lokaler Ebene aufrechterhalten werden müssen. Nur durch

Millenniums-Entwicklungsziele.indd 80 23/03/2005 11:30:29 AM

Dringende Maßnahmen sind geboten, wenn wir eine Dekade hoher Ambitionen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele einleiten wollen

sofortiges Handeln können langfristige Umweltprobleme wie die Klimaänderung und die Erschöpfung der Fischbestände eingedämmt werden, bevor sie den armen Ländern, die sich am wenigsten schützen können, nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen.

Dringende Maßnahmen sind geboten, wenn wir eine Dekade hoher Ambitionen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele einleiten wollen. Die Entwicklungsländer müssen alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um sich für die Ziele einzusetzen. Die reichen Länder müssen sich fragen, ob es ihnen, wie heute vielfach der Fall, wichtiger ist, den armen Ländern ihre eigene Verantwortung vorzuhalten, als selbst ihre Zusagen zu erfüllen. Die Welt muss im Jahr 2005 unbedingt ihre Verpflichtungen einhalten und rasche, praktische Schritte in der erforderlichen Größenordnung unternehmen, bevor die Ziele unerreichbar werden. Wenn wir jetzt nicht investieren, wird der Weg bis zum nächsten Millenniums-Gipfel im Jahr 3000 ein sehr langer sein.

Anmerkungen

1. Die Zahlenangaben für extreme Armut belaufen sich für 1990 und 2001 auf 1,08 Dollar pro Tag.
2. Wird voraussichtlich Anfang 2005 erscheinen.
3. Es entsteht oft sprachliche Verwirrung, wenn es darum geht, zwischen den eingesetzten Mitteln und den Ergebnissen zu differenzieren. Beispielsweise beschreibt der Begriff "Gesundheit" sowohl einen Sektor (oder ein Ressort) als auch das Ergebnis eines komplexen Pakets sektorübergreifend eingesetzter Mittel. Beim Begriff "Bildung" verhält es sich ähnlich. "Hunger" hingegen bezieht sich nicht auf einen Sektor oder ein Ressort, sondern auf ein komplexes Ergebnis.

Literaturverzeichnis

Abdullah II. 2004. "Address to World Economic Forum" Rede beim Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums am 23. Januar in Davos (Schweiz) [Abgerufen am 30. November 2004 von www.kingabdullah.jo/press_room/speechpage.php?ki_serial=231&menu_id=607&lang_hmka1=1].

Barrios, Salvador, Luisito Bertinelli und Eric Strobl. 2003. "Dry Times in Africa: Rainfall and Africa's Growth Performance." Center for Operations Research and Econometrics (CORE) Discussion Paper 2003/61. Université catholique de Louvain, Belgien.

Blair, T. 2004. "Address to African Union." 7. Oktober, Addis Abeba. [Abgerufen am 30. November 2004 von www.pm.gov.uk/output/Page6452.asp].

Burnside, C. und D. Dollar. 2000. "Aid, Policies, and Growth." *American Economic Review* 90 (4): 847-68.

Bush, G. W. 2002. "Address to the Inter-American Development Bank." 14. März, Washington. [Abgerufen am 30. November 2004 von www.whitehouse.gov/news/releases/2002/03/20020314-7.html].

Chen, S. und M. Ravallion. 2004. "How Have the World's Poorest Fared since the Early 1980s?" Policy Research Paper 3341. Weltbank, Washington.

Chirac, J. 2004. "Scaling Up Poverty Reduction – A Global Learning Process." Rede zur Eröffnung der Weltbankkonferenz, 26. Mai, Shanghai. [Abgerufen am

30. November 2004, von www.elysee.fr/cgi-bin/auracom/aurweb/search/file?aur_file=discours/2004/UK040526.html].

CIESIN (Center for International Earth Science Information Network), Columbia University. 2002. "National Aggregates of Geospatial Data: Population, Landscape and Climate Estimates (PLACE)." Palisades, N.Y. [http://sedac.ciesin.columbia.edu/plue/nagd/place.html].

Clemens, M., S. Radelet und R. Bhavnani. 2004. "Counting Chickens When They Hatch: The Short-Term Effect of Aid on Growth." Working Paper 44. Center for Global Development, Washington.

CMH (Commission on Macroeconomics and Health). 2001. *Macroeconomics and Health: Investing in Health for Economic Development*. Genf: Weltgesundheitsorganisation. [www.cmhealth.org].

da Silva, Luiz Ignácio Lula. 2004. "Statement at the 59th Session of the UN General Assembly." 21. September 2004, New York. [Abgerufen am 30. November 2004 von www.brazil.org.uk/page.php?cid=1887].

de Rato y Figaredo, Rodrigo. 2004. "Africa Needs International Help to Turn Promises into Progress." *Business Day*, 12. November.

FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation). 2003. *The State of Food Insecurity in the World*. Rom.

Harrison, M., J. Klugman und E. Swanson. 2003. *Are Poverty Reduction Strategies Undercutting the Millennium Development Goals? An Empirical Review*. Washington: Weltbank.

IDA (Internationale Entwicklungsorganisation) und IMF (Internationaler Währungsfonds). 2003. "Republic of Mali: Poverty Reduction Strategy Paper Joint Staff Assessment." [http://poverty.worldbank.org/files/Mali_PRSP_JSA.pdf].

Kiszewski, A., A. Mellinger, A. Spielman, P. Malaney, S. E. Sachs und J. Sachs. 2004. "A Global Index Representing the Stability of Malaria Transmission." *American Journal of Tropical Medicine and Hygiene* 70 (5):486-98.

Koizumi, J. 2004. "A New United Nations for the New Era." Rede vor der 59. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 21. September, New York. [Abgerufen am 30. November 2004 von www.kantei.go.jp/foreign/koizumispeech/2004/09/21address_e.html].

Miguel, E., S. Satyanath und E. Sergenti. 2004. "Economic Shocks and Civil Conflict: An Instrumental Variables Approach." *Journal of Political Economy* 112 (4): 725-53.

Mkapa, Benjamin William. 2003. Wie in BBC Worldwide Monitoring zitiert. 10. Januar. Daressalam.

———. 2004. "A Better Way to Help the Least Developed Countries." *International Herald Tribune* 13. Juli.

Obasanjo, Olusegun. 2004. "Statement at the 59th Session of the United Nations General Assembly." 23. September 2004, New York. [Abgerufen am 30. November 2004 von www.un.org/webcast/ga/59/statements/nigeng040923.pdf].

OECD/DAC (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/Ausschuss für Entwicklungshilfe). Online-Datenbank des DAC. [Abgerufen am 7. Dezember 2004 von www.oecd.org].

———. Forthcoming. *Development Co-operation Report* 2005. Paris.

Schröder, Gerhard. 2001. "Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe. Aktionsprogramm 2015." Vorwort. [www.aktionsprogramm2015.de/www/images/download/Armutsbekaempfung_eine_globale_Aufgabe.pdf].

UN (Vereinte Nationen). 1970. "Resolution 2626 (XXV)." Generalversammlung der Vereinten Nationen. 24. Oktober, New York.

———. 2000. "Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen." A/RES/55/2, Abschnitt II. New York.

———. 2002. "Bericht der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung." A/CONF.198/11. New York.

———. 2004. "Eine sicherere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung." Bericht der vom Generalsekretär eingesetzten Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel. New York.

UNDESA (VN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten), Statistikabteilung. o. J. "World and Regional Trends." Datenbank für die Millenniums-Indikatoren; auf der Grundlage von Daten des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. [http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp].

UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen). 2003. *Bericht über die menschliche Entwicklung 2003: Die Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut.* Berlin: UNO-Verlag.

———. 2004a. *Unleashing Entrepreneurship: Making Business Work for the Poor*. Bericht der Kommission für den Privatsektor und die Entwicklung an den Generalsekretär der VN. New York.

———. 2004b. *Bericht über die menschliche Entwicklung 2004*. Berlin: UNO-Verlag.

UN-HABITAT. 2003. *The Challenge of Slums: Global Report on Human Settlements 2003*. Earthscan: London. [www.unchs.org/global_report.asp].

UN Millennium Project. 2005a. *Combating AIDS in the Developing World.* Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on HIV/AIDS. New York.

———. 2005b. *Coming to Grips with Malaria in the New Millennium*. Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on Malaria. New York.

———. 2005c. *Environment and Human Well-Being: A Practical Strategy*. Task Force on Environmental Sustainability. New York.

———. 2005d. *Health, Dignity, and Development: What Will It Take?* Task Force on Water and Sanitation. New York.

———. 2005e. *Halving Hunger: It Can Be Done*. Task Force on Hunger. New York.

———. 2005f. *A Home in the City*. Task Force on Improving the Lives of Slum Dwellers. New York.

———. 2005g. *Innovation: Applying Knowledge in Development*. Task Force on Science, Technology, and Innovation. New York.

———. 2005h. *Investing in Strategies to Reverse the Global Incidence of TB*. Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on TB. New York.

———. 2005i. *Prescription for Healthy Development: Increasing Access to Medicines*. Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB, and Access to Essential Medicines, Working Group on Access to Essential Medicines. New York.

———. 2005j. *Taking Action: Achieving Gender Equality and Empowering Women*. Task Force on Education and Gender Equality. New York.

———. 2005k. *Toward Universal Primary Education: Investments, Incentives, and Institutions*. Task Force on Education and Gender Equality. New York.

———. 2005l. *Trade for Development*. Task Force on Trade. New York.

———. 2005m. *Who's Got the Power? Transforming Health Systems for Women and Children*. Task Force on Child Health and Maternal Health. New York.

———. 2005n. *Handbook for MDG Best Practice.* New York.

United Nations Population Division. 2001. *World Population Prospects: The 2001 Revision.* Percentage of the Population at Mid-Year Residing in Urban Areas by Major Area, Region and Country, 1950-2030. Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, New York.

———. 2003. *World Population Prospects: The 2002 Revision.* Datenbank für Bevölkerungsdaten, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, New York. [http://esa.un.org/unpp/].

USAID (Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten), UNAIDS (Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids), WHO (Weltgesundheitsorganisation), UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) und POLICY Project. 2004. "Coverage of Selected Services for HIV/AIDS Prevention, Care and Support in Low and Middle Income Countries in 2003." Washington.

WHO (Weltgesundheitsorganisation). 2002. "Scaling Up the Response to Infectious Diseases." Genf. [www.who.int/infectious-disease-report/2002/].

WHO (Weltgesundheitsorganisation), UNICEF (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) und UNFPA (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen). 2003. "Maternal Mortality in 2000: Estimates Developed by WHO, UNICEF and UNFPA." Genf. [www.reliefweb.int/library/documents/2003/who-saf-22oct.pdf].

World Bank. 2003. "Supporting Sound Policies with Adequate and Appropriate Financing." Bericht DC2003-0016, erstellt für den Entwicklungsausschuss. [http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMINT/Documentation/20127712/DC2003-0016(E)-Financing.pdf].

———. 2004a. *World Development Report 2005: A Better Investment Climate for Everyone*. New York: Oxford University Press.

———. 2004b. *Doing Business in 2004: Understanding Regulation*. Washington.

———. 2004c. *Global Development Finance 2004*. Washington.

———. 2004d. *World Development Indicators 2004*. Washington.

Vollständige Quellennachweise finden sich im Hauptbericht.

Danksagung

Mehrere Personen verdienen besondere Würdigung für ihre Beiträge zur Abfassung dieses Überblicks und des Gesamtberichts. Macartan Humphreys spielte eine zentrale Rolle bei der Formulierung von Kapitel 12 über von Konflikten betroffene Länder. Nirupan Bajpai, Shuming Bao und Wing Thye Woo steuerten wichtige Analysen bei, die in Kapitel 11 über Investitionsprioritäten in anderen Regionen eingeflossen sind. Deborah Balk, Bob Chen, Marc Levy, Alex de Sherbinin, Adam Storeygard und ihre Kollegen im Center for International Earth Science Information Networks (CIESIN) an der Columbia University sind für einen Großteil der in dem Bericht enthaltenen Analysen geospatialer Daten verantwortlich. Brian Hammond und seine Kollegen im Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verwandten viel Zeit und Sachverstand auf die Grundlagen für die Analyse in Kapitel 13 über die Erneuerung des Gebersystems. Dani Kaufmann lieferte äußerst hilfreiche Beiträge für Kapitel 7 über Regierungsführung. Alle in diesen Kapiteln etwa noch vorhandenen Fehler sind den Autoren zuzuschreiben.

Das VN-Millenniums-Projekt profitierte von dem regen intellektuellen Austausch mit François Bourguignon, dem Chefvolkswirt der Weltbank, Nicholas Stern, seinem geschätzten Amtsvorgänger, der jetzt im britischen Finanzministerium tätig ist, und Raghuram Rajan, Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF). Sie alle haben hervorragend zusammengearbeitet und kluge Einsichten und Stellungnahmen zu Zwischenergebnissen beigetragen, um gemeinsam die bestmöglichen analytischen Rahmen zur Erreichung der Millenniumsziele festzulegen. Mehrere ihrer Kollegen, darunter Jim Adams, Shaida Badiee, Barbara Bruns, Mariam Claeson, Shanta Devarajan, Shahrokh Fardoust, Pablo Gottret, Rudolf Knippenberg (UNICEF), Ibrahim Levent, Hans Lofgren, Gobind Nankani, John Page, Ramahatra Rakotomalala,

Peter Roberts, Agnes Soucat, Eric Swanson, Jee-Peng Tan, Hans Timmer und Dominique van der Mensbrugghe bei der Weltbank sowie Sanjeev Gupta, Peter Heller und Arvind Subramanian vom IWF, lieferten wertvolle Beiträge zu einer Vielzahl gemeinsam veranstalteter Seminare und Tagungen.

Das VN-Millenniums-Projekt dankt außerdem seinen Partnern bei der Entwicklung einer Methode für landesspezifische Millenniumsziel-Bedarfsermittlungen, deren Ergebnisse zusammenfassend in Kapitel 17 über die Erweiterung des Finanzrahmens zur Erreichung der Millenniumsziele dargestellt sind. Namentlich sind dies Anwara Begum und M. Salimullah aus dem Institut für Entwicklungsstudien in Bangladesch, Kao Kim Hourn und Ray Zepp von der Universität von Kambodscha, Ernest Aryeetey und Michael Nimo vom Institut für Statistik-, Sozial- und Wirtschaftsforschung in Ghana, Samar Datta, Ravindra Dholakia und Akhilesh Kumar vom Indischen Institut für Management (Ahmedabad), Haidari K. R. Amani, Flora Lucas Kessy und Deogratias Macha von der Stiftung für Wirtschafts- und Sozialforschung in Tansania und Godfrey Bahiigwa, Lawrence Bategeka und Nathan Okarut vom Forschungszentrum für Wirtschaftspolitik in Uganda. Der Dank des VN-Millenniums-Projekts gebührt McKinsey & Company für die Analyse, die dem Energieteil der Bedarfsermittlung zugrunde liegt, sowie Eva Weissman für ihre unschätzbare Hilfe bei den Analysen betreffend die Gesundheit von Kindern und Müttern und David Simon für die Analyse der Ströme öffentlicher Entwicklungshilfe und ihrer Verteilung auf die einzelnen Sektoren. Shan Cao, Andrew Charlton, Stacy Fehlenberg, Joseph Kennedy und Pierre Yared leisteten hervorragende Forschungsarbeiten bei den Bedarfsermittlungen.

Unzählige Mitarbeiter des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützten die Arbeit des Projekts. Elli Kaplan leistete unschätzbare Unterstützung in der Frühphase. Jeffrey Avina, Ade Lekoetje, Elizabeth Lwanga, Jacques Loup, Lamin Manneh und Comfort Tetteh leisteten ihrerseits enorme Beiträge zur täglichen Arbeit des VN-Millenniums-Projekts. Sally Fegan-Wyles und ihr Team in der VN-Gruppe für Entwicklungsfragen waren stets hilfs- und unterstützungsbereit. Das gesamte Büro für Entwicklungspolitik leistete umfangreiche Sachbeiträge, vor allem Susan McDade und die Gruppe Energie, Antoine Heuty, Terry McKinley, Rathin Roy und Kollegen in der Gruppe Armut, Gita Welch und die Gruppe Institutionelle Entwicklung sowie Terence Jones und sein Team aus der Gruppe Kapazitätsentwicklung. Djibril Diallo, David Morrison, Bill Orme und ihre Kollegen aus dem Kommunikationsbereich des Administrators leisteten unschätzbare Kommunikationsunterstützung. Das Projekt dankt außerdem den Millenniumsziel-Koordinierungsstellen der anderen Regionalbüros: Ghaith Fariz, Enrique Ganuza, Balasubramanium Murali und Norimasa Shimomura. Auch Pedro Conceição, Moez Doraid, Gulden Turkoz-Cosslett, Mattias Johansson, Inge Kaul, Ronald Mendoza, Omar Noman, Alejandra Pero, Bharati Sadasivam, Amina Tirana und Caitlin Wiesen leisteten außerordentlich großzügige Bei-

träge. Nissim Ezekiel und das Sekretariat der Kommission für den Privatsektor und die Entwicklung, darunter Jan Krutzinna, Naheed Nenshi, Yann Risz und Sahba Sobhani, gaben viele hilfreiche Anregungen.

Das VN-Millenniums-Projekt arbeitete eng mit dem Personal des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung bei der Erstellung des *Berichts über die menschliche Entwicklung 2003* zusammen. Mehrere Teile des vorliegenden Berichts stützen sich auf Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Erstellung des Berichts über die menschliche Entwicklung geleistet worden waren. Wir danken Sakiko Fukuda-Parr und ihrem Team, darunter Silva Bonacito, Emmanuel Boudard, Carla De Gregorio, Haishan Fu, Claes Johansson, Christopher Kuonqui, Santosh Mehrotra, Tanni Mukhopadhyay, Stefano Pettinato, David Stewart, Aisha Talib, Nena Terrell und Emily White.

Federführend bei der redaktionellen Bearbeitung und Produktion dieses Berichts war das brilliante Team von Communications Development Incorporated in Washington – Bruce Ross-Larson, Meta de Coquereaumont, Mary Goundrey, Thomas Roncoli, Christopher Trott, Timothy Walker und Elaine Wilson.

Beiträge von Beratern

Viele Kollegen gaben zu frühen Entwurfsfassungen dieses Berichts wichtige Kommentare ab. Die Mitglieder der Gruppe von Sachverständigen der Vereinten Nationen für das VN-Millenniums-Projekt haben uns von Beginn des Projekts an wertvolle Ratschläge erteilt, stets unter dem kompetenten Vorsitz von Jan Vandemoortele. Wir danken allen Mitgliedern der Sachverständigengruppe für ihre kontinuierlichen großzügigen Beiträge: Ifzal Ali, Adnan Z. Amin, Patrick Asea, Daniel Biau, François Bourguignon, James P. Callahan, Andrew Cassels, Jan Cedergren, Hans D'Orville, David T. Edwards, Marika Fahlen, Orobola Fasehun, Luiz L. Fernandes Pinheiro, Charles Gore, Edward Heinemann, Raj Jumar, Ian Kinniburgh, Eddy Lee, Patrick Low, Richard Morgan, Harish Parvathaneni, Prabhu Pingali, Raghuram Rajan, Joanne Sandler, Francisco Sercovich, Mari Simonen, Joseph Smolik, Dianne Spearman, Carlos Eduardo Velez und Gustavo R. Zlauvinen.

Besonderer Dank gebührt auch den Kollegen im VN-Sekretariat, insbesondere Henk-Jan Brinkman, Marta Mauras, Robert Orr und Abiodun Williams im Exekutivbüro des Generalsekretärs. Ibrahim Gambari, Eloho Otobo und Yvette Stephens vom Büro des Sonderberaters des Generalsekretärs für Afrika gewährten wertvolle Unterstützung. In der Hauptabteilung Presse und Information standen uns Sue Markham, Pragati Pascale und Tim Wall mit Rat und Tat zur Seite. Zahlreiche Kollegen in der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten leisteten während des gesamten Projekts große Unterstützung, darunter Joseph Chamie und sein Team in der

Bevölkerungsabteilung, Robert Johnston, Francesca Perucci und ihr Team in der Statistikabteilung sowie Johan Schölvinck.

Von großem Nutzen war auch die Zusammenarbeit mit den Kollegen von der Millenniums-Kampagne, darunter Eveline Herfkens, Salil Shetty, Fernando Casado, Nisha Chatani-Rizvi, Patricia Garce, Lucille Merks, Marina Ponti, Ingrid Sanders, Marisol Sanjines, Hellen Wangusa, Carol Welch und Erna Witoelar.

Das VN-Millenniums-Projekt bedankt sich für die Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), namentlich dessen ehrenwerten Vorsitzenden Wiseman Nkuhlu, dem landwirtschaftlichen Berater Richard Mkandawire, und der unermüdlichen Spezialistin für die Millenniumsziele, Khadija Bah, und die von ihnen abgegebenen Kommentare.

Mehrere hochrangige Konsultationen mit Mitgliedern des OECD/DAC waren von großem Nutzen für das VN-Millenniums-Projekt. Das Projekt spricht der Regierung Schwedens seinen Dank für die Ausrichtung des Gesprächs auf hoher Ebene im Februar 2004 in Stockholm aus. Es dankt außerdem Richard Manning, Brian Hammond und ihren Kollegen für die Veranstaltung einer Begegnung von führenden DAC-Mitgliedern im Juli 2004 in Paris. Masood Ahmed, Richard Martini, Sharon White und ihre Kollegen im britischen Ministerium für internationale Entwicklung waren im Oktober 2004 in London Gastgeber einer außerordentlich konstruktiven abschließenden Konsultation mit Mitgliedern des DAC. Das Projekt dankt darüber hinaus Jean-Pierre Landau für eine Vielzahl hilfreicher Gespräche.

Beiträge der Pilotländer

Die Arbeit des VN-Millenniums-Projekts in Pilotländern bot eine unschätzbare Gelegenheit, viele der in diesem Bericht herausgestellten Ideen praktisch zu erproben und neue Informationen zu sammeln. In Äthiopien, der Dominikanischen Republik, Ghana, Jemen, Kambodscha, Kenia, Senegal und Tadschikistan gewährten der residierende VN-Koordinator, die Mitglieder der VN-Landesteams, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds maßgebliche Hilfe bei der Zusammenarbeit. Der besondere Dank des Projekts gebührt den Regierungschefs mehrerer Länder für ihre direkte und aktive Unterstützung, so unter anderem Ministerpräsident Meles Zenawi (Äthiopien), Präsident Leonel Fernández (Dominikanische Republik), Präsident John Kufuor (Ghana), Präsident Mwai Kibaki (Kenia), Präsident Abdoulaye Wade (Senegal) und Präsident Emomali Rakhmonov (Tadschikistan). Zu den Ansprechpartnern in den Regierungen der Pilotländer zählten Ato. Mekonnen Manyazewal und Ato. Getachew Adem in Äthiopien; John Gagain in der Dominikanischen Republik; S. Nii-Noi Ashong und George Gyan-Baffour in Ghana; Ahmed Mohammed Sofan und Mutahar Al-Abassi in Jemen; David

Nalo und George Anyango in Kenia; Abou Lom in Senegal und Nozigul Khushvakhtova in Tadschikistan.

Die residierenden VN-Koordinatoren und die VN-Landesteams spielten bei der Arbeit in den Pilotländern eine wichtige Führungsrolle. Insbesondere danken wir Samuel Nyambi, Modibo Toure, Bjorn Ljungqvist und Vinetta Robinson in Äthiopien; Niky Fabiancic in der Dominikanischen Republik; Alfred Fawundu und Kamil Kamaluddeen in Ghana; Flavia Pansieri, James Rawley, Samuel Choritz, Sammy Khan und Abdo Seif in Jemen; Douglas Gardner und Barbara Orlandini in Kambodscha; Paul André de la Porte und Ojijo Odhiambo in Kenia; Ahmed Razhaoui, Albéric Kacou, Luc Grégoire und Diene Keita in Senegal sowie William Paton, Tuya Altangerel, Oliver Babson, Temur Basilia und Johannes Chudoba in Tadschikistan.

Das Zentrum für technische Unterstützung für die Millenniumsziele des VN-Millenniums-Projekts in Nairobi war dabei behilflich, die Arbeit in den afrikanischen Pilotländern zu steuern. Wir danken Glenn Denning, Mi Hua, Patrick Milimo, Eileen Petit-Mshana und Salina Sanou für ihre Beiträge. Das Projekt dankt Lenora Suki und Tarik Yousef für ihre Bemühungen, die Kooperationsmaßnahmen des Projekts in der Dominikanischen Republik und in Jemen steuern zu helfen. Mehrere Mitarbeiter der WHO, vor allem Rebecca Dodd, Jeanette de Putter und Sergio Spinaci, haben in gesundheitsbezogenen Aktivitäten in Jemen eng mit uns zusammengearbeitet.

Kommentare zum Bericht

Wir möchten uns für die klugen Kommentare und Anregungen bedanken, die wir von vielen Regierungen sowie Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen erhalten haben. Wir danken den Regierungen Australiens, Belgiens, der CARICOM-Mitgliedstaaten, Chinas, Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Frankreichs, Irlands, Italiens, Japans, Kanadas, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, der Schweiz, Spaniens, Südafrikas, Tunesiens, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und den Mitgliedern der Europäischen Kommission für ihre Kommentare.

Das VN-Millenniums-Projekt profitierte sehr von zahlreichen Gruppenkonsultationen bei den Vereinten Nationen und dankt allen, die an diesen Veranstaltungen teilgenommen oder sie organisiert haben. Dazu zählen Treffen mit den Botschaftern der Afrikanischen Union, veranstaltet von Michel Kafando und Crispin Grey-Johnson; den Botschaftern der Karibischen Gemeinschaft, veranstaltet von Christopher F. Hackett; den Botschaftern der Gruppe des Pazifikinsel-Forums, veranstaltet von Ali'ioaiga Feturi Elisaia; den Botschaftern des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen, veranstaltet von Marjatta Rasi; den Mitgliedern des Zweiten Ausschusses der Generalversammlung, veranstaltet von Marco Balarezo, und Mitgliedern der Gruppe der 77 und Chinas, veranstaltet von Abdulaziz Al-Nasser. Wir danken

außerdem den Vertretern der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, einberufen von Koen Davidse.

Des Weiteren danken wir Kanta Adhin, Javed Ahmad, Benjamin Allen, Ifzal Ali, Aasmund Andersen, William Andrianasolo, James Banda, Tony Banks, Pierre Belanger, Clements Bidonge, Kate Bird, Bineswaree (Aruna) Bolaky, Catherine Budgett-Meakin, Barbara Burungi, M. Bukuru, Eva Busza, Bernardo Cachaca, Wendy Caird, Joana Chamusca, Erin Chapman, Bill Christeson, Anthony Costello, Jacek Cukrowski, Susanne Dam-Hansen, Denis Daumerie, Rossana Dudziak, Zamira Eshmambetova, Marcos A Espinal, Udo Etukudo, Richard Feachem, Virginia Floyd, Luc Franzoni, Dennis Garrity, Axumite Gebre-Egziabher, Adrienne Germain, Linda Ghanimé, Stefan Giljum, Genevieve Grabman, Peter Gustafsson, Toni Haapane, Lawrence Haddad, Ronnie Hall, Afaf Abu-Hasabo, Cecil Haverkamp, Ron Heller, Karen Judd, Inge Kaul, Jeff Keenan, Augusta Khew, Shannon Kowalski-Morton, Hannu Kyröläinen, Robert Leigh, Jostein Leiro, Lim Li Lin, Jon Linden, Dermot Maher, James Manor, Mariam Mayet, Christine McNab, Lenni Montiel, Tadayuki Miyashita, Ronan Murphy, Adib Nehmeh, Norm Nicholson, Samantha Page, Erik Parsons, Joanna Patrick, Bob Perciasepe, Peter Piot, Rathi Ramanathan, Mary Robinson, Rick Rowden, Rabbi Royan, Domenico Siniscalco, Charlotte Hord Smith, William Smith, Jamil Sofi, Elsa Stamatopoulou, Carsten Staur, Thomas Theisohn, Adama Toe, John Tucker, Happy James Tumwebaze, Therese Turner-Jones, Andras Uthoff, Louisa Vinton, Rob Ward, Robert Watson, Patrick Webb, Diana Weil, Pera Wells, Caron Whitaker und David Woollcombe. Wir danken außerdem dem Lehrkörper des Institute for Development Studies, Sussex, und dem Lehrkörper und den Studenten der Graduate School of International Studies an der Universität Denver für ihre detaillierten Analysen und Kommentare zu früheren Entwurfsfassungen.

Was die Arbeit an den Bedarfsermittlungen angeht, danken wir neben den Mitgliedern der Arbeitsgruppen auch den folgenden Personen für ihre Kommentare und Anregungen: Tahgreed Adam, Walid Badawi, Christopher Banes, Stefano Bertozzi, Razina Bilgrami, Jonathan Campaign, Tamo Chattopadhay, Mark Connolly, Ingrid Cyimana, Billy Cobbett, Joel Cohen, Chris Curtis, Ernest Darkoh, Don de Savigny, Richard Deckelbaum, Simon Ellis, Patrice Engle, David Evans, Katherine Floyd, Joe Flood, Tamara Fox, Linda Ghanime, Rainer Gross, Juan Pablo Gutierrez, Charlie Heaps, John Hendra, Mark Henderson, Andrew Hudson, Jose Hueb, Todd Johnson, Eileen Kennedy, Will Keogh, Zahia Khan, Chistoph Kurowski, Lilani Kumuranyake, Valerie Leach, Rolf Luyendijk, Pim van der Male, William McGreevey, Metsi Mekheta, Takaaki Miyaguchi, Cielo Morales, Maryam Niamir-Fuller, Elizabeth Anne Paxton, Vinod Paul, Kyoko Postill, David Redhouse, Sanjay Reddy, Harri Seppanen, Kavita Sethuraman, Manohar Sharma, Susmita Shekhar, Henri Smets, Lara Stabinski, John Stover, Daouda Toure, Juha Uitto,

Meike van Ginneken, Netsanet Walelign, Jake Werksman, Edward Wilson, Meg Wirth und Aster Zaoude.

Administrative Unterstützung

Die Produktion dieses Berichts wäre nicht möglich gewesen ohne die unermüdliche administrative Unterstützung von Jennifer Copeland, Rosemary Estevez-Vidal, Hnin Hla Phyu und Ferima Traore im Sekretariat des VN-Millenniums-Projekts, Lauren Canning-Luckenbach und Alan Lee im Büro des UNDP-Administrators, Patricia Maw und Alex Nitorreda in der UNDP-Gruppe für die Millenniums-Entwicklungsziele und Ji Mi Choi, Deborah Creque, Heidi Kleedtke und Martha Synnott am Earth Institute der Columbia University. Dan Nienhauser vom Earth Institute war mit seiner Hilfe bei der Vereinfachung vieler Verwaltungsabläufe eine große Stütze.

Millenniums-Entwicklungsziele.indd 92 23/03/2005 11:30:34 AM